

21. Jahrgang

Nr. 2

Juni 2010

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Methodische Grundlagen
sozialer Dreigliederung

Profilbildung und Führung
in der Schulentwicklung

Betrachtungen
und Berichte

Initiativen
und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Methodische Grundlagen sozialer Dreigliederung
(Michael Ross, Zusammenfassung C. Strawe) _____ 5

Waldorfschule wohin? - Profilbildung
und Führung in der Schulentwicklung
(Zusammenfassungen C. Strawe) _____ 12

Bildungswesen in Bewegung - Herausforderung
für die Schulentwicklung (Udo Herrmannstorfer) _____ 12

Braucht die Waldorfschule ein
neues Profil? (Walter Hutter) _____ 16

Schulentwicklung als Führungsaufgabe
in der Selbstverwaltung (Michael Ross) _____ 18

Schulentwicklung in der Praxis
(Erich Schneeweiß) _____ 22

Profilbildung durch eigene
Waldorfab schlüsse? (Martin Laude) _____ 24

Konsequenzen für die Lehrerbildung
(Peter Loebell) _____ 26

Betrachtungen und Berichte

Unnötige Arbeit - Volkswirtschaftliche und
soziale Auswirkungen (Christian Kreiss) _____ 29

Geldausgabe über den Staat - Bundesbank
als vierte Gewalt (Helmut Creutz) _____ 32

Nationales Selbstbestimmungsrecht
(Christoph Klippstein) _____ 36

„Bildung als Ware“ ohne Zukunft (W. Neurohr) _____ 39

Urteil des Attac-Bankentribunals _____ 40

Löhne im Bio-Handel (Wilhelm Neurohr) _____ 41

Wahlen Philippinen (Walter S. Hahn/NNA) _____ 42

Begegnungsreise Philippinen (Irmgard Wutte) _____ 43

Europäische Attac-Gruppen zu Griechenland _____ 44

EBI, Volksbegehrensbericht 2009 _____ 46

Erwachsenenbildung als Ware? (W. Neurohr) _____ 46

Initiativen und Termine

Schule in Freiheit, ESF, Landminenverbot,
150 Jahre R. Steiner u.a. _____ 48

Konsumentenkongress, ELIANT u.a. _____ 50

Literatur

Menschenwürdiges Wirtschaften,
Russland-USA, Grundeinkommen _____ 52

Seminare _____ 55

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe, Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Kaum je hatte ich bei den Notizen aus dem Zeitgeschehen über so viele Katastrophen und Krisenzuspitzungen zu berichten wie in dieser Nummer. Sie beginnen bei der Ölpest im Golf von Mexiko und enden bei der neuen Dimension der Staatsverschuldung und der Krise des Euro. Was letzteres angeht, so finden Sie das eine oder andere dazu im Heft, Schwerpunktthema wird die öffentliche Verschuldung aber erst - voraussichtlich - im nächsten Heft werden.

Mancher mag sich fragen, ob es in der aktuellen Krisenlage gerechtfertigt ist, methodische Fragen der Dreigliederung und Fragen der Schulentwicklung, speziell der Waldorfschulen, in den Mittelpunkt zu rücken. Ich selbst bin aber überzeugt davon, dass der Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung seine Rolle bei der Bewältigung der Probleme der Gegenwart um so besser wird spielen können, je mehr wir ihn methodisch zu reflektieren und handzuhaben lernen. Die bedrückenden Verhältnisse mit ihren katastrophalen Folgen sind von Menschen geschaffen, in ihnen verkörpern sich Impulse und Empfindungen. Eine Besserung der Verhältnisse kann nur gelingen, wenn wir von anderen Gedanken und Empfindungen ausgehen. Hierfür aber spielt das Bildungswesen eine wichtige, wenn auch nicht die einzige Rolle. Daher legte R. Steiner nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, als er sich für die soziale Dreigliederung einsetzte, Wert auf die Feststellung, dass man der sozialen Frage niemals beikommen werde, „wenn man nicht die Erziehungs- und Geistesfrage als einen ihrer wesentlichen Teile behandelt“. (GA 23/1976/S. 12 f.)

Noch ein Wort in eigener Sache: Die Sozialimpulse werden diesmal von einer anderen Druckerei gefertigt und verschickt als alle Hefte seit der Nr. 2 des Jahres 1996. Von diesem Zeitpunkt datiert unsere Zusammenarbeit mit der Firma Greiserdruck in Rastatt und dort wieder mit unserer Kundenbetreuerin Susanne Wunsch, der ich hier auch einmal öffentlich für die immer angenehme und durch absolute Verlässlichkeit geprägte Kooperation danken möchte. Der Wechsel der Druckerei hängt schlicht damit zusammen, dass Greiserdruck den sogenannten Bogendruck, mit dem auch unsere Zeitschrift hergestellt wird, komplett aufgibt und sich auf den „Rollendruck“ konzentriert, mit dem Zeitungen, Anzeigenblätter, Telefonbücher und hochauflagige Prospekte gedruckt werden. Dadurch verlieren fast 100 von 142 MitarbeiterInnen ihren Arbeitsplatz. Es soll einen Sozialplan geben, Einzelheiten wurden aber noch nicht bekannt. Begründet wird die Neustrukturierung des Unternehmens unter anderem mit einem dramatischen Auftragseinbruch im Bogendruckbereich. Dieses Heft wurde nun von der Offizin Scheufele in Stuttgart gedruckt. Scheufele ist ein seit 1808 bestehendes mittelständisches Unternehmen, wurde mehrfach als „Ecofit-Betrieb“ ausgezeichnet und druckt seit Jahren auch Bücher anthroposophischer Verlage und die Zeitschrift „Die Christengemeinschaft“.

Ihr


Notiert: Aus dem Zeitgeschehen

Neue Enthüllungen über Gewalt und sexuellen Missbrauch in katholischen Einrichtungen. Auch Reformschulinternate geraten wegen sexueller Übergriffe in der Vergangenheit in die Schlagzeilen +++ In einem Schreiben an die irischen Katholiken prangert Papst Benedikt Missbrauch an, geht allerdings nicht auf die Fälle in Deutschland ein. Er nimmt später das Rücktrittsgesuch des Augsburger Bischofs Walter Mixa an. Mixa waren Prügel für Kinder, Veruntreuung von Stiftungsgeldern und Täuschung der Öffentlichkeit vorgeworfen worden +++ Bei den Parlamentswahlen im Irak liegt die Wahlbeteiligung bei 65 Prozent +++ Die Ankündigung neuer Siedlungsbauten in Ostjerusalem gerade während diplomatischer Nah-Ost-Aktivitäten des US-Vizepräsidenten Biden führt zu einem Eklat +++ Die Militärjunta in Myanmar schließt die unter Hausarrest stehende Oppositionsführerin Suu Kyi von den Wahlen aus +++ Bei den Beratungen der Regierungen der Euro-Länder über die Schuldenkrise Griechenlands herrscht zunächst Uneinigkeit über das weitere Vorgehen. Die deutsche Regierung stellt sich gegen jeden Ansatz der Verwandlung der Währungsunion in eine Transferunion, schlägt aber schließlich zusammen mit Frankreich die Bildung eines Pools aus Einzelkrediten der Euro-Länder und des IWF vor, um Griechenland vor dem Staatsbankrott zu retten +++ Schweres Erdbeben in Chile +++ In Deutschland nimmt die Zahl der befristeten Arbeitsverträge dramatisch zu. Fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag ist inzwischen befristet +++ Die Firma Siemens will 4200 Arbeitsplätze streichen. Betroffen ist primär der IT-Bereich +++ Der deutsche Gesundheitsminister Rösler will die Pharmaindustrie zu Preisverhandlungen mit den Krankenkassen zwingen, um Arzneien zu verbilligen. Die von Rösler favorisierte Kopfpauschale in der Krankenversicherung trifft nach wie vor auf Widerstand auch in Koalitionskreisen +++ Der deutsche Bundesgerichtshof verbietet die automatische Bindung der Gaspreise an die Ölpreise +++ Massendemonstrationen der „Rothemden“ der „Vereinigten Front der Demokratie gegen die Diktatur“ gegen die thailändische Regierung unter Abhisit Vejjajiva. Gefordert wird deren Rücktritt und sofortige Neuwahlen. Bei einem großen Teil der Demonstranten, die das Geschäftsviertel von Bangkok besetzen, handelt es sich um Anhänger des 2006 gestürzten Regierungschefs Thaksin Shinawatra. Auf ihn, einen Milliardär, setzen vor allem Menschen in den ärmeren nördlichen und ländlichen Gebieten Thailands ihre Hoffnung. Es kommt zu blutigen Auseinandersetzungen und Toten, die Armee stürmt schließlich das besetzte Geschäftsviertel der Hauptstadt +++ Der US-Kongress beschließt die von Präsident Obama auf den Weg gebrachte Gesundheitsreform. Die Diskussion darüber hatte zu einer starken Polarisierung geführt +++ Schwere Niederlage von Präsident Nicolas Sarkozy bei den Regionalwahlen in Frankreich. Fast überall siegten die Linkparteien und die Grünen +++ In Gefechten mit Taliban werden mehrere Soldaten der deutschen Bundeswehr getötet +++ Der afghanische Präsident Karzai stellt sich gegen eine geplante Nato-Offensive in der Region Kandahar +++ Scheitern der Tarifverhandlungen

für die Ärzte an kommunalen Kliniken in Deutschland. Es kommt zum Streik +++ Russland und die USA schließen einen Vertrag über die Senkung der Zahl ihrer Atomsprengköpfe +++ In Kirgisien kommt es nach blutigen Unruhen zu einem Regierungswechsel +++ 70. Gedenktag des Massakers von Katyn, bei dem der sowjetische Geheimdienst rund 22.000 polnische Offiziere und Intellektuelle ermordet hatte +++ Die Maschine des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski, der an den Feierlichkeiten teilnehmen wollte, stürzt beim Landeanflug auf Smolensk ab. Kaczynski und mit ihm fast 100 weitere Passagiere, meist hochrangige Vertreter der polnischen Politik und des Militärs, kommen ums Leben +++ Bei den Parlamentswahlen in Ungarn gewinnen Konservative und Rechtsextreme +++ Gipfeltreffen von 40 Staats- und Regierungschefs, bei dem es um den Schutz vor nuklearen Terroranschlägen geht +++ In Island bricht der Vulkan Eyjafjallajökull aus. Die Aschewolke bringt den Luftverkehr in großen Teilen Europas zum Stillstand, da Beschädigung der Triebwerke und Abstürze drohen. Der ökonomische Schaden übersteigt die Milliardengrenze. Die Sperrung des gesamten europäischen Luftraums wird später wieder aufgehoben, es kommt aber weiterhin zu Behinderungen des Luftverkehrs in einzelnen Regionen +++ Die Deutsch-Türkin Aygül Özkan wird Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in Niedersachsen +++ Die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds fordern die Länder der Eurozone zu Finanzhilfen für Griechenland auf. Das griechische Staatsdefizit wird auf 13,6 Prozent geschätzt. Nach der Herunterstufung der Kreditwürdigkeit Griechenlands durch Rating-Agenturen verschärft sich die griechische Schuldenkrise, da das Land auf den Finanzmärkten kaum noch Kredit bekommt. Man schätzt, dass Griechenland in den nächsten 2 Jahren rund 140 Milliarden Euro benötigen dürfte. +++ Die Finanzminister der Euro-Länder beschließen letztlich, Griechenland mit bis zu 80 Milliarden Euro Krediten in den nächsten 3 Jahren zu helfen, der Internationale Währungsfonds gibt 30 Milliarden. Die griechische Regierung verpflichtet sich im Gegenzug zu einem radikalen Sparprogramm, das in der Bevölkerung Massenproteste auslöst. In Athen sterben drei Bankangestellte, nachdem ein Bankgebäude mit Molotow-Cocktails beworfen worden war +++ Bei einem Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der G20-Staaten kommt es zu keiner Einigung über eine globale Bankenabgabe, durch die Banken an den Kosten der Finanzkrise beteiligt werden sollten +++ Der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer wird mit großer Mehrheit bei geringer Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent wiedergewählt. Die Gegenkandidatin von der rechten FPÖ erhält nur gut 15 Prozent der Stimmen +++ Hunderttausend Atomkraftgegner protestieren mit einer 120 km langen Menschenkette zwischen zwei Atomkraftwerken gegen die Atompolitik der deutschen Regierung, die die Laufzeiten für die Kernkraftwerke verlängern will +++ Nach einer Explosion, bei der 11 Menschen sterben, versinkt die Bohrinsel Deepwater Horizon im Golf von Mexiko. Aus dem Bohrloch treten riesige Mengen Öl aus - Schätzungen sprechen von 42,6 Millionen Liter bereits bis Ende Mai. Sie verursachen eine Ölpest im Golf von Mexiko. In der Folge wird in den USA ein zunächst auf sechs Monate befristetes Verbot von Tiefseebohrungen verhängt. Befürchtet werden muss eine Umweltkatastrophe ungeheuren

* 8. März bis 4. Juni 2010

Ausmaßes; bedroht ist unter anderen das Flussdelta des Mississippi und das dort liegende Wildschutzgebiet. In den Bundesstaaten Louisiana, Florida, Mississippi und Alabama wird der Notstand ausgerufen. Alle Gegenmaßnahmen (Einsatz von Chemikalien; Versuche, das Öl an der Meeresoberfläche abzufackeln; Versuche, das Bohrloch zu verschließen oder mit Stahlglocken abzudecken und das Öl abzupumpen) scheitern, Entlastungsbohrungen werden frühestens im August Wirkung zeigen können. BP als Eigentümer der Bohrinselfirma Transocean als Betreiber und der Bauriese Halliburton als Dienstleister schieben sich gegenseitig die Schuld an der Katastrophe zu. Offenbar haben auch die Kontrollbehörden versagt. Strafrechtliche Ermittlungen werden aufgenommen; die Rede ist von verbreiteten Bestechungen der Aufsichtsbeamten +++ Wahlen in Großbritannien. Die Konservativen werden stärkste Partei, bekommen aber nicht die absolute Mehrheit. Labour verliert. Die Liberaldemokraten erhalten 57 Sitze, ins Parlament gewählt wird auch die Grüne Caroline Lucas. Das Ergebnis lässt verschiedene Regierungskoalitionen zu, beim britischen Mehrheitswahlrecht eine Seltenheit. Es kommt schließlich zum Bündnis zwischen den Konservativen unter David Cameron und den Liberalen unter Nick Clegg +++ Auf dem Times Square in New York wird eine Autobombe entdeckt, die nicht funktioniert hatte. Der Bombenleger kann schließlich verhaftet werden +++ Der vormalige Waffenlobbyist Karlheinz Schreiber wird wegen Steuerhinterziehung zu 8 Jahren Haft verurteilt. Er spielte eine zentrale Rolle in der sogenannten CDU-Spendenaffäre, bei der auch der ehemalige Bundeskanzler Kohl ins Zwielicht geriet +++ Bei den Landtagswahlen im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen wird die regierende CDU-FDP-Koalition abgewählt. Rot-grün fehlt allerdings eine Stimme zur Regierungsmehrheit, weshalb komplizierte Koalitionsverhandlungen einsetzen. Ein Versuch, die Linkspartei einzubinden, scheitert ebenso wie zunächst eine Ampel-Koalition. Ob es zu einer großen Koalition kommt, ist ungewiss. Möglicherweise sind Neuwahlen die einzige Lösung +++ Bei den Wahlen auf den Philippinen wird Benigno Aquino, der Sohn der Ex-Präsidentin Corazon Aquino, neuer Präsident. Er kündigt Maßnahmen gegen die Korruption an. Kritiker sprechen allerdings von Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und einer Intransparenz durch die erstmals eingesetzten Wahlautomaten +++ Zweiter Ökumenischer Kirchentag in München mit über 100.000 Besuchern +++ Um die Stabilität des Euro gegen Spekulanten zu verteidigen, schaffen die Euro-Länder und der Internationale Währungsfonds einen „Schutzschirm“ von Garantien bis zu 750 Milliarden Euro. Allein Deutschland ist daran mit 148 Milliarden Euro beteiligt. Erwartet wird auch eine Reform des Euro-Stabilitätspaktes, bei der die EU-Kommission möglicherweise die Kompetenz zu Eingriffen in die nationalen Haushaltspolitik erhält +++ Die deutsche Finanzaufsichtsbehörde Bafin untersagt sogenannte Leerverkäufe +++ Die Parteien der deutschen Regierungskoalition einigen sich darauf, sich für eine Finanzmarktsteuer einzusetzen. Was das im einzelnen bedeutet, bleibt aber strittig +++ In Deutschland wird die Dauer des Zivildienstes auf sechs Monate verkürzt, eine freiwillige Verlängerung um drei Monate ist möglich. Gemeinnützige Einrichtungen, die auf „Zivis“ als Hilfskräfte angewiesen sind, befürchten große Probleme +++ Saudi-arabische Truppen befreien zwei deutsche Geiseln im Jemen +++

In Paris werden Gemälde von Picasso, Matisse und Braque im Wert von etwa 100 Millionen Euro aus dem Museum für moderne Kunst gestohlen +++ Erstmals ist es gelungen, künstlich erzeugtes Erbmaterial einem Bakterium einzupflanzen. Der amerikanische Genforscher Craig Venter rühmt sich, damit das erste künstliche Lebewesen geschaffen zu haben +++ Überraschender Rücktritt des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, der ankündigt, in die Wirtschaft gehen zu wollen. Koch ist zugleich stellvertretender CDU-Vorsitzender; er wird auch dieses Amt aufgeben +++ Hochwasser der Weichsel und der Oder führt in Polen zu schweren Überschwemmungen und fordert viele Tote. Auch in Brandenburg richtet das Hochwasser Schäden an, die aber nicht mit denen der Oderflut vor einigen Jahren vergleichbar sind +++ Verschärfung der Situation in Korea. Nachdem Südkorea Nordkorea die Torpedierung eines südkoreanischen Kriegsschiffes vorgeworfen hat, mobilisiert der Norden seine Streitkräfte, die Gefahr eines Krieges taucht am Horizont auf +++ Die EU-Kommission stellt Pläne für eine Bankenabgabe in Fonds vor, durch die bei künftigen Bankpleiten die Steuerzahler geschont werden sollen +++ Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel setzt sich bei einem Besuch am Persischen Golf für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Golfstaaten ein +++ Die EU-Kommission plädiert für eine Anhebung des Rentenalters in den Mitgliedsstaaten der Union auf 70 Jahre bis zum Jahr 2060 +++ Terroranschläge auf Moscheen in Pakistan und auf einen Zug in Indien fordern jeweils mehr als 70 Todesopfer +++ Nach den Wahlen in Tschechien zeichnet sich eine Mitte-Rechts-Regierung ab +++ Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler tritt überraschend von seinem Amt zurück. Vorangegangen war harsche Kritik an Äußerungen Köhlers über deutsche Militäreinsätze zur Sicherung internationaler Handelswege und generell an seiner Amtsführung +++ Israelische Truppen greifen in internationalen Gewässern einen Schiffskonvoi an, mindestens 10 Menschen werden bei dem Angriff getötet. Es handelt sich um sechs von Zypern aus gestartete Schiffe mit Hilfsgütern für den Gazastreifen. An Bord der Schiffe befinden sich unter anderem auch die Bundestagsabgeordnete Inge Höger und Annette Groth (Fraktion Die Linke). Beide sind inzwischen in Deutschland zurück. Der UN-Sicherheitsrat verurteilt den Vorfall und verlangt die sofortige Freigabe der aufgebrachtten Schiffe, die Freilassung festgenommener Zivilpersonen und eine Untersuchung der Kommando-Aktion +++ CDU/CSU und FDP nominieren als Bundespräsidenten den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, SPD und Grüne den parteilosen Bürgerrechtler und ehemaligen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Joachim Gauck +++ Nachfolger des zurückgetretenen japanischen Ministerpräsidenten Yukio Hatoyama wird der bisherige Finanzminister Naoto Kan +++

Stand des Kostenausgleichs

Bis Anfang Juni waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) gut 28.000 von geplanten 38.000 Euro eingegangen. Es müssen also noch knapp 10.000 Euro finanziert werden. Wir sind für jeden Beitrag dankbar.

Soziale Dreigliederung

Methodische Grundlagen

Michael Ross

Dies ist eine von Christoph Strawe angefertigte und von Michael Ross überarbeitete und mit Anmerkungen versehene Zusammenfassung eines Vortrages, den letzterer im Februar 2010 bei einer Tagung über Grundlagen und Aktualität der sozialen Dreigliederung in Unterlengenhardt gehalten hat. Die Ausführungen schlossen an einen anderen Vortrag an, bei dem es um die Dreigliederung als soziale Konsequenz individueller Mündigkeit ging.

Soziale Dreigliederung ist die Konsequenz individueller Mündigkeit. Sie ist die Sozialform eines Zeitalters, in dem es auf den Einzelnen ankommt, - darauf, was dieser in der Welt bewegen kann. Alles muss durch das Nadelöhr des Ich-Bewusstseins hindurch. Wie können wir die Entfaltungsmöglichkeiten für die Erkenntnis- und Handlungsfähigkeiten des Einzelnen gestalten? Was also kann ich durch das Verstehen der Dreigliederung aktiv in mir bewegen? Die Methode ist ja ein Weg des Verstehens, sie muss ihrem Gegenstand angemessen sein. Sozialgestaltung im Sinne der Dreigliederung ist keine intellektuelle Modellfrage, sondern es kommt bei ihr darauf an, was wir an eigener Bewusstseinsveränderung vollziehen, um verstehend in das Soziale eintauchen zu können. Dreigliederung liefert eben kein Maschinenmodell der Sozialität. Wir haben keinen Bauplan der Gesellschaft, der es uns erlauben würde, einzelne Teile zu reparieren und wieder einzubauen oder auszutauschen. Wir haben es mit einem Organismus zu tun, für den das lebendige Zusammenwirken der Glieder wesentlich ist. Dieses Zusammenwirken kann nur gelingen, wenn die Menschen eine Bewusstseinsveränderung durchmachen.

Unser Bewusstsein ist an der toten Gegenständlichkeit, an der Oberfläche der Welt erwacht. Es ist die Forderung unserer Zeit, heute mit diesem wachen Bewusstsein in das Lebendige des Sozialen hineinzu kommen, mit dem wir in früheren Kulturen wie träumend verwoben waren. So soll es hier um Gesichtspunkte zum lebendigen Verständnis der Sozialität gehen, wobei im Vordergrund die Frage nach der Entwicklung sozialer Urteilsformen stehen soll: Wie haben sich diese Urteilsformen entwickelt? Wo stehen wir heute?

Welchen Anspruch an die Weiterentwicklung dieser Urteilsformen stellt die Dreigliederung, wo sind wir zur Änderung dieser Formen herausgefordert?

Vier Schritte sind dabei zu gehen:

1. Es soll knapp der Weg der Menschen zum Ich-Bewusstsein skizziert werden. Im denkenden Ich-Bewusstsein gewinnt der Mensch etwas wie einen archimedischen Punkt. Das Erwachen im Ich, der Mündigkeitsimpuls, das ist - symptomatologisch gesprochen - der „markanteste Punkt“ in der Entwicklung. Bis dahin führt alles auf das Ich hin. Von dort ab muss alle Entwicklung vom Ich ausgehen. Das moderne Freiheitsbewusstsein ist zugleich auch das Kriterium, von dem aus sich alle zukünftige Entwicklung erst wird verstehen lassen. Eine Hinter- oder Unterschreitung des Freiheitsbewusstseins kommt einem Rückfall in ältere heteronome und obrigkeitliche Sozialformen und Verhaltensweisen gleich. Sieht man diesen markanten Punkt nicht, läuft man immer Gefahr, in alte, überlebte Formen zurückzufallen.

2. Es soll gezeigt werden, was geschieht, wenn man beim wachen Vorstellungsvermögen angekommen ist, sich jedoch nicht innerlich in seinem Denken, Fühlen und Wollen in Bewegung setzt. Hier wird es sich um eine Skizze der Pathologien unserer Zivilisation handeln müssen. Die Frage lautet hier also: Woran leiden wir?

3. Ich möchte dann versuchen, einen salutogenetischen Weg im Sozialen aufzuzeigen. D.h. es geht mir um die Frage, wie eine soziale Transformation ins „Heilsame“ möglich wird. Und ich werde dabei anknüpfen an die von Rudolf Steiner formulierten sozialen Gesetze, die für die Dreigliederung des sozialen Organismus maßgeblich sind: Das soziale Hauptgesetz, das soziologische Grundgesetz und an das soziale Urphänomen¹.

¹ Mit den Gesetzen der sozialen Dreigliederung ist das ja so eine Sache. Folgt man dem *Wortgebrauch* Rudolf Steiners, so formuliert er ausdrücklich „die zwei sozialen Gesetze, ...“, das des Individualismus und das des Sozialismus“ (Rudolf Steiner: „Soziale Ideen - Soziale Wirklichkeit - Soziale Praxis“ (GA 337b), S. 49). Das Gesetz des Individualismus wird erstmals in dem Aufsatz „Freiheit und Gesellschaft“ (GA 31) als „soziologisches Grundgesetz“ entwickelt, das Gesetz des Sozialismus als „soziales Hauptgesetz“ („Geisteswissenschaft und soziale Frage“, in GA 34). Mit diesem Wortgebrauch - *soziales Grund- und Haupt-Gesetz* - wird wohl darauf verwiesen, dass es sich bei diesen beiden Gesetzen um *soziale Gesetze* und um *fundamentale Bestimmungsgrößen* des modernen sozialen Lebens handelt, daneben mag es auch noch andere in das soziale Leben hineinwirkende *naturwissenschaftliche* Gesetze geben, die aber nicht im gleichen Maße sozial und fundamental, sondern untergeordnet sind und nur unter bestimmten natürlichen und technischen Bedingungen Gültigkeit haben (vgl. z.B. Steiners Diskussion „sozialer“ Gesetze im Vortrag „Anthroposophie und Sozialwissenschaft“ in GA 73 und im „Nationalökonomischen Seminar“ GA 341). Die Bedingungen der Gültigkeit der beiden Fundamentalgesetze sind aber die selbst fundamentalen gegenwärtig und nachhaltig wirksamen Lebensformen von Individuation und Arbeitsteilung, die der Mensch in seiner geschichtlichen Entwicklung entfaltet hat. Es ist also nicht nur und nicht wesentlich der Wortgebrauch, der von zwei sozialen Gesetzen sprechen lässt, sondern diese historischen *Entwicklungstatsachen*. Es entspricht auch völlig der *methodischen* Arbeitsweise Steiners, die Bestimmungsgründe der Wirklichkeit im Bereich des Lebendigen aus „*Polarität und Steigerung*“ zu generieren. Und für den lebendigen sozialen Organismus gibt es eben nur die eine fundamentale Polarität - die zwischen Individualismus und Sozialismus in der Fassung dieser beiden Gesetze. Die Momente dieser Polarität sind die historisch und sozial *gegebenen Wirklichkeiten* von Individuation und Arbeitsteilung. (Übrigens konstituieren sich diese Momente in sich wiederum durch ihre je eigenen Polaritäten, beim Wirtschaftsle-

4. Zuletzt geht es darum, welche neuen Formen im sozialen Leben nötig sind, um diesen Weg wirklich begehbar zu machen.

Bewusstseinsentwicklung der Menschheit und soziale Formen

Die Menschheit kommt aus ursprünglichen Zuständen, in denen Soziales und Spirituelles eine Einheit bildeten. Die Gemeinschaften wurden - in verschiedenen Formen, von denen das Pharaonentum nur eine ist - theokratisch geleitet. Die Masse der Menschen lebte das Leben der Gemeinschaft mit, ließ sich vom Strom dieses Lebens mittragen. Es herrschte ein Bewusstsein der Einheit von Seele, Welt und Gottheit - das sich für uns in den aus dieser Zeit überkommenen Mythen und Dichtungen widerspiegelt.

Im Leben dieser alten Menschheit gibt es drei Strömungen, die wir betrachten müssen.

a) Im Hinblick auf das Geistesleben haben wir es mit einem Bewusstsein zu tun, das - je weiter wir zurückblicken, um so mehr - eine Art träumendes Darinnenstehen in einer Fülle geistiger Wesenheiten darstellt. Es gibt noch kein scharfes Gegenüberstehen von Subjekt und Objekt, Selbstbewusstsein und Gegenstandsbewusstsein, sondern - wie wir das aus unserem Traumbewusstsein kennen - es verwandelt sich der Mensch in den Gegenstand, den er träumt, und aus ihm zurück in etwas anderes.

b) Innerhalb der Sippe erlebt sich der Mensch als ein unselbstständiges Glied. Man könnte ihn einem Finger vergleichen, der für sich - ohne den Organismus, dessen Glied er ist - nichts wäre. Jemand an der Spitze des gesellschaftlichen Hierarchie bewegt sich und die einzelnen Menschen bewegen sich mit. Handlungsimpulse eines Pharaos, eines Stadtfürsten o.ä. durchströmen alle Glieder der Gemeinschaft. Jeder einzelne ist eingebunden in die hierarchische Ordnung. Das bestimmt das Zusammenleben der Menschen, das „Rechtsleben“. Genauer würde man sagen, das, was dann in späterer Zeit zum Rechtsleben wird, denn für die alte Situation ist es gerade wesentlich, dass sich Rechts- und Wirtschaftsleben noch wie umhüllt von dem

ben durch die Polarität von Warenproduktion und Warenkonsumtion mit der Steigerung der Warenzirkulation. Das ist natürlich nicht logisch-dialektisch gemeint, sondern wirklichkeitslogisch.) - Das „soziale Urphänomen“ - als zu entwickelndes Interesse von Mensch zu Mensch - beschreibt (als drittes soziales Gesetz) die aktiv und bewusst von den sich begegnenden menschlichen Ichwesenheiten zu vollziehende Steigerung der Polarität, es weist auf die *hervorgebrachte* neue Wirklichkeit hin, die zwischen der Polarität eine höhere Einheit schafft. (Das „soziale Urphänomen“ verdankt sich wiederum der Steigerung einer Polarität.) Dieser methodische Befund entspricht dem sozial-ontologischen, dass es sich beim Rechtsleben um einen dynamischen Ausgleich der Systeme Geistes- und Wirtschaftsleben handelt. Darüber hinaus lässt sich auf der Ebene von Fundamentalgesetzen des sozialen Lebens nicht auch noch von einem vierten Gesetz (z.B. vom Strukturgesetz des sozialen Organismus, das quasi als dreigliedriges Ordnungsprinzip wirken soll) oder von einem vierten System bzw. von Viergliederung (vgl. zur Diskussion den Aufsatz von Christoph Strawe „Dreigliederung und Viergliederung“ in: Rundbrief Dreigliederung Nr. 1 / 2002) sprechen, will man den Gegenstandsbereich des sozialen Organismus und den methodischen Ansatz der Sozialorganik Steiners nicht verlassen.

Geistesleben finden, aus dem die Impulse strömen, die das Ganze bewegen.

c) Das „Wirtschaftsleben“, das wie gesagt noch keine wirklich selbstständige gesellschaftliche Sphäre bildet, ergibt sich durch ein unreflektiertes Mitleben in den nah an die Naturverhältnisse angebundenen sozialen Verhältnissen. In den Familienverbänden wirkt ein sozialer Instinkt der gegenseitigen Hilfe. Es handelt sich um eine Selbstversorgungswirtschaft, in der der Einzelne instinktiv für sich und seine Nächsten sorgt.

Folgt man an dieser Stelle R. Steiners Darstellungen, dann erlaubt diese alte Einheit von Spiritualität und Sozialität, dass soziale Verhältnisse gesund oder krank sein können. „Gesund“ ist, was innerhalb der gemeinsamen Spiritualität lebt, „krank“, was aus ihr herausfällt. Heraus fällt derjenige, der sich gegen die Regeln, die Tabus, Sitten usw. des Gemeinwesens vergeht. Das Urteil hierüber ist ein träumend-unbewusstes, es wird wie im Lebensvortrag selbst gefällt, indem das „Kranke“ ausgediebt wird.

Die Entwicklung sozialer Urteilsformen und die antisozialen Triebe

Wohin entwickeln sich nun in der Folge die sozialen Urteilsformen? Aus Zeitgründen konzentrieren wir uns auf die große Linie der Bewusstseinsentwicklung und verzichten auf die Darstellung von Nebenentwicklungen und Umwegen.²

Die griechische Kultur bietet uns eine gegenüber den Theokratien völlig andere Szenerie. Platon und vor allem Aristoteles begründen moderne Wissenschaft. Das Bewusstsein macht den Schritt vom Mythos zum Logos. Man fragt nach der rechten Staatsform, nach dem wahren Urteil, Aristoteles fragt bereits nach dem gerechten Preis. Das Zeitalter des instinktiven Träumens ist vorbei. Denn jetzt ist es möglich geworden, sich den gegebenen sozialen Verhältnissen gegenüberzustellen und aus diesem Gegenüberstehen zu einem kritischen Urteil zu kommen: Richtig - falsch, gerecht - ungerecht, das sind jetzt die Pole - nicht mehr gesund und krank.

Schon im Übergang von Plato zu Aristoteles zeigt sich eine bedeutende Entwicklung. Während Plato hinausblickt zu der einheitlichen Ideenwelt, interessiert sich Aristoteles für die Wahrnehmungswelt und ihre Gesetze. Der Mensch erwacht am Irdischen, an der gegebenen Welt und den in ihr herrschenden sozialen Verhältnissen. Das findet seine Fortsetzung und Steigerung in der neuzeitlichen Aufklärung. Kant hat sie als Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit bezeichnet. Jetzt wird das selbstständige Urteil zur Fähigkeit jedes normalen Menschen. Nicht nur die Philosophen sind jetzt Selbstdenker. Die Bürger wenden ihren Verstand auf die Lebensverhältnisse an, die Dogmen der Kirche werden löchrig.

² Vgl. hierzu z.B. die Vorträge Rudolf Steiners vom 15. August 1920 in „Geisteswissenschaft als Erkenntnis der Grundimpulse sozialer Gestaltung“ (GA 199) und vom 12. Dezember 1918 in „Die soziale Grundforderung unserer Zeit - In geänderter Zeitlage“ (GA 186)

Die Entwicklung des modernen Ichbewusstseins stellt den Einzelnen auf die Spitze seiner Persönlichkeit. Die seit dem 15. Jahrhundert sich entwickelnde moderne Naturwissenschaft nimmt in ihrem Denken völlig Abstand von jeglicher Voraussetzung einer geistigen Welt. Die Aufmerksamkeit wird ausschließlich von der Anschauung der Sinneswelt in Anspruch genommen. Das „wirklich Gegebene“ soll erforscht werden, nichts in das Weltbild hineingeträumt werden. Nachklänge alter Formen des seelischen Erlebens werden aus der Sphäre des Wissens hinausgedrängt.

Durch Aufklärung und moderne Naturwissenschaft nehmen wir Abschied vom Träumen. Was liegt hier eigentlich vor? Die Erziehung zur modernen Bewusstseinsverfassung ist eine große Errungenschaft. Indem wir Wachheit im Ich erzeugen, ergreifen wir in der Geste der Aufmerksamkeit zwar nicht mehr die Fülle der geistigen Welt, dafür jedoch den Aktivitätspol des Menschen. Wir sind geistig tätig und zugleich geistvergessen. Das an der Naturwissenschaft geschulte Denken richtet seine Aufmerksamkeit ganz auf die materiellen Zusammenhänge, Denken erscheint sich selbst als bloße Funktion der komplizierten Biochemie und Biophysik neuronaler Strukturen und Prozesse. Der Helligkeits- und Selbstgestaltungsgewinn, den dieses Bewusstsein mit sich bringt, ist zugleich Lebendigkeitsverlust. Wir stehen einer toten Welt gegenüber. Geistiges und Soziales trennen sich, die Trennung von Kirche und Staat ist ein Aspekt davon.

Dieses Bewusstsein ist vorstellendes Bewusstsein, es weiß von sich selbst und der begegnenden Welt nur im Medium seiner Vorstellungsinhalte als subjektive Repräsentationen der Wirklichkeit. Man bemerkt, dass das Vorstellungsbewusstsein zugleich wirklichkeitslos ist. Es weiß tendenziell nur von sich, aber nichts vom Anderen und von der Welt.³

Steiner charakterisiert das als den notwendigen Gang zum Ich-Bewusstsein des Menschen. Die Kräfte, die

3 Das Vorstellungsbewusstsein ist das Bewusstsein des mitvollzogenen Begegnungsvorganges von Wahrnehmung und Begriff. Der dabei entstandene Zusammenhang ist nach der Beobachtung von den Wahrnehmungen ablösbar und besteht für sich. Der Zusammenhang vergegenwärtigt sowohl die Wahrnehmungen als auch die Begriffe. Der unabhängig von der vorangegangenen, ursprünglichen Beobachtung entstandene und erinnerbare Zusammenhang ist die Vorstellung. Wahrnehmung und Begriff finden in der Vorstellung ihre subjektive Repräsentation. Das Vorstellungsbewusstsein lebt in den durch sein Beobachten entstandenen Zusammenhängen von Wahrnehmungen und Begriffen. Es vergegenwärtigt sich in subjektiver Form seine eigene denkerische Beteiligung am Zustandekommen der Erscheinungswelt.

Das Vorstellungsbewusstsein repräsentiert sich nun auch seine eigene Bewusstseinsleistung beim Zustandekommen einer menschlichen Begegnung. Hierin ist die interpersonale Begegnungsform des Vorstellungsbewusstseins begründet. Das fremde Denken wird im Licht des eigenen Denkens gesehen. Hierbei bemerkt das Vorstellungsbewusstsein aber auch die subjektive Beteiligung des Begegnenden am Entstehen der Begegnung. Indem die Begegnenden sich ihre Bewusstseinsleistungen wechselseitig repräsentieren, erwachen sie aneinander. In der Vorstellung des anderen von mir kann ich mich selbst als solcherart vorgestelltes Wesen auffassen. Diese Vorstellung, die der andere von mir hat, kann ich wiederum in meinem Bewusstsein repräsentieren, so dass der andere sich in meiner Repräsentation seiner Vorstellung von mir auffassen kann. Denn wie der andere mich vorstellt, erlebt er zunächst nicht in seinem Bewusstsein, sondern in meinem. Dies gilt natürlich wechselseitig.

hier wirksam sind, sind antisoziale Kräfte oder Triebe. Sie drängen das Träumerische zurück, an seine Stelle setzt sich mein Selbstbewusstsein und stellt sich der Welt - der Natur und den anderen Menschen - gegenüber. Das Soziale erleidet einen Bedeutungsverlust. Diese antisozialen Triebe sind jedoch nicht a-sozial, nicht unsozial im moralischen Sinne. Denn die sozialen Triebe mussten zunächst um der Entwicklung der Freiheit willen notwendig zurückgedrängt werden.

Unser modernes Bewusstsein ist doppelgesichtig. Einerseits sind wir tätig, andererseits werden wir immer mehr zu bloßen Zuschauern der Welt. Was berührt mich eigentlich noch von dem, was ich täglich im Fernsehen erblicke? Diesem abständigen Zuschauerbewusstsein stellt Steiner in seinem „National-Ökonomischen Kurs“ ein drastisches Bild entgegen: Der Chemiker erhitzt Stoffe in der Retorte und beobachtet das Ergebnis von außerhalb derselben. Der Sozialwissenschaftler bzw. jemand, der im sozialen Leben steht, ist selbst mitten drin in der Retorte. Wenn wir etwas erhitzen, sieden wir mit. Die Finanzkrise mag als Beispiel dafür gelten. Irgendwann wird man sich der eigenen Betroffenheit bewusst - und kann ab diesem Moment nicht mehr Zuschauer bleiben. Im Unterschied zum klassisch-naturwissenschaftlichen Betrachten ist im Sozialen die Art, wie wir in ihm stehen, denken und empfinden, ein Teil der sozialen Wirklichkeit. Es macht einen wesentlichen Unterschied für das gesellschaftliche Leben, ob ich träumend oder wach, aufmerksam oder unaufmerksam, engagiert oder desinteressiert in ihm stehe. Hier schafft meine Haltung am Gegenstand mit und insofern kann ich nur in meinen Illusionen bloßer Betrachter des Sozialen sein. Am Wachstum einer Pflanze dagegen ändert meine Haltung ihr gegenüber nicht direkt etwas, wenn man von subtilen Wirkungen absieht, die normalerweise unbemerkt bleiben.

Die praktische Seite der Naturwissenschaft ist die moderne Technik. Im 18., 19. und 20. Jahrhundert - und heute sowieso - wird das ganze soziale Leben mit Mechanismen und Automatismen überzogen, abgesehen von schmalen Randgebieten, in denen Naturzustände nachklingen. Früher haben wir unsere Willensleistung direkt eingebracht. Heute ist die Produktion rationalisiert, das heißt der Wille ist aus der Weltentwicklung überall dort, wo diese Rationalisierung greift, radikal gestrichen. Die Maschine nimmt mir die direkte Begegnung mit der Welt ab. Die Folge ist ein Sinnlosigkeitserleben, weil der Wille keine Betätigung mehr findet, keine Welterfahrungen mehr macht. So liegen Errungenschaften und negative Folgen der modernen Bewusstseinsentwicklung nahe beieinander.

In skizzierender Weise hat sich uns ergeben, dass in frühen Zeiten mythologischer Bewusstseinsverfassungen „gesund“ und „krank“ die Kriterien eines sozialen Urteils waren, das allerdings noch kein bewusst gefälltes Urteil war. Mit der Entwicklung der eigenständigen Betätigung der Verstandeskräfte der Menschen trat dann das „richtig“ oder „unrichtig“, „wahr oder falsch“ in das Zentrum der Urteilsbildung. Für die „instrumentelle Vernunft“ der Neuzeit wird Beherrschung der Natur zum entscheidenden Ziel, - das Bestreben, durch Technik die Naturgesetze für eigene Zwecke wirken zu lassen. Damit wird das Gegensatzpaar von „nützlich“ und

„schädlich“ (für meine Zwecke) zum Maß aller Dinge. Der Spaßfaktor des Hedonismus und der Nützlichkeitsfaktor des Utilitarismus werden zu den wirkenden Kräften einer Zivilisation.

Soziale Pathologien der Gegenwart

Wenn wir in dem toten Vorstellungsdenken verharren, wenn wir nicht an unseren seelischen Kräften arbeiten, dann wird die Zivilisation einem Abgrund entgegengehen, einen pathologischen Weg beschreiten. Teilweise haben wir ihn schon beschritten. Die pathologische Entwicklung hat unterschiedliche Aspekte:

a) Das *Geistesleben* der Menschheit würde dann immer mehr nur noch geprägt durch das Zuschauerbewusstsein sein. Die *Isolation* des Ichbewusstseins des Menschen gegenüber allen geistigen Zusammenhängen würde immer größer werden. Eine völlige Verdunkelung würde sich ergeben. Wenn wir den Aktivitätskern in uns nicht erleben können, vermöchte unser Erkennen nicht zum Wesen der Dinge vorzudringen. Nur „Als-ob“-Bilder der Welt könnte es erfassen, intellektuelle Modelle der Welt. Ein solches Denken dreht sich am Ende nur noch in sich selbst. Es endet in der Phrase; an die Stelle begründeter Urteile treten subjektive Meinungen, für deren Akzeptanz durch Andere ich kein anderes Argument vorzubringen brauche, als dass ich diese Meinungen habe. So denke ich eben dies über ein Burka-Verbot oder über die Staatsschule und der Andere jenes. Die Frage nach den Gründen wird als Angriff, als Zwang zur persönlichen Rechtfertigung erlebt.

b) Das *Rechtsleben* würde auf dem Abwärtspfad der Zivilisation in eine immer stärkere Trennung des einen Ich vom anderen Ich münden. Die Ego-Gesellschaft, in der jeder für sich und gegen alle anderen kämpft, wäre endgültig Realität. Die Menschen würden dadurch *vereinsamen*. Allenfalls Konventionen würden die Gesellschaft noch zusammenhalten. Das Ich ist eben, mit R. Steiner und einem von ihm gebrauchten Bild aus der Apokalypse zu sprechen, ein „zweischneidiges Schwert“. Das Ich kann ein starkes Selbst werden, das gerade wegen seiner souveränen Stärke selbstlos ist, oder es kann aus Schwäche im Egoismus verhärten. Viele Entwicklungen heute sind ambivalent: Die Scheidungsstatistik spricht sowohl von dem Aufbruch aus gesellschaftlichen Zwängen und individueller Wahl als auch von der Unfähigkeit zur Begegnung. Wo die Kommunikation zwischen Kindern und Eltern sich zu zwei Dritteln nur noch via Handy vollzieht, wo der Medienkonsum das Bewusstsein besetzt, wird Kommunikation verzerrt, weil unmittelbare Seelen- und Willensbegegnung immer mehr verschwindet. Wir Erwachsenen haben authentische Kommunikation noch als Regelfall erlebt, aber welcher Verlust an Begegnungsfähigkeit droht einer Generation, die primär mit technischen Medien zu kommunizieren gelernt hat?

3. Im *Wirtschaftsleben* ergibt sich auf dem pathologischen Weg in den Abgrund eine radikale Verengung der Arbeit auf *Einzel Tätigkeiten*. Die Segmentierung der Arbeit nimmt zu. Nebenjobs und Teilzeitjobs werden gestückelt. Die Fließbandarbeit ist nur das extremste Bild allgegenwärtiger Segmentierung. Die Arbeit wird

endgültig bloßer Erwerb, hat nichts mehr von Aufgabe und Berufung. Im Erwerb ist die Arbeit nur der Weg zum Lohn. Der Instinkt, für den Anderen tätig zu sein verliert sich paradoxer Weise in dem Maße, in dem wir objektiv in der heutigen Arbeitsteilung immer weniger für uns und fast ausschließlich für den Anderen produzieren und leisten. Der Markt ist ein Mechanismus, der die Menschen äußerlich über das Selbstinteresse, das zugleich durch die Konkurrenz domestiziert wird, in der Erwerbsarbeit zusammenzwingt.

Wir sehen also in allen drei Bereichen die Gefahr, dass das menschliche Interesse sich ausschließlich auf das eigene Ich richtet und dadurch das Soziale im Kern gefährdet ist. Denn dieses Soziale ist im Kern mitmenschliches Interesse, das heißt das Interesse am Ich des Anderen. An unserer Meinung interessiert uns primär, dass sie die unsere ist, wir nennen sie ja auch so und nicht Deinung. Nicht der Sachbezug, sondern der Ego-Bezug zählt. Menschliche Beziehungen beurteilen wir primär danach, was sie für uns „bringen“. Gleiches gilt für den Job. Nicht, was gesund sei oder wahr, ist maßgeblich, sondern was für mich nützlich oder schädlich ist. Der Hedonismus fragt zu allererst: Fühle ich mich wohl? Der Utilitarismus fragt, was bringt es mir? Der vereinzelt Einzelne bezieht alles auf sich. Diese Entwicklung hat sich schon im 19. Jahrhundert angebahnt, jetzt aber gipfelt sie auf.

Dreigliederung als Weg sozialer Salutogenese

Die entscheidende Frage lautet: Können wir aus dem errungenen Ich-Bewusstsein heraus einen Weg aufwärts finden, einen Weg der salutogenetisch ist, d.h. heilsame Verhältnisse mit sich bringt? Wie kommen wir über den Abgrund hinüber? Der Abgrund hat mit dem immer heftigeren Abwärtssog der antisozialen Kräfte zu tun, die in den Autismus treiben. Das vollzieht sich von selbst, man muss nichts dazu tun - außer die heutige Zivilisation unkritisch mitzuleben: keinen Blockbuster auslassen, sich in der Disko zudröhnen lassen, schnelle Autos fahren, die Anstrengungen innerer Arbeit meiden. Diese „Freiheit von“ führt aber eben nicht zu einer wirklichen Freiheitsfähigkeit, einer „Freiheit wozu“. Was hat es mit dem Freiheitswesen des Menschen auf sich? Das ist der methodische Schlüsselpunkt. Wie kommt man aus dem Freiheitsbewusstsein heraus zu salutogenetischen Gestaltungen?

Solche Gestaltungen dürfen sich nicht nach Lieblingsmeinungen, sondern müssen sich nach Wesensgesetzen des sozialen Organismus richten. Wir müssen über die Fragen nach dem „nützlich und angenehm für uns“ wieder ein Stück zurückkommen zu der Frage nach dem Wahren und Richtigen und dem Unwahren und Falschen. Aus Einsicht sozial handeln heißt die Wesensgesetze des sozialen Organismus zum Motiv machen. Dann klingt unser Wollen zusammen mit dem in der Welt zu Gestaltenden. Dann herrscht keine Beliebigkeit. Selbst an Waldorfschulen mit ihrem Credo der „Erziehung zur Freiheit“ ist heute dieses Missverständnis mit enormem Leidensdruck verbreitet, Freiheit bestehe darin, die je subjektiven Vorstellungen zu realisieren - Beliebigkeit ist die Folge. In Wirklichkeit ist Freiheit ein Aktivitäts- und

Verantwortungsbegriff. Verantwortung hängt mit dem Wort Antwort zusammen. Aber Antworten kann ich nur finden, wenn ich die Frage vernehme, das heißt ihren Inhalt und damit die Not des anderen, der meiner bedarf. Im Brückenbau ist es klar, dass ich eine Brücke nicht willkürlich, sondern nach statischen Gesetzen konstruieren muss. Sonst fällt sie zusammen. Im Sozialen führen wir aber immer noch solche illusorischen Bauten auf, hinter denen keine Einsichten, sondern Parteimeinungen und dergleichen stehen. Den Blick für den Zusammenhang von solchen Bauplänen und sozialen Katastrophen haben wir noch nicht hinreichend entwickelt.

Wir ringen um das Verständnis des methodischen Status der angesprochenen sozialen Gesetze. Sie wirken nicht wie Naturgesetze, da wir im Sozialen immer Mitgestalter sind. Wie kann sich unsere Mitgestaltung an gesunden sozialen Entwicklungsgesetzen orientieren, so lautet die Frage. An dieser Stelle treten diese Gesetzmäßigkeiten des Sozialen in ihre Rechte ein: Es handelt sich um die bereits genannten drei: Das Soziologische Grundgesetz, das Soziale Hauptgesetz und das Soziale Urphänomen.

Soziologisches Grundgesetz, soziales Hauptgesetz, soziales Urphänomen

1. *Soziologisches Grundgesetz*: Steiner nennt das Soziologische Grundgesetz auch das Gesetz des Individualismus. Wenn alle geschichtliche Entwicklung auf einen Individualisierungsprozess hinauslaufe, dann sei die Konsequenz für den Staat, dass er sein Herrschaftsprinzip nicht mehr betonen und für sich nichts, für den einzelnen alles wollen müsse. Sein Ideal werde die Herrschaftslosigkeit sein. Wenn wir eine Gemeinschaft sind, dann ist es das Ideal, dass ich die Freiheit des Anderen will. Alles auf die Freiheit des Einzelnen zu stellen, setzt die Anerkennung des Anderen voraus. Den Anderen fördern, unterstützen, Verantwortungsräume schaffen, wie sie etwa Freie Schulen geben können: dorthin muss die Entwicklung in Zukunft gehen. Der Andere muss sich in Freiheit entwickeln können. Durch diese Überhöhung wird aus der Freiheit erst eine soziale Geste. Das ist die Entwicklungsperspektive des Soziologischen Grundgesetzes. Freiheit fördern ist der salutogenetische Weg, beispielsweise in der Erziehung.

Doch das wird nur dann möglich, wenn man wieder Anschluss findet an geistige Erkenntnis. Das heißt: wir müssen unser eigenes Bewusstsein geschmeidig machen, um soziales Leben zu verstehen. Ein biochemischer Automat ist nicht frei. Wer den Menschen so denkt, kann in der Freiheit höchstens „ein gutes Gefühl“ sehen (Wolf Singer). Das Freiheitswesen des Menschen zu verstehen ist zentral für das Verständnis der sozialen Frage. Daher ist R. Steiners „Philosophie der Freiheit“ als methodischer Weg seelischer Beobachtung und übender Praxis so bedeutungsvoll. Dieser Beobachtung ergibt sich, dass wir im Erleben des Denkens Geistiges erfassen können. Der Selbstzusammenhang der geistigen Welt kann durch jeden Menschen aktiv hervorgebracht werden. Das Denken, so R. Steiner in diesem Werk, sei in seinem Wesen am leichtesten zu verkennen, bleibe im Nacherleben oft kalt und blass. Doch in seinen Tiefen lebe in ihm Kraft der

Liebe in geistiger Art. Lebendiges Denken ist tätige Einswerdung mit dem Wesen der Welt. Das Denken ist der Dolmetscher, der die Sprache der Welt für uns übersetzt. Dieses hier gemeinte Denken ist jedoch nicht das starre Vorstellungsdenken. Um so zu wirken, wie es hier angedeutet ist, muss das Denken sich steigern, muss eintauchen in den lebendigen Geschehensstrom, neue Erkenntnisformen hervorbringen.

Dreigliederung des sozialen Organismus auf der Ebene des Geisteslebens fordert, dass ich mit der geistigen Erkenntnis der Freiheit des Menschen ernst mache. So ist es ein Kriterium zukünftiger Gemeinschaftsbildung, dass in den Gemeinschaften geistige Erkenntnis gepflegt werden kann. Nur so werden sich gesunde Formen des Zusammenlebens entwickeln.

2. *Soziales Hauptgesetz*: Im Wirtschaftsleben wirkt primär das Soziale Hauptgesetz, von R. Steiner auch gelegentlich als das Gesetz des Sozialismus bezeichnet (Sozialismus nicht im Sinne einer politischen Richtung, sondern im Sinne sozialer Solidarität verstanden). Wenn ich dieses Gesetz meinem Handeln salutogenetisch zugrundelege, dann werde ich die Solidarität oder Brüderlichkeit in der Leistungsabgabe zum Motiv meines Handelns machen, weil ich erkenne, dass das Habenwollen nur zu Chaos und Katastrophen führt, und dass das Heil, also Gesundheit im weitesten Sinne, nur durch das Gebenwollen (und -können) erreicht und gesteigert werden kann. Um das praktisch umzusetzen, brauche ich Phantasie und Sachkenntnis.

Hier besteht die Aufgabe, die eigene Willenstätigkeit so zu erziehen, dass man sich den tatsächlich in der Welt vorhandenen Aufgaben widmen kann. Dann steht nicht mehr Erwerb, nicht mehr Rendite im Mittelpunkt, sondern die Frage, wo sich soziale Notwendigkeit zeigt. Aus der Einsicht in solche Notwendigkeit zu arbeiten und zu handeln wird manchmal Selbstüberwindung fordern.

3. *Das Soziale Urphänomen*: Dabei geht es um die wechselseitige Beeindruckung des einen Menschen durch einen anderen und die wechselseitige Selbstbehauptung gegenüber der Beeindruckung.⁴ Das vollzieht

4 Vgl. R. Steiner, Vortrag Bern, 12. Dezember 1919. In: GA 186/1990/175 f.)

Soziologisches Grundgesetz

Rudolf Steiner schreibt in einer Rezension 1898 im Magazin für Literatur: „Mir scheint, dass es [...] Aufgabe [...] gewesen wäre, überzugehen zu dem soziologischen Grundgesetz in der Menschheitsentwicklung, [...] das ich etwa in folgender Weise ausdrücken möchte. Die Menschheit strebt im Anfang der Kulturzustände nach Entstehung sozialer Verbände; dem Interesse dieser Verbände wird zunächst das Interesse des Individuums geopfert; die weitere Entwicklung führt zur Befreiung des Individuums von dem Interesse der Verbände und zur freien Entfaltung der Bedürfnisse und Kräfte des Einzelnen.

Nun handelt es sich darum, aus dieser geschichtlichen Tatsache die Folgerungen zu ziehen.“

(R. Steiner: Freiheit und Gesellschaft, GA 31/1989/ 255 f.).

Soziales Hauptgesetz

„Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.' Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen.“

(R. Steiner: Geisteswissenschaft und soziale Frage [1905/06], GA 34/1960/213).

sich permanent im zwischenmenschlichen Verkehr und man kann, ist man erst einmal darauf aufmerksam geworden, leicht eigene Beobachtungen dazu machen. Wir „schlafen“ im Aufnehmen der Gedanken des anderen, werden zum reinen Gefäß für das, was er artikuliert. Dann bringen wir dem aktiv unsere eigenen Gedanken entgegen, und gerade deshalb, weil wir die Gedanken rein aufgenommen haben, können wir sie nun dadurch verstehen, dass wir sie in Zusammenhang bringen mit unserem eigenen Gedankenprozess. Was so im Gespräch, in der Begegnung geschieht, ist ein Oszillieren zwischen Aktivität und Passivität.

Wenn man es nicht nur naiv geschehen lässt, kann man durch das bewusste Umgehen mit diesem Urphänomen eine produktive Empfänglichkeit entwickeln. Ich will dann bewusst erfahren, was der andere denkt und fühlt. Eben dieses aktive Betätigen nennen wir „Interesse am anderen Menschen“. Es ist nicht das Interesse gemeint, das wir schon mitbringen, sondern dasjenige, das wir aktiv entwickeln. Nicht mit Sympathie oder Antipathie, in denen wir nicht den Anderen selbst, sondern seine Wirkung auf uns erleben, treten wir ihm gegenüber, sondern mit wirklicher Offenheit für sein Wesen. Dieses sich Befreien von Sympathie und Antipathie ist eine Frucht der in der Naturwissenschaft geübten Weltbeziehung, nur ohne deren Distanziertheit.

So geartetes soziales Menschenverständnis oder Interesse am anderen Menschen ist konstitutiv für ein modernes Rechtsleben, das die Beziehung der Menschen untereinander nicht mehr aus der Konvention heraus ordnen kann und darf.

Relevant ist diese Frage auch in Unternehmen und Einrichtungen, beispielsweise wenn neue Mitarbeiter kommen. Da gibt es eine Kennenlern- und Einarbeitungsphase, in der noch einmal erprobt werden kann, wie es fachlich passt. Wie geht man an Mitarbeitergespräche heran - nur funktional oder interessiert man sich auch für den Menschen? Dahinter steht die Frage, welche Instrumente es gibt, um Interesse entwickeln zu können. Wenn es keine authentischen Gesprächsprozesse in einer Einrichtung gibt, vergibt man die Möglichkeit, solches Interesse zu entwickeln. Gelegenheiten, sich real zu begegnen, muss man selber schaffen. Sonst bleibt alles leeres Gerede. Zuwendung ist nicht durch Technik ersetzbar, sowenig wie Pflege durch Pflegeroboter.

Soziale Dreigliederung als Leitbild

Die Dreigliederung ist ein Leitbild, mit dessen Verwirklichung wir hier und jetzt beginnen können. Wir müssen nicht warten, bis wir durch den Schulungsweg alle vollkommen soziale Menschen geworden sind. Dann brauchen wir die Dreigliederung ja gar nicht mehr. Wir brauchen sie gerade deshalb, weil durch sie Individualisations-, Vereinbarungs-, Zusammenarbeitsprozesse angeregt werden, in denen das Soziale immer aufs neue praktiziert, eingeübt und ausgeübt werden kann.

So haben wir drei Aufgaben der Selbstentwicklung: Geistige Erkenntnis gewinnen, Interesse am anderen entwickeln, die eigene Willenserziehung in die Hand nehmen.

Freiwillig für den anderen fördernd tätig werden, Interesse entwickeln am Anderen und ihm immer wieder begegnen, engagierte Arbeit für den Anderen: das sind Verhaltensweisen, die in Übereinstimmung mit den genannten sozialen Gesetzmäßigkeiten stehen. In den drei Gesetzen liegt eine mögliche gesundende Wirksamkeit, die entfaltet werden will. Diese Gesundheitstendenz müssen wir jedoch selbst aktivieren. Hier haben wir es mit einer neuen Urteilsfigur zu tun: die andere Individualität, die Sozialität, die Menschheit wird mit in die Urteilsbildung so hineingenommen, dass sie in der *Empfindung* des Urteilbildenden aufglänzen kann. Es ist das Urteilen in den Kategorien „Wahr - Falsch“, aber mit einer Empfindung für die Sozialität. Dadurch wird auf neue Weise wieder die Frage des Gesundenden und Gesunden - und seines Gegenteils - zum Gegenstand sozialer Beurteilung. Interessanter Weise beginnt auch das sogenannte Motto der Sozialethik (GA 263a/1990/182) wie das Soziale Hauptgesetz explizit mit dem Begriff des Heils bzw. des Heilsamen. Und implizit ist ein Gesundheitsaspekt auch in den anderen Gesetzen formuliert.

Mitempfindendes soziales Urteilen...

Zusammenfassend kann man sagen: Wir sehen zwei große Ströme aufeinander zulaufen: Die antisozialen Kräfte, die zum Selbstbewusstsein geführt haben - und zwar aus entwicklungshistorischer Notwendigkeit - und die sozialen Kräfte, die als Gesetzmäßigkeiten aus dem Leben abgelesen und dann formuliert sind. Diese können wir aber wieder nur aus Freiheit aktivieren. Wir stehen auf dem Höhepunkt des Freiheitsbewusstseins, sind aber noch lange nicht frei. Denn wir haben das Wesen der Sozialität noch gar nicht bewusst ergriffen und zum Motiv gemacht. Mache ich mit der Freiheit ernst oder beharre ich im bequemen Zuschauerbewusstsein? Es braucht das Hinauskommen über die eigene Egoität durch die mitempfindende Urteilen im Sozialen.

Wenn wir solches empfindendes Urteilen⁵ ausbilden, werden wir - jetzt aber über unser Vorstellungsbewusstsein, das wir aktiv in Bewegung bringen - wieder Teil, wieder Glied der Gemeinschaft. Wir fühlen uns mit darin. Konkret heißt das, nicht nur schlicht nach dem eigenen Tun zu fragen, sondern vor allem nach dessen

⁵ Methodisch ist das „empfindende Urteilen“ für das soziale Leben und die Sozialwissenschaft das, was das „anschauende Urteilen“ i.S. Goethes für die Natur und Naturwissenschaft ist.

Folgen für den Anderen. Ich werde mich immer fragen, ob für ihn mein Tun freiheitsfreundlich, partnerschaftlich und solidarisch wirkt, - jedenfalls der Tendenz nach und trotz aller meiner Unvollkommenheiten. So werde ich offen für den Anderen, lerne auf ihn zuzugehen: Diese Frage, was er braucht, kann ich ja häufig auch direkt an ihn richten. So ergibt sich ein Bild der Wirkungen meines Tuns. Dieses stellt mich immer wieder vor die Frage, ob ich aus meiner Freiheit die entsprechende Wirkung tatsächlich wollen kann. Kann ich wollen, dass ich durch den billigen Einkauf mitschuldig werde an Armut und Not? Was folgt aus dieser Einsicht für mein Einkaufsverhalten, und bin ich in der Lage, meiner Einsicht auch wirklich zu folgen? Man sieht, dass es sich hier um einen Weg handelt, den jeder im Alltag gehen kann.

Abschließend sei noch kurz dem Hinweis R. Steiners nachgegangen, dass durch das Erlernen eines mitempfindenden sozialen Urteils drei neue Erkenntnisformen veranlagt und ausgebildet werden können, die für das soziale Leben in seinem geistigen Zusammenhang zentral sind und das gewöhnliche Vorstellungsbewusstsein übersteigen, weil sie in die Wesenssphäre des Sozialen eintauchen.

Ausbildung neuer Erkenntnisformen für Wirtschafts-, Rechts- und Geistesleben

R. Steiner nennt diese Formen die imaginative, inspirative und intuitive Erkenntnis. Die imaginative Erkenntnis ist die Form, die geeignet ist, die Vorgänge im Wirtschaftlichen zu verstehen. In seinem Ökonomischen Kurs spricht R. Steiner viel von „volkswirtschaftlicher Anschauung“, von Bildbegriffen (Imago = Bild), bewegten Bildern, die innere Dynamiken ökonomischer Prozesse erschließen. So sprechen wir vom Wirtschaftlichen als dem Zusammenhang von Produktion, Zirkulation und Konsumtion - Waren werden hergestellt, dafür wird Natur verwandelt, sie werden in die Zirkulation gebracht und - häufig an einer ganz andere Stellen des Globus - konsumiert. Das kann man gar nicht analytisch anschauen, sondern man muss ein Bewegungsbild dieser über die Welt sich bewegenden Warenwerte entwickeln. Ein Brötchen, das wir hier für 40 Cent kaufen, hat in Afrika, wo Menschen hungern, einen ganz anderen Gebrauchswert als bei uns, obwohl es materiell der gleiche Gegenstand ist. So können wir sagen, dass alle Waren, die einen Bedarf befriedigen, eine Imago dafür sind, dass andere Menschen etwas für mich geleistet haben. Sonst wäre nicht da, was ich selbst konsumiere. Das muss ich imaginieren, innerlich bewegt vorstellen können. Wie entsteht das Brötchen, wie verzweigt sich das alles in der Arbeitsteilung? Das wird man als einzelner gar nicht ganz erfüllen können - man gerät irgendwann in eine Art Schwindelgefühl. Aber man bekommt doch eine anfängliche Empfindung für das Wesen der arbeitsteiligen Wirtschaft.

Für das Rechtsleben handelt es sich um die inspirative Erkenntnis. Es geht um das Einfließen des „Spirit“, des Geistes, in das, was zwischen Menschen vereinbart werden kann. Jede Vereinbarung über Arbeitsleistungsbeiträge ist geführt von einem gemeinsamen Ziel, einer gemeinsamen Aufgabe. Ohne ein solches Ziel - zwi-

schen Eltern und Lehrern wäre es das Ziel, die Schule zu „machen“ - wären Verträge saft- und kraftlos. Das heißt: es kommt auf den spirituellen Gehalt der Aufgabe an. Hat sie eine inspirative Kraft? Führt sie oder nicht? Wenn die Aufgabe ideal in der Seele anwesend ist, entfaltet das seine Wirksamkeit. Natürlich kann der „Spirit“ auch negativ sein, auch Verbrecherisches kann man vereinbaren. Allerdings ermangelte eine solche Vereinbarung der Partnerschaftlichkeit - das Opfer wurde ja nicht einbezogen in den Vertrag, der deshalb auch kein wirklicher Vertrag ist.

So wie im Wirtschaftlichen als Entwicklungsziel die Brüderlichkeit lebt, die Ware nämlich solidarisch und gerecht herzustellen und zu zirkulieren, ist im Rechtsleben das Entwicklungsziel die Gleichheit. Wir vereinbaren unsere Willen für eine gemeinsame Aufgabe - und dabei verführt keiner der Partner den anderen zu etwas, was dieser selbst nicht will, oder verfügt über seinen Willen; das wäre nicht inspirativ. Anders: Ich frage mich, welchen Beitrag ich leisten kann für das gemeinsame Ziel und das Gleiche fragt sich der Partner. Wir versprechen uns gegenseitig also, jeder etwas Bestimmtes für die gemeinsame Aufgabe einzubringen. Die Aufgabe ist die gleiche, wir vereinbaren uns auf „gleicher Augenhöhe“.

Für das Geistesleben beschreibt R. Steiner intuitive Erkenntnisformen als Formen der Zukunft. Wir können das als Wesensbegegnung und Einswerdung übersetzen. Jede menschliche Fähigkeit ist individuell einzigartig und ist entstanden aus der Wesensbegegnung des Menschen mit dem Wesen, mit dem er zu tun hat. Der Musiker wird eins mit der Musik. Wenn er es geworden ist (wobei das natürlich ein unabschließbarer Prozess bleibt), dann hat er die Fähigkeit zum Musizieren oder Komponieren - selbst wenn er taub ist. Gleiches gilt für den Mathematiker, der eins wird mit der Mathematik. Er *ist* Mathematik in seiner Fähigkeit. Das ist das Motiv des Geisteslebens, der Fähigkeitenbildung und -entfaltung durch das Einswerden mit der Sache selbst.

Verstehe ich als Lehrer von den Kindern, als Arzt vom Patienten so viel, dass ich mich identifizieren kann? Kann ich erziehen, heilen usw.? Das Entwicklungsziel ist hier die Freiheit. Durch die Verbindung mit dem Wesensgehalt der Welt werden individuelle Fähigkeiten gebildet. Das intuitive Vermögen besteht darin, in der Einswerdung mit dem Ideengehalt das individuelle Fähigkeitswesen des anderen Menschen erfassen und fördern zu können.

Drei Erkenntnisarten gilt es also auszubilden, um im sozialen Leben bewusst die Gestaltungen der sozialen Dreigliederung ausführen zu können und sie nicht aus dem Vorstellungsbewusstsein heraus anzugehen. Die Selbststeigerung vom Vorstellungsbewusstsein in die beschriebenen höheren Erkenntnisarten erfolgt auf dem Weg, das soziale Urteil mit der Empfindung für den anderen Menschen zu durchdringen. Auf diesem Weg finden sich lebensgemäße gesundende soziale Gestaltungen. Er ist deshalb ein Weg sozialer Salutogenese.

Waldorfschule wohin?

Profilbildung und Führung in der Schulentwicklung

Die folgenden Beiträge entstammen einem Seminar zum Thema, das am 26./27. März im Stuttgarter Forum 3 gemeinsam vom Institut für soziale Gegenwartsfragen und der Freien Hochschule Stuttgart (Seminar für Waldorfpädagogik) durchgeführt wurde. Die dort gehaltenen Referate von Udo Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross, Martin Laude und Prof. Dr. Peter Loebell sind von Christoph Strawe zusammengefasst worden, wobei der Duktus des mündlichen Vortrags soweit möglich erhalten wurde. Den Beitrag von Prof. Dr. Walter Hutter hat dieser selbst zusammengefasst. Auch der Beitrag von Erich Schneeweiß ist von ihm selbst durchredigiert worden.

Bildungswesen in Bewegung - Herausforderungen für die Schulentwicklung

*Udo Herrmannstorfer
Zusammenfassung C. Strawe*

Dass heute bei uns so gut wie alle Menschen eine Schule besuchen können, wenigstens 8 Jahre, die meisten länger, ist bei aller berechtigten Kritik an immer noch vorhandener Chancengerechtigkeit im Bildungswesen ein historischer Fortschritt, der sich in erstaunlich kurzer Zeit vollzogen hat. Rund ein Viertel der Bevölkerung gehört in dieser oder jener Form - durch Beruf oder Ausbildung - zum Bildungswesen.

Früher überließ man die Frage des Erwachsenwerdens den Lebensverhältnissen. Der Mensch wuchs einfach hinein in das Leben. Im Zeitalter des erwachenden Ichbewusstseins geht das nicht mehr. Für das Ich muss man mehr tun. Ichwerdung führt zum Jedermannsrecht auf Bildung. Es war keine Selbstverständlichkeit zu akzeptieren, dass Kinder nicht schlicht auf dem Hof mithelfen, sondern zur Schule gehen und damit aus dem

unmittelbaren Lebenszusammenhang herausgerissen werden sollten, - wo es doch „soviel zu tun“ gab.

Nicht Heuen und Ausmisten, sondern Mathematik und Physik lernt man auf der Schule. Man blickt nicht mehr primär auf die Tradition und die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft und den zivilisatorischen Fortschritt, der ohne die Entwicklung des Bildungswesens und immer bessere Qualifizierung der Menschen nicht erreichbar wäre. Zunächst löst diese Aufklärung berechtigter Weise Euphorie aus. Ein Freiheitsjubel steht hinter der Bildung, die Freude am Offenwerden, dem Lösen aus den Vergangenheiten, dem Abschneiden alter Zöpfe. Aber es gibt auch eine Schattenseite dieser Entwicklung. Notwendig wird Bildung im gleichen Maße, in dem der Mensch den Zusammenhang mit der Welt, auch der des Geistigen verliert. Das Wissen, um das es geht, ist nicht aus den Tiefen heraufgeholt, aus denen die Religionen schöpfen. Die letzteren will der Staat gerade weitgehend aus der Schule heraushalten. Es geht um weltliches Wissen, um naturbeherrschende „instrumentelle Vernunft“. Das ist eine radikale Umpolung, die das Interesse an einem Verständnis des Lebendigen, des Menschen und der geistigen Wirklichkeit immer mehr verdrängt. Das neue Wissen ist Erkenntnis der toten Gegenständlichkeit. Gerade daran bildet sich das Selbstbewusstsein des Menschen, - denn selbst finden kann sich nur ein isoliertes Wesen, das sich nicht einverwoben fühlt in die Welt. So entsteht die merkwürdige Situation, dass in dem gleichen historischen Moment, in dem der Mensch sich zum Selbstbewusstsein erhebt, Verunsicherung sich ausbreitet im Hinblick auf die Frage, was der Menschen im Wesen ist. Wir identifizieren uns spontan mit der Botschaft der Mündigkeit, die in den Menschenrechtsdeklarationen formuliert ist. Wir erleben es als richtig, wenn die entsprechende UNO-Konvention selbst gegenüber Menschen mit Behinderungen den Grundsatz formuliert, dass das Ich nur unterstützt, aber nie bevormundet werden darf. Wenn wir sagen sollten, was das konkret heißt, was „Ich“ eigentlich ist, lässt uns das instrumentelle Verstandesdenken jedoch allein und wir bemerken, dass wir in Bezug auf die Frage nach dem Menschen nicht die gleichen Fortschritte gemacht haben wie in der Naturbeherrschung.

So sehen wir, dass die Forderung „Erkenne Dich selbst!“ aus der der modernen Pädagogik eigenen emanzipatorischen Logik heraus folgt. Es geht um die Entfaltungsbedingungen des werdenden Menschen. Das Ziel der Selbstständigkeit des Menschen muss die Frage hervorrufen, was das Ich ist. Unter welchen Bedingungen kommt die Selbstständigkeit am besten zur Entfaltung?

Kern der Pädagogik: Hinblicken auf den werdenden Menschen

Es ist tragisch, dass die Fragen nach der Anschauung des Menschen in seiner körperlichen, lebendigen, seelischen und geistigen Ganzheit vom pädagogischen Mainstream zu wenig bearbeitet wurden und werden. Man war und ist geneigt, sie als Glaubensfragen abzutun. Diesen gegenüber hält man dafür, dass in einer

pluralistischen Gesellschaft jeder Erwachsene nach seiner Fassung selig werden könne und dürfe. Bei der Pädagogik sieht man das enger, eben weil es sich nicht um mündige Erwachsene handelt. Das führt zu einer Reihe von Problemen, die heute nur schwer oder gar nicht lösbar erscheinen. Denn letztlich ist es fahrlässig, Pädagogik ohne innere Arbeit am Verständnis des werdenden Menschen leisten und entwickeln zu wollen. Die Waldorfpädagogik ist ein Versuch, auf den werdenden Menschen zu schauen, und wenn bei diesem Versuch „Anthroposophie“ - nicht als Lehrgegenstand, sondern als Quelle der Pädagogik - eine Rolle spielt, dann nicht um irgendeiner „Überzeugung“ willen, sondern aus dem Versuch und im Versuch, den Kindern gerecht zu werden. Dass das zugleich einen undogmatischen Umgang mit dem Thema erfordert, ist eigentlich selbstverständlich, sei aber doch ausdrücklich angemerkt.

Der Blick auf den werdenden Menschen ist der Kern jeder Pädagogik. Darum ist es eine tiefe Tragik, dass die Frage nach einer Anschauung des Menschen einen „Weltanschauungsvorwurf“ hervorruft, wobei Weltanschauung von vornherein in einem engen, dogmatischen Sinne oder dem eines willkürlichen privaten „Geschmacks“ verstanden wird. Die Waldorfschulen weisen den Begriff der Weltanschauungsschule auch deshalb zurück, weil er häufig für konfessionell geprägte Schulen gebraucht wird. Es ist richtig, dass die Waldorfschule keine „Weltanschauungsschule“ ist, sowenig wie eine Montessori- oder Freinet-Schule. Trotzdem ist die Tabuisierung des Wortes ungesund, weil sie geeignet ist, die Debatte über anthropologische Grundlagen der Pädagogik - und über den Bedeutungsumfang und die Umsetzung des Postulats der Weltanschauungsfreiheit in Artikel 4 (1) des deutschen Grundgesetzes und ähnlichen Artikeln in anderen Verfassungen - zu behindern oder gar ganz zu verhindern.

Ursachen und Folgen inhaltlicher Kontrolle des Staates über die Bildung

Die Situation des Bildungswesens heute können wir noch aus einem anderen Blickwinkel anschauen. Der Staat ist historisch der Ausläufer der alten Gemeinschaften, der alten Kollektive, die das Leben aller Menschen einheitlich - aus bestimmten geistigen Richtlinien - regelten. An die Stelle dieser Richtlinien treten im modernen Staat Gesetze und Mehrheiten. Die moderne Schule entsteht als gesellschaftliche Einrichtung, vom Staat getragen, der die Schulpflicht gesetzlich verankert. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit und der Säkularisierung weist dieser Staat - von Land zu Land mit unterschiedlicher Härte und Konsequenz - konfessionelle Beanspruchung des Schulwesens zurück, sucht die Kirche als Institution aus diesem Bereich zurückzudrängen. Religiöse Inhalte - jedenfalls außerhalb des Religionsunterrichts - sieht man an der Schule als mit der Wissenschaftsauffassung der Neuzeit unvereinbar an.

Vielmehr geht es darum, was ein Mensch wissen muss, damit er sich später im Beruf und als Staatsbürger mit Rechten und Pflichten in der Welt bewegen kann. Mit dieser Fragestellung beansprucht der Staat die Bestimmung über die Bildungsinhalte. Um diese Bestimmung sicherstellen zu können, muss er die gesamte

Schulverwaltung in den Griff nehmen, das heißt nicht nur das Was, sondern auch das Wie der Bildung dominieren. Daraus folgt dann logischer Weise auch, dass der Staat die Finanzierung übernimmt. So geraten gesellschaftlich-allgemeine Gesichtspunkte in den Mittelpunkt der Bildung. Das Kind wird zwar als Träger eines Rechts auf Bildung ernst genommen, aber noch völlig unzureichend ist der Blick auf das individuelle Ich-Wesen des Kindes.

Man macht sich in der Regel noch nicht genügend klar, dass es an der Schule *drei* Hauptbeteiligte gibt: Die Kinder selbst, um die sich alles drehen müsste; die Lehrer als Bildungsvermittler und die Eltern, die das Kind in die Schule schicken und indirekt über Steuern oder teilweise auch direkt über Beiträge die Schule finanzieren. Was im Unterricht erfahren werden kann, führt immer wieder neu zu der Frage, was das Kind wirklich braucht und wie dem gerecht zu werden ist. Aber diejenigen, die so fragen, tun das zunächst als gesellschaftliche Außenseiter. Der große Pädagoge Pestalozzi wurde in seinem Heimatland zu Lebzeiten mit seinem Ungestüm eher als Störenfried angesehen. Die Eltern haben keine direkte Wahrnehmung des Unterrichtsgeschehens, aber sie sehen das Kind vor der Schule und wenn es aus der Schule nach Hause kommt. Was sie an Wirkungen sehen, sensibilisiert sie für die Frage nach der schulischen Pädagogik und sie beginnen über sie nachzudenken. Manche versuchen, Konsequenzen solchen Nachdenkens im staatlichen Schulwesen zu verankern. Allerdings zeigt sich dabei häufig, dass die überkommenen, „kollektiven“ Formen des Bildungswesens nur schwer neue Impulse aufzunehmen vermögen.

Mit dieser Schwierigkeit kämpfen nicht nur Waldorfschulen, sondern sie betreffen jegliche pädagogische Innovation. Neue Einsichten lassen sich nicht kollektiv verordnen. Daher kommt die „Gesamtgesellschaft“ gegenüber dem Innovationsbedarf immer zu spät. Der einzige Ausweg liegt hier im Initiativ-Werden, aus der eigenen existenziellen Betroffenheit heraus. In wem eine neue Einsicht stark genug lebt, der sucht Mit-Beweger. So entstehen neue Schulen. Es ist dabei egal, ob Eltern oder Lehrer den Anfang machen, denn zum Schluss geht es weder ohne die einen noch ohne die anderen.

Das Ringen um Freiheit als Lebensbedingung der Pädagogik

So vollzieht sich immer wieder der Versuch, innerhalb des Staates neue freie Schulformen zu schaffen. Menschen, die das wollen, verbinden sich; aus der Einsicht in Veränderungsnotwendigkeiten entstehen Verantwortungsgemeinschaften. Diese machen sich frei von allgemeinen gesellschaftlichen Normierungen. Die Gesellschaft betont den „Privatcharakter“ solcher Initiativen, die sie - mit großen Unterschieden zwischen einzelnen Ländern - als Ausnahme von der Regel duldet bzw. fördert. „Private“ heißt einerseits absondern und befreien, andererseits rauben. Der Begriff der Privatschule erzeugt vor allem den Eindruck des letzteren: Leute, denen das Allgemeine nicht gut genug ist und die etwas extra für sich wollen. In Wirklichkeit ist

freie Schule nicht privat, sondern durchaus öffentlich, - eine moderne Form, in Freiheit das gleiche Recht auf Bildung umzusetzen und dafür die gleiche gesellschaftliche Solidarität in der Finanzierung zu beanspruchen. Gegen alle Diskriminierung machen sich solche Initiativen auf den Weg. Sie warten nicht, bis die Diskriminierung auf gesetzlichem Wege beseitigt ist. Vielmehr antizipieren sie grundrechtskonforme Rechtsverhältnisse in diesem Bereich, - was kein Gegensatz zum Kampf um freiheitsfreundlichere Gesetzgebungen für das Bildungswesen ist. Die Erfolgsgeschichte der Waldorfschulen - heute in Deutschland rund 220 Schulen, die von ca. 80.000 SchülerInnen besucht werden -, ist angesichts der widrigen Bedingungen ein Wunder. Diese Entwicklung schafft aber nicht nur einen Innenraum pädagogischer Freiheit, sondern kann auf die Gesellschaft als Ganze ausstrahlen. Das war schon der Impuls, als vor gut 90 Jahren in Stuttgart die erste Waldorfschule gegründet wurde. Eine „soziale Tat großen Stils“ sollte es sein, eine Tat, „die reformierend und revolutionierend“ im Schulwesen wirken sollte, so Rudolf Steiner damals. Diese Innovationskraft ist verpflichtend für eine innovative Profilentwicklung der Waldorfschulen heute.

Schule in eigener Initiative zu entwickeln, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. So mancher bemerkt erst im Laufe der Zeit, was er sich da an Verantwortung aufgepackt hat. Es ist eben noch etwas anderes, Veränderungen des Schulwesens einzufordern, als sie selbst zu bewirken. Wenn man selbst in einer Schulgründung und der ihr folgenden Schulentwicklung involviert ist, geht nichts mehr ohne die eigene Aktivität; - nur das eigene Engagement erzeugt die Veränderung. Dadurch werden viele Fragen aufgeworfen: Wer sorgt für das Schulganze? Wie gestaltet man selbst, wie verwaltet man die Schule selbst? Wie vollzieht sich Schulführung jetzt auf neue Art und wer verantwortet dabei was? Die Frage nach den Einzelverantwortlichkeiten ist wichtig, darf aber nicht gegen das Selbstverwaltungsprinzip ausgespielt werden, sondern gehört zu seiner Ausgestaltung. Grundlage der Selbstverwaltung ist das Prinzip Verantwortung: Es kann nicht sein, dass der, der etwas will, dafür nicht auch Verantwortung tragen soll, und dass stattdessen diejenigen, die die Pädagogik gar nicht wollen, für ihre Organisation verantwortlich gemacht werden. Denn Verantwortung heißt Antworten geben können. Wie aber soll jemand Antworten geben, der die Frage gar nicht als Frage empfindet?

Mit der Gründung der Waldorfschule entstand 1919 eine Schule, in der der werdende Mensch ganz im Mittelpunkt stehen sollte. Formen und Prozesse der Verwaltung sollten dem dienen, pädagogische und soziale Verantwortung sollten eine Einheit bilden.

Der Grundimpuls der damaligen Gründung wirkt und trägt bis heute. Die Pädagogik, die aus ihm heraus betrieben wird, und ebenso die Sozialformen der Schule müssen sich jedoch lebendig wandeln, wenn wir nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen. Antworten auf die Situation des jungen Menschen heute müssen die neue Lage sehen, in der er aufwächst und die sich gegenüber 1919 radikal verändert hat: man denke nur an das technische-zivilisatorisch-mediale und das soziale Umfeld. Auf die neuen Fragen müssen auch neue

Antworten gefunden werden, geprägte Formen dürfen nicht erstarren. Von der Herangehensweise R. Steiners können wir noch immer lernen, konkrete Antworten für das Heute werden wir in seinem Werk aber vielfach vergeblich suchen.

Neue Herausforderungen... und das falsche Bild von der Tüte...

Das führt manchmal zu Verunsicherung: Was ist unter solchen Bedingungen Waldorfpädagogik? Waldorfpädagogik erscheint manchen wie eine Art Tüte mit Aufdruck. Müsste man nicht definieren, „festschreiben“, was in der Tüte drin sein muss, damit der Aufdruck dem Inhalt entspricht? Das ist im besten Fall naiv. Wenn die Gemeinsamkeiten, die ein Mitbringsel der Vergangenheit sind, aufhören, welche Haltungen sind dann noch im Sinne der Waldorfpädagogik? Alles wird von jemanden hinterfragt, für alles schlägt jemand Alternativen vor. Welche davon sind nun „Waldorfpädagogik“?

Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht durch falsche Bilder irreführen lassen. Beim Bild der Tüte landen wir bei den „Zutaten“ der Pädagogik („man nehme...“). Ein anderes Bild scheint weit eher zielführend: Die Waldorfpädagogik bzw. die Waldorfschule ist gleichsam die Bühne, auf der sich die Pädagogik ereignet. Das Stück das gespielt wird, muss sich ständig neu erfinden, verlangt das Element der schöpferischen Improvisation. Es ist ein Tun im Dialog mit den Kindern, ein immerwährender Versuch, auf sie einzugehen. Das heißt: wir haben nicht eine vorgesetzte Norm, die wir erfüllen müssen, sondern wir versuchen, in Wachheit ein Gefühl zu erlangen für die Entwicklungsnotwendigkeiten der Kinder und die Wirkungen unseres Tuns.

Das gelingt nicht immer gleich gut. Um im Bild zu bleiben: ein Schild „Waldorfschule“ am Schulgebäude müsste unterschiedlich hell leuchten, je nachdem wie Schule dort gelingt. Es könnte auch einmal dunkel sein, weil vieles schiefgeht. Entscheidend für die Heilung wäre dann der Wille, es wieder besser zu machen und sich zu entwickeln. Von der Herangehensweise R. Steiners zu lernen, statt einzelne seiner Aussagen aus ihrem Situationskontext herauszulösen und zu verabsolutieren, würde z.B. heißen, aus der Vorrede zur dritten Auflage der „Kernpunkte der sozialen Frage“ jene Passagen ernst zu nehmen, in denen davon die Rede ist, dass es heute im sozialen Leben keine Richtlinien bestimmende Autorität geben kann. Gerade darum aber kommt es darauf an, Menschengemeinschaften zu bilden, die der Entwicklung immer wieder die Richtung nach dem Sozialen geben. Eine Waldorfschule ist eine solche Gemeinschaft von Menschen, die versuchen, immer wieder neu Kindern gerecht zu werden und einen Raum zu schaffen, in dem diese ihre Menschlichkeit entfalten können.

Deshalb ist für Waldorfschule konstitutiv, dass Lehrer die Möglichkeit haben, aus der Begegnung mit den Kindern unmittelbar pädagogisch wirken zu können. Pädagogik wird nicht „vollzogen“, sondern sie ereignet sich in dem Raum, den wir schaffen. Das muss in jeder Unterrichtsstunde im Klassenzimmer neu geleistet werden. Auf der anderen Seite muss es kollegial eingebettet werden.

Dabei geht es gerade nicht um Eingriffe in den Verantwortungsraum der einzelnen LehrerIn, sondern um die Frage, wie wir das, was sie oder er tut, stützen können. Im Kollegium wird es auf der einen Seite gehen um die Pflege der Impulskräfte, die aus einer substanziellen Arbeit an den geistigen Grundlagen erwachsen können, auf der anderen Seite um gemeinsame Rückschau und bewusste Reflexion (z.B. in der Kinderbesprechung). Durch die Pflege dieser beiden Seiten im Wechselspiel entsteht der Rhythmus, den das soziale Leben der Schule braucht. Kollegiale Führung heißt also nicht herrschen, sondern die offene Mitte, die die Pädagogik braucht, zu hüten.

Streichhölzer aufheben, weil sie einmal so gut gebrannt haben?

Kreative Lehrer haben heute bekanntlich aus Überlastungsgründen eher eine Tendenz zum Rückzug aus dem kollegialen Zusammenhang. Das kann man verstehen, dennoch muss man gegensteuern, weil so der Kern verloren zu gehen droht. Davor müssen wir uns selbst beschützen, sonst verspielen wir das Recht, von freier Pädagogik zu sprechen. Durch die Definition von „Korridoren“ wird schöpferische Freiheit eingeengt und schließlich beseitigt, statt dass sie vom Risiko befreit würde, das notwendig mit ihr verbunden ist. Je mehr wir kollegial aus der lebendigen Gesprächsform, in die Definition und das Normative abrutschen, um so mehr geht die Gestaltungssubstanz verloren. Diese klingt dann höchstens noch erinnerungsförmig nach, das Schöpferische geht verloren. Nachschauen, was wir Gutes gemacht haben, und das in die Tüte stecken, während wir das Schlechte aussortieren, das ist kein kreatives Herangehen. Es ist vielmehr so, als wollte man ein Streichholz aufheben, weil es doch einmal so gut gebrannt hat. Es kommt aber darauf an, zu neuen Streichhölzern zu kommen und sie zünden zu lernen.

Wie bereits früher skizziert, hat die Gesellschaft ein Problem mit der Kategorie Weltanschauung. Privat mag es ja angehen, aber wenn es um berufliche Aktivität, gar um die von Lehrern geht? Ist etwa eine Eurythmiestunde schon ein Eingriff in die individuelle Glaubensfreiheit? Wer so fragt, bewegt sich auf abschüssiger Bahn, weil dann schließlich nur noch krude Faktenhuberei als unanstößiger Bildungsinhalt übrig bliebe. Je ernster wir das Kind nehmen, um so mehr müssen wir versuchen, uns seinem Wesen zu verbinden. Anthroposophie darf nicht verstanden werden als etwas von uns Geglauhtes oder Gewolltes, sondern als Versuch des immer weitergehenden Eindringens in die Grundlagen, aus denen heraus wir die Fähigkeit entwickeln können, Pädagogik zu treiben. Angesichts neuer Fragen und der Suche nach neuen Profilen ist eine ergebnisoffene Arbeit dieser Art notwendig. Sie stellt gewiss hohe Anforderungen an die aktive Toleranz der Beteiligten, doch gibt es zu ihr keine sinnvolle Alternative.

Der Druck zur Normierung wird noch stärker werden, in dem Maße wie die Gesellschaft „Bildungsstandards“ formuliert. Dagegen müssen wir eine Praxis setzen, die im Kern des Bildungsvorgangs die Offenheit bewahrt. Proaktiv zu sein in diesen Fragen ist

sehr wichtig. Es gilt sich solchen Herausforderungen zu stellen wie denen, die sich aus der UN-Konvention für die Rechte Behinderter ergeben. Diese macht die Inklusion auch im Schulwesen aus einer Ermessensfrage zur Pflichtfrage. Die Schweiz hat bereits - obwohl sie die Konvention noch nicht unterschrieben hat - grundsätzlich geregelt, dass „Sonderschüler“ nicht mehr in Sonderschulen unterrichtet werden sollen. Die Konsequenzen - beispielsweise für das bisherige Klassenlehrerkonzept - sind tiefgreifend. Wie sind wir darauf vorbereitet? Gibt es ein Erkenntnisgespräch über die damit zusammenhängenden Fragen? Begnügen wir uns mit dem „autonomen Nachvollzug“ dessen, was andere sich ausdenken, oder entwickeln wir selbst schöpferisch Umsetzungskonzepte für diese Konvention, die ja gerade von der Autonomie des Menschen ihren Ausgang nimmt?

Die dritte Säule der Schule sind, wie wir gesagt haben, die Eltern. Moderne Sozialformen kommen nur zustande im Gegenüber der beteiligten Gruppierungen. Will ich den „Beruf“ des Lehrers ausüben, braucht es ein Gegenüber, das mich „beruft“. Darum ist die Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern so wichtig. Eltern sind Partner auf gleicher Augenhöhe. Die Sozialform solcher Partnerschaft ist die Vereinbarung, der „Vertrag“. Sie schließt aus, dass einer über den anderen verfügt. Beide Seiten müssen sich im Interesse der Kinder einbringen: kritischer Beobachter zu sein, genügt nicht.

Schule als Vertragsgemeinschaft mit dem Kind im Mittelpunkt

Der Vertrag schafft einen Raum zwischen uns, in dem wir regeln, was wir jeweils aus unseren Möglichkeiten heraus zum gemeinsam Gewollten beitragen. Der Vertrag respektiert Grenzen, niemand darf in den Verantwortungsraum des anderen übergreifen. Wir lassen einander frei und sind zugleich bereit auf den anderen zu hören. Es geht um Begegnung. Die Frage, wer eine Schule beherrscht, ist falsch gestellt. Der Staat fragt in der Regel nach dem Schulleiter im Sinne der „Autorität“, die die Schule repräsentiert. In der Selbstverwaltung kann es viele Funktionen geben, auch die eines verantwortlichen Sprechers gegenüber Behörden. Aber nie erwachsen solche Funktionen aus den alten obrigkeitlichen Gesten heraus. In einem Vertrag hat eben niemand „das Sagen“. Eine Gemeinschaft lebt aus dem Bewusstsein und Engagement der einzelnen Beteiligten und durch es. Wenn man „Gemeinschaft“ und „Einzelnen“ als Entweder-Oder fasst, hat man schon verloren. Man landet bei alten Kollektivformen oder in der Zersplitterung. Es gilt vielmehr zusammenzufinden und zusammenbleiben zu können. So ist die Schule als sozialer Lernort und soziales Übungsfeld immer auch eine Schule für die Lehrer und die Eltern, nicht nur für die Kinder. Das müsste auch Konsequenzen für die Elternarbeit und die Lehrerbildung haben.

Eine große Herausforderung ist heute die Tendenz zur Ökonomisierung, ja Kommerzialisierung der Bildung. Bildung wird primär als „Standortfaktor“ diskutiert, der für ein rohstoffarmes Land wie die BRD den Wohlstand

der Zukunft garantiere. Rousseau hat davon gesprochen, erst müsse man zum Menschen werden und erst dann sich für einen bestimmten Beruf qualifizieren. Ein solcher Ansatz allgemeiner Menschenbildung steht quer zur heutigen ökonomischen Denkweise. Würde man diese konsequent vollenden, führte sie zu jener Konditionierung des Menschen auf vorgegebene Zwecke als Rad im gesellschaftlichen Getriebe, wie sie Aldous Huxley in seiner „schönen neuen Welt“ beschreibt. Zweckorientierte Bildung bedeutet eben, dass man nicht die Impulse der jungen Menschen, sondern die Anforderungen der gewordenen Sozialität zum Maßstab macht. Dadurch raubt man aber der Jugend die Zukunft. Natürlich braucht die Wirtschaft z.B. Ingenieure. Aber das darf nicht bedeuten, dass junge Menschen nicht mehr ihre Prioritäten selbst setzen und ihre Aufgabe selbst suchen dürfen. Das Ich muss aus sich heraus im Leben tätig werden wollen. Wenn R. Steiner die Trennung von Arbeit und Einkommen fordert, dann nicht zuletzt aus diesem Grund. Einkommen ermöglicht das Tätigwerden für die Anderen in der Arbeitsteilung, darf aber nicht dessen Motiv sein.

Braucht die Waldorfschule ein neues Profil?

Walter Hutter

Die Hauptakteure in jeder Schule sind die Schüler. Hinzu kommt, dass die Lehrer als Fachleute für das Lehren und Lernen den Schulorganismus prägen und gestalten. Entscheidet sich doch tatsächlich die Qualität der pädagogischen Kräfte an der Qualität ihres Unterrichts und die Erziehungsaufgabe an der engen Verknüpfung mit dem Schulleben, an dem Erwachsene (natürlich auch Eltern) aktiv partizipieren. Dafür sind laut den KMK-Standards für Lehrerbildung hohe pädagogisch-psychologische und diagnostische Kompetenzen notwendig sowie die Bereitschaft, alle neuen Entwicklungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse des pädagogischen Berufs zu berücksichtigen.

Also rückt der junge Mensch in den Mittelpunkt. Albert Einstein wünscht ihm eine ganzheitliche Schulbildung, die ihn zur harmonischen Persönlichkeit und nicht zum Spezialisten werden lässt. Bei Spezialitätenhäufung kommen, so Hans-Georg Gadamer, die entscheidenden Erfahrungen und die eigene Urteilsfindung sowie die Bildung für ein Durchkommen und Heimischwerden in unserer Welt viel zu kurz weg.

Damit sind wir bereits bei der pädagogischen Radikalisierung des 20. Jahrhunderts, die uns dem epochalen Ziel des Lernens ungeschönt näher bringt: Die Inhalte und Ziele des Lernens treten gegenüber dem Lernen selbst zurück. Diskutiert werden in diesem Zusammenhang die Relationierung des Wissen als Instrument (Reformpädagogik), die epistemologische Hinterfragung nach Lehr- und Lernbarkeit, die Genese der Begriffe

als Motor des Lernens und die produktive Entfaltung der Lerndisposition (Jean Piaget) sowie schließlich, als Antwort auf die Diskreditierung des systematischen Wissens, die Alternative der sozialen Konstruktion von Wirklichkeiten (Kindheitsmuster, Dekonstruktion des Selbst).

Die Frage bleibt meist offen, wodurch Bildung, falls es sie gibt, gefördert werden kann, und ob der durchaus offene Entwicklungsprozess eines Kindes in seiner Dramatik und in seinen Krisen positiv begleitet werden kann. Einstein sieht in der Bildung das, was übrig bleibt, wenn alles in der Schule Gelernte vergessen ist. Es wird heute klarer denn je: Die Fähigkeitsbildung für lebenslange Selbsterziehung wird zum primären Ziel der Bildung.

Theodor W. Adorno sprach davon, dass sich im Erzieher, sei es noch so abgeschwächt, immer noch etwas vom affektiv höchst besetzten Bild des Henkers wiederholt, der in einem vermeintlichen Antinomiefeld zu wirken scheint, wo sich Lehrer (als Agenten eines nivellierenden Zivilisationsprozesses) und Schüler gegenseitig Unrecht antun, wenn der Lehrer Ewigkeitswerte verbreitet, die im allgemeinen keine sind, und die Schüler sich als Antwort darauf zur Verehrung von Medienstars entschließen. Die Schule sei für die Entwicklung des Kindes fast der Prototyp gesellschaftlicher Entfremdung überhaupt.

Rabindranath Tagore, der indische Philosoph, gründete eine Schule, um Freiheit und Frieden für Heranwachsende zu ermöglichen. Es sei gewiss, so seine Erfahrungen, dass die Kinder, als sie bereit waren, auf dieser Erde geboren zu werden, kein Verlangen hatten nach einer so eingegengten und verhangenen Welt äußeren Anstands. Hätten sie gehnt, dass sie ihre Augen dem Licht nur öffnen würden, um sich in der Gewalt des Schulbetriebs zu finden, bis sie die Frische ihres Geistes und die Schärfe ihrer Sinne verloren haben, so würden sie es sich noch einmal überlegt haben, bevor sie sich auf die menschliche Lebensbahn wagten.

Der Blick über den Tellerrand dieser offensichtlich transkulturellen Tabuzonen sei gestattet. Der Lehrer ist jedenfalls keine Zollschranke, an der die Jugendlichen die Gebühr aus dem Beutel ihrer Biographie zu begleichen haben, um durchzukommen. Sogar der Vergleich mit einem universell wohlmeinenden Navigationssystem für die Belange der Schüler würde Wesentliches verkennen.

Der Lehrer begleitet den Lebenslauf eines jeden einzelnen Schülers durch seine aufmerksam wirkende und bewirkende Menschlichkeit. Damit verknüpft ist die Fähigkeit des Lehrenden, Entwicklungszusammenhänge im lebendigen Anschauen und Wahrnehmen der Individualität innerhalb ihrer kulturellen Welt und bezüglich ihrer leiblichen und seelischen Lebensbedingungen zu erfassen: Was drückt der junge Mensch in seinem Verhalten aus, und was braucht er jetzt, um den für ihn passenden nächsten Entwicklungsschritt tun zu können? Jede Klasse, die der Lehrer verantwortungsvoll übernimmt, stellt ihm, allein schon durch die vielfältig gefächerten Selbsterfahrungspotentiale der Schülerindividualitäten, differenzierteste

Herausforderungen, denen er dadurch gewachsen wird, dass er mit ihnen selber wächst. Wachsen kann er nur in seinem seelischen Inneren.

Es ist, als ob wir heute an die Schicksalspforte gelangt seien, so Karl Jaspers. Noch steht sie offen. Wir können hindurchschreiten indem wir den Weg gewinnen zur Freiheit durch Wahrheit in ständiger innerer Umwendung der einzelnen Menschen.

„Die Frage nach dem Menschen ist die ureigenste pädagogische Frage...“

Diese Frage nach dem Menschen ist die ureigenste pädagogische Frage. Sie kann von keiner der Wissenschaften allein eine befriedigende Antwort erwarten. Wir leben als Pädagogen faktisch den Umgang mit Klassen oder Gruppen, mit Unterrichtsformen, mit gesunden Sozialformen, mit Verwahrlosungsproblemen, mit der Relevanz von Inhalten und einer altersgerechten Stoffauswahl und landen immer bei der Notwendigkeit, den Menschen in seinem Werdegang - nicht nur in seinem Sein - zu verstehen. Nicht was der Mensch ist, sondern was er werden könnte, wozu man ihm verhelfen könnte, ist die Fragestellung der Waldorfpädagogik.

Dem differenzierenden Blick auf die altersspezifisch sich entwickeln wollende Konstitution und Selbstkonstruktion des Lernenden wird heute zu wenig Bedeutung beigemessen. Das erzeugt Desensibilisierung. Gleichzeitig wird methodisch-didaktisch aufgerüstet und gelernt, was Nutzen für etwas hat, damit der personelle Output bzw. die Bewertung stimmt. Der Mensch wird durch Streben nach Effizienz ungewollt dazu erzogen, dass er, wenn es sich nicht lohnt, auch nichts zu tun braucht. Dabei ist jede Legitimation durch Nützlichkeit insofern außerhalb der Sache selbst, als der Beweggrund desjenigen in den Vordergrund rückt, der den Nutzen für sich verbuchen soll.

Ästhetik, Evidenz und das Schöne sind dagegen um ihrer selbst willen. Sie brauchen uns, um erkannt bzw. gegenwärtig zu werden. Bei der Betrachtung des Schönen wälze ich den Zweck aus mir in den Gegenstand selbst zurück: Ich betrachte ihn als etwas nicht in mir sondern in sich selbst Vollendetes, das also in sich ein Ganzes ausmacht (Karl Philipp Moritz).

Die Hinwendung vom Nützlichen zum Schönen bedeutet für die Pädagogik, die äußere Zweckmäßigkeit durch eine innere Zweckmäßigkeit zu überwinden. Der erkenntnismäßige Zusammenklang von Mensch und Welt hängt davon ab. Es wird relevant, ob die Gegenstände der Anschauung, die für sich selbst sprechen mögen, auch eine Resonanz im Lernenden finden. Daher müssen die individuellen Entwicklungsprozesse und Lernbereitschaften berücksichtigt werden.

Je konkreter der Mensch (das Kind) in kohärente und sinngebend produktive Aktivitäten eingebunden ist, desto körperlich gesünder, seelisch freier und geistig klarer kann er sich entfalten (Salutogenese). Hierzu liegen relevante wissenschaftliche Befunde vor: www.freunde-waldorf.de/info/waldorf/studien/ (Zugriff

22.03.2010). Gleichwohl kann empirische Forschung, die stets theorieimprägniert, d.h. von der Art der Fragestellung abhängig ist, die Gültigkeit normativer Leitbilder der Pädagogik nicht legitimieren. Auch wenn Leitbilder geleugnet werden, um etwa objektiv zu erscheinen (was selten möglich ist), es gibt sie. Die Frage bleibt, an welchen Wertprämissen man sich orientiert. Einige davon wurden bereits angesprochen.

Das Lernen, die Freude am schöpferischen Wirken, die zweckungebundene Mathesis selbst ist das Zentrum der Selbstorientierung des Jugendlichen. Diese Quellkraft des eigenen Tuns, die über freiheitliche und ethische Individualkonzeptionen des Menschen entscheidet, bedarf der Wahrnehmung und Pflege. Die Chance zum inneren Abgleich zwischen Selbst und Welt bleibt nicht bloß eine Frage von augenblicklichen Dispositionsmustern bzw. von bildungsökonomischen oder gesellschaftlichen Konfigurationen.

Zusätzlich sehen wir, dass alles methodisch-didaktisch Vorgeordnete den lebendigen Austausch zwischen Menschen, das unartikulierte Wissen, das am logischen Apparat vorbei (konnotativ, prosodisch) wirkt, nicht ersetzen kann. Im Jahr 1888 sprach sich Wilhelm Dilthey bereits konkret für das künstlerische Element in der Pädagogik aus: Die großen Fragen der Erziehung können nur auf Grund der genaueren fachmännischen Kenntnis von Geschichte und jetzigem Leben der Erziehung durch eine Art von künstlerischem Handeln ihre Behandlung finden.

Rudolf Steiner sah das künstlerische Handeln als Gegenpol zum Nützlichkeitsprinzip an. Für die Pädagogik regte er ein bewusstes Integrieren des Künstlerischen in den Bereich der pädagogischen Wissenschaft an: Dagegen, dass es richtig sei, dasjenige, was als Künstlerisches wirkt, im Unbewussten zu lassen, es nicht hinaufzuheben in das Bewusste, dagegen legt die Geisteswissenschaft, wie sie hier gemeint ist, Protest ein.

Die Waldorfpädagogik erhebt den Anspruch, eine Erziehungskunst zu sein. Erzieher sollen möglichst über Auffassungsorgane bzw. Elemente seelisch-geistiger Sensibilisierung verfügen, die entwicklungsbezogen und ergebnisoffen ein Handeln aus dem konkreten Erfassen des individuellen Kindes ermöglichen. Der Mensch wird am Du zum Ich (Martin Buber). Im Bewusstsein des Schülers stellt der Lehrer die Notwendigkeiten bei seinem Gegenüber fest. Aber auch der Schüler wird im Lehrer etwas von sich selbst wiederfinden. Voraussetzung dafür ist die Offenheit und Freiheit des Pädagogen für die Wesenheit des Lernenden. In der konkreten Realisierung wird diese Situation der Begegnung als künstlerische Verdichtung oder schöpferisches Zwiegespräch erfahren.

Damit lenken wir das Augenmerk im Einklang mit der dialektischen Struktur des pädagogischen Wirkens (Eigenwahrnehmung, Wahrnehmung des Anderen, Eindrücke der Außenwelt, Mannigfaltigkeit der Vorstellungen, Verschränkung der Perspektiven, Aufhebung des Widerspruchs zwischen Rationalität, Kunstwerk und Lebenskunst im pädagogischen Prozess) auf Vernunftideen wie Freiheit, Daseinsfülle und Schönheit. Was für die Kunst zentral ist, trifft sinngemäß für die Pädagogik

zu, da diese wie jene dem seelischen Bedürfnis des Individuums funktional entspricht.

Wenn Waldorfpädagogik ihr Profil schärfen will, kommen zusammenfassend zwei Bewusstseinsrichtungen in den Fokus der Diskussion:

Hinwendung nach außen

These: Profil der Transparenz

Waldorfpädagogik muss bezüglich ihrer Wirksamkeit noch stärker kommuniziert werden. Es sollte in den Kollegien und im Ausbildungs- und Hochschulbetrieb ein dezidiertes Bewusstsein für die grundsätzliche Bereitschaft der Öffentlichkeit geben, die Waldorfpädagogik als Anspruch und Konzept verstehen zu wollen. In diesem Zusammenhang ist eine souveräne Haltung des diskursiven Dialogs gefragt.

These: Kritik des Nutzendenkens

Die Waldorfpädagogik muss im Sinne einer noch deutlicheren Profilbildung klar vertreten und begründen, dass nicht nur Schulangst und Ehrgeiz, sondern auch das Nützlichkeitsprinzip den pädagogischen Prozess behindern. Die Mathesis als Selbsterziehung im selbstbestimmten Lernprozess wirkt identitätsbildend.

These: Akademische und empirische Forschung

Die Wirkung der Waldorfpädagogik wird zunehmend Gegenstand empirischer Forschung. So untersucht etwa die Freie Hochschule Stuttgart zusammen mit der Charité - Universitätsmedizin Berlin die Gesundheit ehemaliger Waldorfschüler. Empirische Studien geben Aufschluss über Teilaspekte des pädagogischen Zusammenhangs. Sie tragen bei zu einem offenen Diskurs mit der Erziehungswissenschaft und zur breiteren Akzeptanz der Waldorfpädagogik in der Öffentlichkeit. Empirische Forschung wie auch akademische Forschung zur Waldorfpädagogik sollten daher zum erklärten Anliegen der Schulbewegung werden.

Hinwendung nach innen

These: Kollegiale Grundlagenforschung statt Aquarelleffekt

Die erkenntnistheoretischen und anthropologischen Grundlagen der Waldorfpädagogik müssen ergebnisoffen und unverwischt diskutiert werden. Insbesondere stellt sich die Frage nach der Objektivität des intuitiven Handelns bzw. der Möglichkeit einer Emanzipation des wissenschaftlichen Anspruchs vom Gegebenen zum Schöpferischen.

These: Immanenz der Kunst anerkennen

Die Polarität von Kunst als *l'art pour l'art* gegenüber Kunst als Instrument wird im Prozess des nacher-schaffenden Erkennens aufgehoben. Künstlerische Charakteristika sind den sozialen Prozessen und der Lernkultur faktisch inhärent: Die Kunst wirkt in der Erziehung, da sie dem tätig erfüllenden Erkennen funktional entspricht. Im Entbergen des Seienden als eines Solchen (Martin Heidegger) sind gestaltende Elemente und Zugeweisen, die jedem künstlerischen Prozess innewohnen, im jeweils übertragenen Sinn für

die Begriffsbildung und Orientierung des Menschen unverzichtbar.

These: Erziehung zur Freiheit und Persönlichkeit profilbildend reflektieren

Die Selbstwerdung hat einen hohen Preis. Sie weist auf die zentrale Entwicklungsaufgabe hin: das Erlangen von Freiheit und die Wiedereingliederung des Menschen in die Welt. Das letzte Ziel der Freiheit ist es, sich der eigenen Selbst- und Weltverantwortung bewusst zu werden und aus ihr heraus handeln zu können, in diesem Sinn zu wissen, dass Ich bin. Die Erfahrungen, die am Entwickeln des inneren Mutes gemacht werden, sind entscheidend für die Identitätsbildung. Die Welt der Naturgesetze kennen zu lernen, sich mit den Fragen der Globalisierung zu befassen, sind wichtige Inhalte, bei denen die große pädagogische Herausforderung darin besteht, das Zusammenspiel der Welt der Persönlichkeit mit dem Ganzen der Welt zu hinterfragen und zu erkunden. Das personale Abgesondertsein von der Welt ist nur ein Zerbild von Individualisierung. Dagegen führt das Erleben der Einheit von Individualität und Welt junge Menschen - über Kenntniserwerb und Kompetenzbildung hinaus - zu tätiger Lebensbejahung: „In der Erziehung entscheidet sich, ob wir die Welt genug lieben, um die Verantwortung für sie zu übernehmen.“ (Hannah Arendt am 13. Mai 1958)

These: Kritisches Bewusstsein für Dreigliederung leben

Die Waldorfschulen zeigen in ihrer Sozialgestalt, dass der Mensch als Individualität Freiheit im Geistesleben, als Bürger Gleichheit im Rechtsleben und als Repräsentant der Menschheit Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben verwirklichen und differenzieren kann.

Schulentwicklung als Führungsaufgabe in der Selbstverwaltung

*Michael Ross
Zusammenfassung: C. Strawe*

Bereits im Beitrag von Udo Herrmannstorfer wird die Frage gestellt, wie ein Schulorganismus gestaltet sein muss, der den Impuls der Pädagogik tragen kann. Dass dabei dem Verhältnis von Eltern und Lehrern eine Schlüsselrolle zukommt, wurde erwähnt. Gerade diese Frage soll hier genauer betrachtet werden. Auch muss gefragt werden, wie das überhaupt zusammen zu bringen ist: Schulentwicklung, Führung und Selbstverwaltung. Die Waldorfpädagogik hat hohe Ideale, im Sozialen darf die Schule nicht hinter ihrem pädagogischen Ideal zurückbleiben. Es ist deshalb zu begrüßen, dass Themen wie „Führung“ und die „Eltern-Lehrer-Zusammenarbeit“ in den letzten Monaten von der Zeitschrift „Erziehungskunst“ verstärkt aufgegriffen worden sind. Ein Beitrag war überschrieben: „Ohne Eltern geht es nicht.“ Das scheint eine Banalität. Aber

die Beratungspraxis in der Qualitätsentwicklung zeigt, dass es an manchen Schulen durchaus viel nachzuholen gibt. Da gibt es zwar einerseits Schulen, die schon vor 10 Jahren sachgemäße Formen und Organe der Eltern-Lehrer-Zusammenarbeit entwickelt haben. Auf der anderen Seite kann man aber durchaus noch erleben, dass LehrerInnen der Auffassung sind, mit Eltern bestimmte Themen nicht diskutieren zu müssen, weil diese ja nicht so viel von der Waldorfpädagogik verstanden wie sie selbst. Auch wenn das selten so ausgesprochen wird, die Haltung existiert. Eltern-Lehrer-Zusammenarbeit ist ein Dauerthema, seit langem. Das zeigt schon ein Blick in Szenezeitschriften, etwa das Info 3 vom Dezember 1996.

Dauerthema Zusammenarbeit von Eltern und LehrerInnen

1923 hält R. Steiner eine Ansprache auf einem Elternabend, wo er das Verhältnis von Eltern und LehrerInnen zum Thema macht. Durch das Interesse der Eltern für die Waldorfpädagogik könne am „wirksamsten das bekämpft werden, was von heute hervorragenden Pädagogen ausgesprochen wird. Wenn diese untereinander sind, dann sprechen sie von dem ‚Krieg zwischen Eltern und Lehrer‘ [...] Wir wünschen, dass zwischen Elternschaft und Lehrerschaft ein wirklich inniges freundschaftliches Verhältnis besteht, das auf der Sache begründet ist. Dazu kann viel getan werden durch das Interesse der Eltern der Schule gegenüber.“¹ Krieg ist eine Grenzüberschreitung gegen den Willen des anderen. Hier geht es um das illegitime Übergreifen in den Seelen- und Kompetenzraum des anderen. Dem stellt Steiner das Bild eines innigen freundschaftlichen Verhältnisses gegenüber. Steiner betont, dass man nicht die Eltern erziehen solle, wie damals von Pädagogen gefordert. Freunde belehren einander nicht, sondern begegnen sich frei und stellen sich gegenseitig etwas Anregendes zur Verfügung. Das ist der Ausgangspunkt, der immer wieder gefunden werden kann, auch wo man sich über Sachthemen auseinandersetzen musste und einmal ein „So nicht“ formuliert hat.

Aus der eigenen Beratungspraxis weiß ich, wie groß das Bedürfnis von Eltern ist, an den Schulentwicklungsprozessen wirklich teilnehmen zu können. Man will teilnehmen am Geistesleben der Schule, nicht allein für die vier großen B - Bauen, Backen, Basteln und Blechen - zuständig sein, von denen ein Waldorfwitz spricht. LehrerInnen müssen erkennen, dass ein Absprechen der Elternkompetenz nicht nur prinzipiell unstatthaft ist, sondern auch dem Wandel in der Berufswelt widerspricht, in der heute vielfältige Gesprächs- und Moderationsfähigkeiten verlangt werden. Man sollte also eher fragen, auf welchem Niveau man selbst in diesen Fragen agiert.

Selbstverständlich ist es berechtigt zu fragen, wo Eltern beratend dabei sein sollen, wo mitgestaltend, wo vielleicht nur als Anfrager von Information. Aber diese Fragen müssen im Prozess der Zusammenarbeit geklärt werden. Der Wunsch nach Inklusion und der Wille zur

¹ Fragen von Schule und Haus. Ansprache am Elternabend 22. Juni 1923, in: Rudolf Steiner in der Waldorfschule. GA 298/1980, S. 187-197.

Mitarbeit - auch bei einer Leitbildarbeit - dürfen nicht abgeblockt werden. Im übrigen gibt es viele Eltern, die selbst etwa Staatsschullehrer sind und also auch eine spezielle Kompetenz in pädagogischen Fragen mitbringen. Lehrer betreiben vielerorts untereinander Intervision, reflektieren ihre pädagogischen Handlungen und beraten sich über Korrekturmöglichkeiten. Manche Schulen öffnen diese Prozesse für Eltern. Wenn das aufgabengemäß und situativ angemessen geschieht, ist es auch fruchtbar.

Problematisch ist es, wenn die Beziehung zwischen Eltern und Lehrern angstbesetzt ist. Das verhindert Offenheit und Ehrlichkeit, begünstigt Gerüchte und Vermutungen. Wo man sich aus dem Wege geht, kann das gegenseitige Verständnis nicht gedeihen. Vertrauen ist ein wesentliches Element eines Schulklimas, das freien Handlungen förderlich ist. Wo Vertrauen fehlt, gibt es Raum für simplifizierende Rollenklischees. Da werden die Lehrer zu Anbietern und die Eltern zu nachfragenden Kunden, die eine Leistung einkaufen. Da erübrigt sich dann jede tiefere Begegnung. Man zahlt und kassiert und jeder geht seiner Wege. Diskussion beschränkt sich allenfalls auf die Bearbeitung von Reklamationen. Es entsteht das Bild einer Schule als Bildungsbetrieb, eines kommerziell Bildung betreibenden Wirtschaftsunternehmens, bei dem der Akzent auf dem Austausch Bildungsleistung gegen Geld - und nicht auf unternehmerischer Initiative liegt, die ja durchaus dem freien Geistesleben angemessen ist.

Das andere Extrem zum Bildungsbetrieb ist das Bild einer Schule, in der Mehrheiten alles entscheiden und individuelle Verantwortungsräume behindern. Schulparlamente können durchaus eine Form der Eltern-Lehrer-Zusammenarbeit sein, aber ihre Arbeitsweise muss so sein, dass die „Vertragsgeste“ nicht unterdrückt wird. Man entgeht dem Problem übrigens auch nicht durch die Ausklammerung der Pädagogik aus einem solchen Gremium. Denn alle Schulentwicklungsprozesse haben Auswirkungen auf die Realisierungsmöglichkeiten pädagogischer Konzepte. Es geht eigentlich immer darum, eine Mitte zu finden, die weder staatliche noch wirtschaftliche Gestaltungsprinzipien einfach auf die Schule überträgt.

Wir haben diese Mitte als einen Vertragszustand beschrieben. Dabei müssen wir allerdings von Zerrformen des Vertragswesens absehen, die heute vorhanden sind und bei denen die Haftungsklauseln im Kleingedruckten das Wichtigste sind. Es geht da nicht um Partnerschaft, sondern um die Bedingungen, unter denen ich den anderen verhaften lassen darf. Ein solches juristisch ausziseliertes Absicherungsdenken lässt keine Entwicklung zu. Wir müssen Vertraglichkeit - auch juristisch - anders denken.

Die alte Gemeinschaft hat ihre Inhalte den Mitgliedern als Motiv für deren Wollen aufgedrängt. Man konnte sich dem kaum entziehen. Vertraglichkeit im modernen Sinne entsteht erst mit dem Ich-Bewusstsein, da wo ich mich aus Freiheit mit dem anderen vereinige. Freiheits- und Vereinigungsrechte sind grundgesetzlich geschützte Werte. Hier können wir den Inhalt selbst setzen, die Gemeinschaft gibt ihn nicht vor. So entsteht Raum für Menschen, die aus Einsicht etwas anderes als

die Staatsmedizin oder die Staatspädagogik wollen. Der Ausgangspunkt, die Konstitutions- und Lebensbedingung moderner Gemeinschaften ist das „Ich will“ jedes Beteiligten. Dieser Ausgangspunkt braucht auch Schutz. Hat man in Einstellungsgesprächen den Mut, die Integrität dieses Wollens zu thematisieren, mit der Frage, ob jemand sich wirklich zum Leitbild der Schule stellen kann? Vieles lässt sich auch in Krisen aushalten, wenn man sich besinnen kann, dass man ja selbst die Schule gewollt hat. Das Motiv ist immer noch einsehbar, auch wenn sich Schwierigkeiten aufürmen. Wo dieses Wollen gefehlt hat, wird man weit eher zur Resignation geneigt sein. Darum entscheidet sich so vieles an dieser Frage.

Das ist das Wesen des Vertrags, dass wir zur Erfüllung einer gemeinsamen Aufgabe - als Leitbild formuliert und so als Profil sichtbar - aus je eigener Kompetenz beitragen. Schule kann nur als eine solche durch die intentionale Richtung vereinte Weg- und Willensgemeinschaft gelingen, nicht als normierte Inhaltsgemeinschaft. Der Vertrag ordnet die freien Einzel-Willen auf ein gemeinsames, ein gleiches Ziel hin und verbindet so Freiheit und Gleichheit.

Flügel und Wurzeln des Vertrags: Freiwilligkeit und Verbindlichkeit

Zwei Faktoren machen das möglich: Die Freiwilligkeit des Entschlusses, ohne die der Vertrag ungültig, und die Selbstverpflichtung zum Beitragen, ohne die er nicht umsetzbar wäre. Die Freiwilligkeit ist dabei der leichtere, beflügelnde Part, die Verpflichtung dagegen eine Selbstbelastung, die getragen, verwurzelt werden muss. Sie ist daher eher gefährdet durch Schwächen. Nehme ich die Folgepflichten aus der Ausgangsverpflichtung an? Was ist, wenn ein Protokoll geschrieben, eine Ansprache gehalten, eine Pausenaufsicht übernommen werden muss? Genauer betrachtet handelt es sich beim Vertrag um eine doppelte Selbstverpflichtung: je beide Seiten (ver-)binden sich selbst mit dem Ziel und damit aneinander. Was tut jeder Partner, um die gemeinsame Aufgabenstellung umzusetzen? Wie klingt die doppelte Freiheit in den Leistungsbeiträgen zusammen?

Das Aufgabenbewusstsein muss vor Ort gepflegt werden. Wo das in einem Kollegium nicht mehr geschieht, kommt es zu Problemen. Dann kann es geschehen, dass die Idee blasser und blasser wird, - das Feuer erlischt, und wir beginnen den anderen zu reglementieren. Auch wenn heute das Wort Idealist fast zum Schimpfwort geworden ist: in Wirklichkeit ist das Ideal als Leitstern gemeinschaftsstiftend und unverzichtbar. Der Vertrag gewährleistet dabei, dass der pädagogische Impuls ein öffentlicher und offener bleibt: Jeder kann hinzukommen. Und es bedarf einer Grundlagenarbeit, in die sich auch die Eltern in geeigneter Form einbringen können.

Zum Vertragswesen gehört jede Absprache, nicht bloß schriftliche Vereinbarungen. Die schriftliche Form mag je nach Kontext angebracht sein, doch ist sie nicht der Vertragszweck. Konservierung von Vereinbarungen für alle Zeit gibt es heute nicht, weil sich Leistungsverhältnisse schnell ändern und die Nachführung von

Verträgen erforderlich machen. Das ist auch in der Wirtschaft so. In der Schule ist es eine Frage, ob ein neuer Lehrer - nach der Probezeit - schlicht ein für alle Mal berufen ist oder ob es eine Art Neubelebung der Vertraglichkeit durch Vorgänge des Rückblicks, der Rechenschaft und der Entlastung gibt. Rhythmisierung von Vertragsverhältnissen ist ein Thema, dem gewöhnlich zu wenig Beachtung geschenkt wird. Bei all dem gibt es das Problem, dass oft in der Schulentwicklung an bestehende vereinsrechtliche, arbeitsrechtliche und gesellschaftsrechtliche Formen angeknüpft wird oder werden muss. Dafür gibt es meist gute pragmatische Gründe, jedoch mindert es manchmal auch die Gestaltungsmöglichkeiten. Die Vertragsgeste kommt nicht in reiner Form zum Ausdruck. Damit kann man leben, solange Formen vermieden werden, die freie Vertraglichkeit außer Kraft setzen.

Formen von Verträgen

Es gibt verschiedene Vertragsformen, die sich je nach der Aufgabe differenzieren:

1. Kaufvertrag, Werkvertrag

Der Gegenstand, der beim Kauf die Hand wechselt, ist schon fertig da, auch das Geld, das für ihn getauscht wird. Ich kann, was ich einkaufe, wirklich in die Tüte packen oder in die Flasche füllen, wenigstens im übertragenen Sinne. Wenn wir Waldorfpädagogik vorstellungsmäßig festzurren, definieren wollen, dann kommen wir in soziale Verhältnisse des Werkvertrags: „Bitte stellen Sie mir her, dass mein Kind nach 12 Jahren Abitur hat“, so müsste man da formulieren.

2. Entwicklungsvertrag

Dieser steht dem Kaufvertrag polar gegenüber. Gegenstand sind vielfältige Lernprozesse und Fähigkeiten. Wir haben es hier nicht mit Fertigem und zu Verfertigendem, sondern mit offenen Prozessen zu tun. Unterricht muss man vorbereiten, aber man kann ihn nur begrenzt planen, wenn er gelingen soll. Das kommt daher, dass die eigentliche pädagogische Leistung ja durch das Kind erbracht wird, das sich entwickelt. Wir bereiten als Pädagogen nur das Milieu und leisten Hebammendienst. Das heißt: wir haben es mit einem ergebnisoffenen Prozess zu tun, in dem sich die Individualität selbst gestaltet. Zu diesen Diensten - „Beziehungsdienstleistungen“ - verpflichten wir uns bei diesem Vertragstyp.

In der Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern ist es wichtig, dass wir unterscheiden lernen, was kauf-, werk- und was entwicklungsvertraglichen Charakter hat. Pädagogik kann nur durch Entwicklungsvertraglichkeit bewirkt werden.

3. Zusammenarbeitsvertrag

Hier haben wir es mit einem mittleren Bereich zu tun, bei dem es um die Zusammenarbeit der Kollegen untereinander und der Eltern mit den Lehrern geht. Vereinbart werden muss, wer was einbringt. Wir bestimmen Richtungsziele, die eine fundierte Basis für die Entwicklung bieten. Zum Beispiel entscheiden wir uns für den Ausbau zu einer zweizügigen Schule o.ä. Hier haben wir es sozusagen mit halboffenen Zielen zu tun.

Ausbau zu einer zweizügigen Schule o.ä. Hier haben wir es sozusagen mit halboffenen Zielen zu tun.

Beim 2. Typ liegt - aus Elternsicht - die Kompetenz zur Vertragserfüllung ganz beim Gegenüber. Bei Typ 3 handelt es sich um „Erziehungspartnerschaft“. Der Entwicklungsvertrag beschreibt den pädagogischen Kern der Schule.

Durch Zusammenarbeitsvereinbarungen der Selbstverwaltung entsteht die soziale Hülle, in der dieser Kern - die Entwicklung der Kinder - gedeihen kann. Schulentwicklung ist das dynamische Verweben von Hülle und Kern. Die Führungsaufgabe besteht nun darin, die unterschiedlichen Kompetenzen, die unterschiedlichen Blickrichtungen von Lehrern, die das Kind im Unterricht erleben und von Eltern, die sich sorgen, wie ihr Kind in die Welt hineinfinden wird, aufgaben- und vertragsgemäß zusammenzubringen. Vertraglichkeit ist die dem mündigen Menschen angemessene Form der Führung. Das triadische Arbeitsbündnis Eltern-Lehrer-Schüler wird in Zukunft viel bewusster unter dieser Idee der Vertraglichkeit gegriffen werden müssen als in der Vergangenheit.

Erziehungspartnerschaft gelingt nur, wenn es Begegnungsformen gibt. Wo die Pädagogische Konferenz für Eltern offen ist, erschließen sich diesen auch besser die pädagogischen Gesichtspunkte und Ideale, die dort bewegt werden. Wo diese nicht erlebbar sind, wird jede Zusatzaufgabe zur Belastung, wird Initiative abgelehnt - genauso wie durch Übergriffe in die Sphäre des anderen, oder durch fehlende Achtsamkeit und Wertschätzung für ihn.

Selbstverwaltung bedeutet auch, die Pflichten des Alltags gewissenhaft zu erfüllen: Geschäfte führen, Buchhaltung, Abschlüsse, Klassenbücher pflegen. Mit der Freiheit tritt auch die Pflicht auf, jene Pflicht, die, mit Goethe zu reden, bedeutet, zu lieben, was man sich selbst befiehlt. Im Licht solcher Liebe sind Pflichten nicht Mühsal; mehr und mehr werden sie als schöne Pflichten erlebt werden. So ist die Selbstverwaltung auch ein Weg der Selbsterziehung. Nicht nur das Kind, auch der Lehrer erzieht sich selbst. Was wir in der Selbsterziehung erreichen, ist immer zugleich ein positiver Faktor für die Zusammenarbeit.

Selbstführung als individuelles und soziales Motiv

So verschmilzt das Selbstführungsmotiv der Selbstverwaltung mit dem Ziel der Pädagogik, Menschen bei der Erlangung der Selbstführungsfähigkeit zu unterstützen. Selbstwirksamkeitserleben in der Arbeit ist die beste Versicherung gegen Burnout. Es gibt keine Schulentwicklung ohne Selbstführung. Zugleich hat Führung eine institutionelle Seite, durch die aufgabenorientierte Zusammenarbeit ermöglicht wird.

Moderne Vereinbarungsverhältnisse sind Bedingung einer guten Schulentwicklung. Diese Bedingungen zu schaffen verlangt auch, das Freiheitsverständnis zu vertiefen. Zu oft noch wird der Freiheitsbegriff auf die „Freiheit wovon“ reduziert, damit subjektivistisch

verkannt und oft genug als Bemäntelung von Willkür und Schwäche missbraucht. Die Freiheit als Verantwortungsprinzip, die „Freiheit wozu“, integriert Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung.

Verträge müssen auch erfüllbar sein. Das heißt, es muss immer die Frage beantwortet werden, was es von Gemeinschaftsseite her braucht, damit die Leistung entstehen kann, die den Beteiligten laut Vertrag obliegt. Dazu können auch „weiche“ Faktoren wie Fortbildung u.ä. gehören.

Weiterhin sorgt Führung für Grenzsetzung gegenüber aufgabenschädigendem und vertragswidrigem Verhalten. Der Weg der Entwicklung darf nicht dauerhaft ungangbar gemacht werden.

Führung als Dienstleistung

Weil der Vertrag durch den Inhalt der Aufgabenstellung geprägt wird, verliert Führung ihren alten Charakter einer über uns stehenden und verfügenden Instanz. Sie steht im Gegenteil ganz unten, das heißt sie dient, trägt Sorge, dass die Aufgabe in Freiheit, in gemeinschaftlicher Vertraglichkeit, erfüllt werden kann. Das hat drei Aspekte: a) Alles tun, damit die Aufgabenerfüllung gefördert wird. b) Die Aufgabenerfüllung schützen, pflegen und behüten. c) Eine Grenze setzen nach unten, wo Schädigendes auftritt. Hier müssen wir Indikatoren entwickeln, an denen wir dieses Schädigende erkennen können.

So betrachtete Führung ist eine Dienstleistung (im angelsächsischen Raum gibt es dafür das Wort der „servant leadership“). Moderne Führung vollzieht sich durch Grenzbildung. Eltern und Lehrer können näher am Entwicklungsziel sein oder ihm ferner. Nimmt die Entfernung zu stark zu, äußert sich das in Krisen. Es wird dann oft mit den Füßen abgestimmt, Kinder werden abgemeldet usw. Ist man nahe dran, kann man sich gegenseitig inspirieren, Gedanken teilen und ein impulsierendes Interesse aneinander entwickeln.

Rückschau, Rechenschaft, Entlastung bedeuten heute eigentlich Wertschätzung, nicht Kontrolle. Wir sprechen nicht umsonst auch von Evaluation. Es geht um den achtsam wertschätzenden Blick auf das jeweils für das pädagogische Arbeitsbündnis Geleistete. Dann kann sich auch Unvollkommenes korrigieren. Oft scheut man sich noch, solche Formen einzurichten, weil man Angst hat vor der Entdeckung eigener Schwächen in der Evaluation. Man sieht dann nicht, welche Kraftquellen aus solchen Reflexionsprozessen entstehen können. Diese Ängste zeigen die Schwierigkeiten der Auseinandersetzung mit den eigenen Veränderungsresistenzen. Wir müssen aber vom Kind lernen, das den aufrechten Gang erwirbt, indem es fällt und immer wieder aufsteht, bis es gehen kann.

Rudolf Steiner sagt in der bereits zitierten Elternabendansprache: „Sie müssen nicht vergessen: Der Waldorfschullehrer erzieht aus einer Menschenkenntnis heraus, die nicht auf dem heute üblichen Wege zustande kommt. Aber aus dem, was in hingebungsvoller Weise Eltern dem Lehrer mitteilen könnten, würde starke Menschenkenntnis fließen, und ich übertreibe gar nicht,

wenn ich sage, fast noch wichtiger als für das Kind das Zeugnis wäre für den Lehrer das Gegenzeugnis.“ (a.a.O., S. 194). [...] ich glaube, wenn die Eltern fertig brächten, eine kleine Antwort zu schreiben auf das, was der Lehrer im Zeugnis beschrieben hat, dass das ungeheuer helfen würde. Wird das als Regel eingeführt, so hat es keine Bedeutung; wird es Bedürfnis von den Eltern aus, so ist es pädagogisch ungeheuer wichtig.“ (a.a.O., S. 193)

R. Steiner geht es um bewegliche soziale Formen. Über das „Gegenzeugnis“ sagt er in diesem Sinne: „Aber auch hierbei lege ich nicht den größten Wert auf die einzelne Maßregel, die ich gerade nehme, sondern auf das Erhalten des regen Interesses für alles, was in der Schule vor sich geht.“ (a.a.O., S. 194) Die richtigen Wirksamkeiten ergeben sich durch eine Art von Begegnung, durch eine Art der Wertschätzung, durch die reges soziales Interesse geweckt wird. „Namentlich wünschen wir, dass in solchen Dingen im Verkehr zwischen Eltern und Lehrern das voll ausgelebt werde, was der Grundimpuls unseres Wirkens ist in der Schule: Menschliche tiefinnerste Ehrlichkeit und Offenheit.“ (a.a.O., S. 194)

Es geht im Kern nicht um Mitbestimmen, Fordern, Mitreden - das zwar auch -, aber im Kern geht es um das Kind, d.h. um den gemeinsamen Willen, am Entwicklungsprozess von Menschen mitzuarbeiten. Aus diesem Willen kann die freundschaftliche Gesinnung erwachsen, von der Steiner spricht. Indem man als Elternteil oder LehrerIn der Schule beiträgt, geht man ins Risiko, lässt sich auf offene soziale Prozesse ein, in denen sich die Beteiligten selbst entwickeln. Die Beitrittsgemeinschaft wird zur Beitragsgemeinschaft, ja zur Schicksalsgemeinschaft.

Schulentwicklung in der Praxis

Am Beispiel der Freien Waldorfschule Heidenheim

Erich Schneeweiß

Wenn man seit 25 Jahren an einer Schule tätig ist, in meinem Fall als Oberstufenlehrer für Mathematik und Deutsch, viele Jahre als Mitglied des sogenannten Verwaltungsrats und auch des Vorstands, außerdem als Waldorfvater, dann hat man nicht nur einfach über eine lange Zeit Schulentwicklung erlebt und mitgestaltet, sondern weiß auch, wie viel Herzblut vieler Generationen von Kollegen darin steckt.

Die Freie Waldorfschule Heidenheim ist eine einzügige Schule. Vor zehn Jahren haben wir begonnen, mit dem Qualitätsmanagementverfahren „Wege zur Qualität“ zu arbeiten, zunächst mit großer Begeisterung. Diese Begeisterung versandete dann allerdings. Von sieben Kollegen und Elternteilen, die an der Verfahrensschulung teilgenommen hatten, blieb schließlich nur ein

Kollege übrig. Dieser war dann im Verwaltungsrat so eingespannt, dass der Qualitätsentwicklungsprozess verwaiste. Vor drei Jahren begannen die Probleme zu drücken: Selbstbehinderung in der kollegialen Zusammenarbeit, Probleme mit den Eltern usw. In dieser Situation ergriff der Vorstand gegenüber dem Kollegium die Initiative und regte an, die Qualitätsarbeit wieder aufzunehmen. Dies traf damals auf die Bereitschaft des Kollegiums. Allerdings wollte man nicht mehr mit „Wege zur Qualität“ arbeiten. Der Grund lag in einer gewissen Enttäuschung darüber, dass die ersten Versuche mit dem Verfahren seinerzeit nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt hatten. Doch bei der Suche nach Alternativen fand eine Rückbesinnung auf „Wege zur Qualität“ statt. So ging man mit neuer Begeisterung ein zweites Mal an die Sache heran. Eine Impulsgruppe bildete sich, danach fingen wir an, Themen wie Profilbildung, Führung in der Selbstverwaltung und Schulentwicklung gezielt zu bearbeiten. Im kommenden Herbst wird ein erstes Audit stattfinden.

Bei unserer Tagung soll mehr der Prozess der Profilbildung im Mittelpunkt stehen, weniger der Inhalt des Profils. Das Profil der Heidenheimer Schule war zu Anfang dadurch geprägt, dass die Schulgründung 1946 vor allem die Tat einer einzelnen Unternehmerpersönlichkeit war, von Hans Voith. Das Schulgebäude wurde an die Gesenkschmiede des Unternehmens angebaut. Der Unterricht wurde durch Hämmern untermalt. Die Lehrer gingen mit persönlichen Anliegen und Geldnöten zu Voith. Das Außenbild der Schule war geprägt durch die Vorstellung, dass hier behütete Kinder, auch solche, die anderswo eher Schwierigkeiten bekommen würden, lernten.

Motive einer Schulbiografie

Vor ca. 40 Jahren lockerten sich die Bande zwischen der Schule und der Gründerfamilie, ein neuer Bau entstand und von der alten Verbindung blieb fast nichts übrig. Es war eine Art Erwachsenwerden in der Organisationsbiografie. Viele Jahre lang war für alles gesorgt, jetzt musste man auf eigenen Füßen stehen. Bis dahin hatte eine Reihe besonders fähiger Kollegen faktisch die Führungsrolle in der Schule inne. Man hatte es mit einer Elternschaft zu tun, die sich größtenteils mit der Anthroposophie identifizierte. Es gab durchaus Offenheit für Initiativen und Impulse jüngerer Kollegen.

Doch die gewachsenen Strukturen erwiesen sich immer weniger als tragfähig. Ein bewussterer Umgang mit den Sozialgestaltungsfragen erschien notwendig, um Probleme wie die weitere Entwicklung der Oberstufe und der Schule überhaupt steuern zu können. Eine Mandatsgruppe, in der auch die Eltern mitwirkten, wurde gebildet, um ein Schulkonzept zu entwickeln. Die Beteiligten erlebten diese Arbeit auch als sehr befriedigend, allerdings entstand Unklarheit darüber, wie mit dem Ergebnis umzugehen sei. Die Umsetzung scheiterte. Es gab innerkollegiale Schwierigkeiten. Und während es früher als Ehre galt, im Verwaltungsrat mitarbeiten zu dürfen, waren nun immer weniger Kollegen dazu bereit, bis sich schließlich überhaupt keiner mehr fand. Da fasste ein Kollege einen Entschluss und

erklärte, dass er dazu bereit wäre, allerdings unter einer Bedingung: Es müsste sich ein kleiner Kreis finden, der ihm wenigstens beratend zur Seite stehen würde. Dieser Kreis fand sich.

Schon länger hatte sich die „interne Konferenz“ in die „Schulführungskonferenz“ umbenannt. Die Atmosphäre dort war durchaus kooperativ, allerdings dauerten die Sitzungen oft bis gegen Mitternacht, wobei zunächst noch Einmütigkeit der Entscheidungen verlangt war - später war dann doch manches mehrheitlich entschieden worden. Diese Strapazen hielten naturgemäß nicht alle aus. Es war klar, dass sich etwas ändern müsste. Es brauchte also den erweiterten Verwaltungsrat, um die Konferenz zu entlasten. Es gab in dieser Frage große Übereinstimmung im Kollegium. Die Entscheidung dazu war, dass der Verwaltungsrat durch freiwillig sich meldende Kollegen ergänzt werden sollte, den sogenannten „Kleinen Kreis“. Dies waren schließlich acht Kollegen, später reduzierten sie sich auf fünf. Von da an arbeiteten Verwaltungsrat und Kleiner Kreis zusammen. Man nahm alle Entscheidungen, bis auf die Personalentscheidungen, aus der Schulführungskonferenz heraus. Formalien wie z.B. genaue Protokollierung spielten erst einmal eine geringere Rolle - zeitweilig vielleicht zu gering -; es brach eine Zeit des Experimentierens und der schnellen Entscheidungen an (im Vergleich zur Schulführungskonferenz erschien die Entscheidungsgeschwindigkeit verzehnfacht). Inzwischen schwingt das Pendel auch wieder in die andere Richtung, d.h. es wird bei schwierigen Themen überlegt, ob nicht manches doch in die Konferenz zurückgegeben werden sollte. Ein Rückblick nach zwei Jahren führt zu dem Ergebnis, dass die Kollegen recht zufrieden sind; es bleibt nichts liegen; eine vielleicht vom einen oder anderen befürchtete „Machtergreifung“ des Verwaltungsrats hat sich nicht vollzogen, man ist froh darüber, vor 10 Uhr nach Hause gehen zu können.

Es braucht Räume, in denen etwas erprobt werden kann...

Wir befinden uns immer noch in einer Phase des Erprobens. Aber schon jetzt lassen sich die gemachten Erfahrungen genauer beleuchten und auswerten. Das neue Gremium arbeitet mit dem gleichen Ernst wie die Schulführungskonferenz und kann diese deutlich entlasten. Es ist offen, denn teilnehmen kann jeder, der will - insofern gibt es auch eine gewisse Fluktuation. Wir versuchen das Gespür dafür weiterzuentwickeln, was an welchem Ort behandelt werden sollte. Das ändert sich auch mit der Zeit, je nach den Impulsen und Bedürfnissen der Kollegen usw. So gibt es ein lebendiges Wechselspiel zwischen den Gesprächsebenen bzw. Gremien. Zum ersten Mal ist eine Art Experimentalraum in der Schule entstanden. Delegationen, die auf den Weg gebracht werden, arbeiten selbstständig. Es ist offen, wie es weitergeht - und das ist gut so. Die Form an sich garantiert für gar nichts, es hängt von den Menschen ab, die die Formen ergreifen.

Ein noch nicht erwähntes Kernproblem ist die Zusammenarbeit von Vorstand und Kollegium. Seit langem ringen wir um diese Frage. Dieses Problem gibt es

an vielen Schulen: Kollegen, die die Vorstandsarbeit im Grund für äußerlichen Formalkram halten, und Vorstände, die die Lehrer für etwas weiffremd halten. Im Moment ist der Vorstand bei uns zuständig für die rechtlich-wirtschaftlichen Belange, die Kollegen sind beim Verein, dem der Vorstand „vorsteht“, angestellt und für die Pädagogik zuständig. Die pädagogischen und wirtschaftlichen Fragen werden zu wenig im Prozess und in ihrer Wechselwirkung gesehen. Im besten Fall „passt es irgendwie“, im schlechtesten gibt es Streit, im Extremfall zieht sich vielleicht ein Vorstandsmitglied zurück. Eine Überlegung geht dahin, ob nicht der Verwaltungsrat als Gremium gleichzeitig Vorstandsfunktion übernehmen und der bisherige Vorstand mehr die Rolle eines Aufsichtsrats übernehmen sollte. Dann wären wirtschaftliche und pädagogische Fragen in einer Hand.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt bei uns ist für die Schulentwicklung relevant. Was uns im Moment noch trägt und immer getragen hat, ist das Erlebnis, dass zum richtigen Zeitpunkt sich letztlich immer noch die richtigen Kräfte und Lösungen finden. Diese Art von Zukunftsvertrauen kann aber zugleich hinderlich sein, wenn es darum geht, der Forderung in der Qualitätsentwicklung Genüge zu tun, sich in der Selbstreflexion wie von außen anzuschauen oder Schwachpunkte in den Blick zu nehmen. Das heißt, dass eine Kraft der Positivität, die im Kollegium da ist, zugleich ein Vorwärtskommen bremst. Gerade Negatives, Konflikte, der Rückzug von Kollegen und Eltern oder die Abmeldung von Schülern sind schmerzlich, geben aber auch starke Entwicklungsanstöße. Sie zwingen dazu, bewusst den Blick auf die Zukunft zu lenken, Herausforderungen anzunehmen.

Mit solchen Entwicklungsprozessen und -problemen steht die Heidenheimer Schule gewiss nicht alleine da. Ohne Organisationsentwicklung geht es nicht. Dabei gibt es jedoch keine Patentrezepte, weder alte noch neue. Unsere Erfahrung ist, dass es Räume braucht, in denen etwas erprobt werden kann. Wenn die Dinge mehr künstlerisch-spielerisch und damit offener angegangen werden können, löst sich vieles leichter. Hemmungen und Zweifel kommen meist aus fixen Vorstellungen und Urteilen. Bei uns nehmen zwei bis vier Eltern an der Schulführungskonferenz teil. Bis es dazu kam, gab es ein langes Ringen im Kollegium. Heute sind die Bedenken von damals Makulatur. Man erlebt schlichtweg, dass die Blickrichtung und die Beiträge der Eltern die Konferenzarbeit bereichern.

Bei der Bildung des „Not-Verwaltungsrats“ hat gerade diese Erwartung geholfen, dass man mitmachen und etwas ausprobieren kann, ohne sich gleich mit Haut und Haaren einer Aufgabe verschreiben zu müssen, bei der man Überlastungsängste verspürt. Oft fehlt nicht der Wille, Verantwortung zu übernehmen, sondern nur das Vertrauen, dass man es schaffen kann. Die Gemeinschaft kann mithelfen, dass der Einzelne dieses Selbstvertrauen entwickeln kann.

Profilbildung durch eigene Waldorfabschlüsse?

Martin Laude

Zusammenfassung C. Strawe

Ich bin seit 16 Jahren Deutsch- und Biologielehrer an der Freien Waldorfschule Kräherwald, seit einiger Zeit Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg, viel länger aber schon tätig im Arbeitskreis „Zukunft der Abschlüsse“ im Bund der Freien Waldorfschulen. Einiges aus dieser Arbeit möchte ich vorstellen. Es handelt sich also nicht um individuelle Auffassungen, sondern um den Extrakt einer langen Arbeit, über den es unter allen Beteiligten Übereinstimmung gibt.

Das Thema „Tüte“ hat noch einen bisher nicht behandelten Aspekt. Ich kenne aus meiner Zeit als Waldorfschüler - in München - die eine Hauptfrage von Eltern in Bezug auf den Inhalt der Waldorfschule: Kann man da auch oder überhaupt Abitur machen? In Bayern, wo die Waldorfschule unter besonderem politischem Druck stand, konnte man damals kaum in die Prüfungsklasse aufgenommen werden, wenn die Abi-Aussichten schlecht waren, weil sich die Schule keine Ausreißer erlauben konnte.

Was versteht man unter Schulabschlüssen und welche Funktion haben sie?

Ein Abschluss ist ein Abschlusszeugnis eines bestimmten Schultypus nach Beendigung der Schulzeit. Mit meinem staatlichen Abschluss bin ich in Deutschland lebenslang Gymnasiast, Hauptschüler oder Realschüler. D.h. ich bin auch Angehöriger einer bestimmten Schicht. Das ist ein Relikt der Ständegesellschaft. Bürger- und Beamtenkinder gehen aufs Gymnasium, Handwerker auf die Realschule und einfache Arbeiter auf die „Volksschule“. Noch in meiner Schulzeit sagte eine Lehrerin den Eltern eines Freundes: „Nicht alle gescheiterten Handwerkerkinder müssen aufs Gymnasium, tun sie ihn mal auf die Realschule“. Das endete übrigens damit, dass die Eltern ihn auf die Waldorfschule geschickt haben.

Benotungen und Abschlusszeugnisse sollen zeigen, was man gelernt hat. Sie sollen Kompetenzen dokumentieren, so der Bildungsforscher und Pädagoge Prof. Eckhard Klieme, deutscher Pisa-Chef, im Interview mit dem Journalisten Markus Verbeet („Bildung - Halbwegs gerecht“. In: „Der Spiegel“ 25/2009). Aber Abschlüsse sollen auch Berechtigungen aussprechen, d.h. Chancen vergeben, den Zugang zu Studienplätzen öffnen. Sie sollen Vergleichbarkeit schaffen. Man spricht daher auch vom Berechtigungswesen, nicht vom Befähigungswesen. Doch mit der Vergleichbarkeit ist es nicht weit her - „in dem Moment, wo man die Noten über Klassen, Schulen oder gar Bundesländer vergleicht, bricht das System zusammen“, so Klieme. Er plädiert aber dennoch für zentrale Abschlussprüfungen. Im Süden Deutschlands gibt es das Zentralabitur seit je, im Norden waren die Freiräume lange größer. - Die Tendenz geht klar zu zentralen Abschlüssen. Das heißt aber, dass immer weniger das geprüft wird, was der Lehrer für die Klasse aussucht. Dagegen wird immer mehr auf

das Bestehen einer von außen vorgesetzten Prüfung hin gelernt bzw. trainiert. Das hat mit Kompetenz und mit der Abrundung von Bildung nichts zu tun. Durch die staatlichen Abschlüsse werden Einseitigkeiten beim Schüler sehr stark herausgearbeitet. Die Tendenz geht zum rein nützlichkeitsorientierten intellektuellen Training bestimmter Qualifikationen zum Umgang mit einem bestimmten Typ von Fragen (die besonders darauf ausgelegt sind, richtig oder falsch verstanden werden zu können). Kein Nicht-Abiturient könnte Vergleichbares, auch der Ex-Abiturient könnte es nach wenigen Jahren nicht mehr. Es sind Qualifikationen, die auf ihr Verschwinden angelegt sind.

Die staatlichen Abschlüsse sind ein notwendiger Kompromiss, um überhaupt Waldorfschulen betreiben zu können. Aber was versteht man unter einem Kompromiss, wie geht man damit um? Selbstbewusst, das eigene Ziel nie aus den Augen verlierend und mögliche Freiräume erarbeitend oder eben der Obrigkeit ergebend?

Was versteht man unter einem Waldorfabschluss, welche Funktion hat er?

An vielen Waldorfschulen gibt es den sogenannten Waldorfabschluss, in dem die Leistung bzw. Fähigkeit des Schülers in einigen waldorf-typischen Fächern in Klasse 12 dokumentiert wird: Jahresarbeit, Eurythmie-Abschluss, Kunstreise. Als Dokumentation dient eine Mappe, ein Portofolio. Das ist eine Ansammlung von Dokumentationen - von der Rolle beim Klassenspiel über die Jahresarbeit, eventuell zu einem Beitrag zur Jahresfahrt oder dem Eurythmieabschluss. Dieser Abschluss ist eine zusätzliche Bescheinigung, die vielfach gar nicht vorgelegt oder angesehen wird. Sie hat bisher wahrscheinlich nur in wenigen Fällen dazu geführt, dass Schüler ihrerwegen eine Ausbildungsstelle bekommen haben.

Wie könnte man Waldorfabschlüsse weiterentwickeln?

Wie könnte man nun diese Einrichtung weiterentwickeln und mit welchem Sinn und Zweck? Kurz- bis mittelfristig wäre eine umfassendere Dokumentation und klarere Bewertung der waldorf-typischen Arbeitsergebnisse im Werk, Kunstunterricht und in Praktika möglich und wünschenswert. Dazu gehört auch die Veranschaulichung für den Betrachter durch Foto und Film. Es ist ein Problem, dass die Arbeit an wunderbaren Werkstücken oft im Hinblick auf Weihnachten oder Familiengeburtstage forciert wird, diese Werkstücke aber dann meist den Blicken entschwunden sind und auch nie mehr auftauchen. Es wäre schön, die Dinge wären fotografiert und spezifisch beschrieben. Da könnte es - am besten in jeder Schule - ein Portofolio als Anlage zum Jahreszeugnis oder zum Schulabschluss geben.

Bisher bezieht sich der Waldorfabschluss aber eben nur auf Waldorf-Fächer. Das *Fach* Deutsch ist kein „Alleinstellungsmerkmal“ der Waldorfschule. Das ist hingegen der *Duktus* des Deutschunterrichts. Wie könnte man das zeigen - außer durch das individuelle Zeugnis? Das Zwölfklassenspiel ist ein Ansatzpunkt, vielleicht auch die Epochenhefte. Daran muss man weiter arbeiten.

Langfristig arbeitet man im Arbeitskreis „Zukunft der Abschlüsse“ an einem europaweit anerkannten Abschluss, der den Zugang zu Ausbildung und Studium ermöglichen soll - dies ohne staatliche Zusatzprüfung. Das ist keine bloße Träumerei. Vor Weihnachten haben sich z.B. 70 Kollegen in Mannheim getroffen, um sich einen Abschluss dieser Art anzusehen - am Beispiel der Praxis in Luxemburg -, das Internationale Baccalaureat. (Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/International_Baccalaureate). Die Fragen, die sich ergaben, liegen im Moment erst einmal „auf Eis“. Eine österreichische Schwesterschule ist aber aktiv an der Sache dran. Interessant ist auch die Untersuchung von studienberechtigenden Abschlüssen nichtstaatlicher Einrichtungen in England.

Das Abitur greift sehr stark in die Waldorfpädagogik ein. Spätestens ab der 12. Klasse ist der Unterricht immer mehr von den Erfordernissen der Abi-Vorbereitung geprägt. Waldorfpädagogisch sinnvolle, wünschenswerte Inhalte und Fragestellungen treten demgegenüber zurück. Diese Eingriffswirkung hat sich in den letzten Jahren eher verstärkt und ist schon in der 11. Klasse spürbar, manche meinen sogar noch früher.

Das gefährdet den „Kompetenzlehrplan“ der Waldorfschule. Vor gut drei Jahren begann in der Waldorfbewegung eine breite Diskussion über eine neue Sicht des gesamten Waldorfbildungsplans. Direkt oder indirekt waren Hunderte KollegInnen in diese Arbeit einbezogen. Die Ergebnisse wurden von Wenzel M. Götte, Peter Loebell und Klaus-Michael Maurer gesichtet, geordnet und im Überblick dargestellt. „Entwicklungsaufgaben und Kompetenzen“ heißt das dadurch entstandene Buch, in dem auch zur Darstellung kommt, wie man den Unterricht bis zum Ende der 12. Klasse gestalten würde, wenn man einfach den Impulsen der Waldorfpädagogik selbst folgen könnte (vgl. Kasten S. 26).

Inwiefern kann ein Waldorfabschluss das Profil der Waldorfschule schärfen und ihre Qualität verbessern?

Langfristig geht es um eine Form des Abschlusses, die anerkannt ist - ohne staatliche Zusatzprüfung. Wenn dieses Ziel erreicht würde, könnten die SchülerInnen in wesentlich stärkerem Maße als bisher darauf vorbereitet werden, ihre Entwicklungsaufgaben zu bestehen und Kompetenzen zu entwickeln, die sie für ihren Lebensentwurf brauchen - da man nicht auf das Abitur hinarbeiten müsste.

Kurzfristig und mittelfristig kann schon die Weiterentwicklung des Waldorfabchlusses in seiner jetzt bereits praktizierten Form profilschärfend sein. Zusatzqualifikationen werden heute zunehmend verlangt, z. B. gibt es an manchen Hochschulen kein Sportstudium ohne Übungsleiterschein, auch mit Abitur. Das entsprechend gestaltete Abschlusszeugnis wäre so etwas wie eine Zusatzqualifikation. Eine solche Weiterentwicklung stärkt die authentische Waldorfpädagogik, indem Fächer, die nicht prüfungsrelevant sind, wie Schreiben, Buchbinden usw. tendenziell länger und intensiver gepflegt werden, wenn sie in angemessener Weise im Portfolio zur Geltung kommen. Den LehrerInnen dieser Fächer hilft es

innerkollegial, denn andere Kollegen werden dann eher geneigt sein, diesen Fächern mehr Zeit einzuräumen und sie bis in die 12. Klasse hinein zu pflegen. Und die Schüler nehmen Theaterspiel, Eurythmie, Schreiben, Plastizieren usw. ernster. Nicht, dass wir die Waldorfschule darauf reduzieren dürften. Aber es ist gut für die Entwicklung der Schüler, wenn auf diese Weise diese Fächer länger gepflegt und zu einem Abschluss und Ergebnis gebracht werden. Die erreichte Qualität trägt auch innerlich weiter. Waldorfabchlüsse könnten also das, was die Waldorfschule von anderen Schulen unterscheidet, für die Menschen, mit denen die Schüler später zu tun haben, erlebbar machen.

Der Schüler hat etwas, was er vorzeigen kann, woran er aber auch für sich selbst verdeutlichen kann, was er von der Schule mitgenommen hat.

Grenzen des Waldorfabchlusses

Ein letzter Punkt: Welche Grenzen haben Waldorfabchlüsse? Man kann sich auch um Kopf und Kragen dokumentieren und reflektieren. Daher muss man die Dokumentation jedes Schrittes gut überlegen. Ab welcher Altersstufe ist es überhaupt sinnvoll, mit den SchülerInnen in die Dokumentation und Reflexion zu gehen? Wir müssen aufpassen, denn wir kennen das, wenn ein Kind, das bisher naiv im Strom des Tuns gelebt hat, sich zum ersten Mal auf einem Foto sieht und dann vielleicht anfängt Fratzen zu machen, wenn es fotografiert wird.

Wenn ich von Eltern gefragt werde, die Kinder in die 9. oder 10. Klasse bei uns eingeschult haben wollen, ob man bei uns Abi machen kann, dann sage ich offen: Ja, aber es ist eher schwieriger als beim Staat. Wenn es nur ums Abi geht, empfehle ich das staatliche Gymnasium. Die originäre Stärke der Waldorfpädagogik ist nicht die Vorbereitung auf staatliche Prüfungen, sondern dass Menschen heranwachsen, die ihre eigenen Lebensintentionen finden und ihnen folgen können und die zur lebenslangen Selbstentwicklung und -verwandlung fähig sind. Das ist eine ganz reale Frucht von Pädagogik, ist aber nicht äußerlich dokumentierbar. Gerade das ist die Grenze von Waldorfabchlüssen.

Kurz- und mittelfristig geht es also um die Weiterentwicklung der bereits gemachten Anfänge. Längerfristig sollte es um einen eigenen Abschluss gehen. Wir müssen den Mut haben, mit Eltern und Kollegen die Diskussion über dieses Thema zu führen. In der Waldorfbewegung sind das Verständnis und der Konsens in dieser Frage noch nicht ausreichend. Wie können wir Pädagogik staatlicher und auch wirtschaftlicher Fremdbestimmung entziehen und einen eigenen Weg gehen, der sich nicht darauf reduziert, schöne Eurythmie zu machen, sondern der Fremdsprachen, Mathematik, Geologie, Deutsch, Geschichte usw. wirklich als Waldorffächer unterrichtet? Wir müssen dafür kämpfen, das prüfen zu dürfen, was wir selber unterrichten und wofür wir unsere pädagogischen Gründe haben. Dann muss ich nicht mehr ab einer bestimmten Zeit in der Biologie unreflektiert in die Modelle ausweichen, weil der Lehrplan so vollgestopft ist, dass Fachwissenschaftler nur den Kopf schütteln. Natürlich sollen Schüler den aktuellen Forschungsstand kennen. Aber wenn ich nicht mehr bei

Phänomenen verweilen, nicht mehr Zusammenhänge aufsuchen darf, dann stimmt etwas nicht. Das Zentralabitur pfuscht da wirklich in den Lehrplan der 12. Klasse hinein, teilweise in den der 11. Und das, obwohl wir das Abitur heute noch nach 13 Jahren abnehmen! Wir müssen also vorausdenken und nach Alternativen suchen, um Waldorfpädagogik gelingen zu lassen, mit dem eben formulierten - „undokumentierbaren“ Ziel. Letztlich ist Profilbildung eine Frage der Authentizität, mit der wir Waldorfpädagogik in permanenter Selbst-erneuerung leben.

Konsequenzen für die Lehrerbildung

Peter Loebell
Zusammenfassung C. Strawe

Wenn ich das Thema Abschluss vom vorigen Beitrag aufgreife, dann lässt sich für die Lehrerbildung sagen, dass die Studierenden unserer Freien Hochschule einen Abschluss anstreben. Die Studierenden wollen nicht nur die Berechtigung erwerben, Waldorflehrer sein zu können, sondern sich auch ihre eigene Befähigung zur Unterrichtspraxis durch den Abschluss klarmachen können. Ich lasse das Thema Berechtigung einmal bei Seite, ebenso das weite Feld der Hochschulabschlüsse - mit dem sich die Freie Hochschule Stuttgart ja im Zusammenhang mit der Modularisierung der Studiengänge ausführlich auseinandersetzen und dabei auf die Wahrung und Weiterentwicklung des eigenen Profils achten musste.

Der Praxisbericht aus Heidenheim zeigt, dass Menschen, die eine Lehrerausbildung durchmachen, sich auf ganz unvorhersehbare Situationen vorbereiten müssen. Es gehört zum Wesen der Kompetenz, dass man, bevor man auf einen Anlass trifft, wo sie sich praktisch zeigen kann, die eigene Kompetenz noch nicht wirklich einschätzen kann. Kompetenz ist nicht eigentlich Fähigkeit, sondern eine verborgene Disposition. Ein Beispiel: Oft entsteht beim Fremdsprachenunterricht der Waldorfschulen der Eindruck: „die lernen ja nicht genug...“ Nicht, dass es im Einzelfall nicht so sein könnte. Aber generell gilt, was viele ehemalige Waldorfschüler berichten, dass sie im Ausland das von der Schule Mitgebrachte sehr unbefangenen anwenden und sich schnell in die Sprache einleben. Sie erleben eine Kompetenz, die sie vorher nicht bemerkt hatten. Man sieht daran: Vokabeln kann man prüfen, Kompetenz nicht. Prüfen kann man nur die sogenannte Performanz, die wirklich benutzte Sprache.

Wir beschäftigen uns hier mit dem Thema Sozialkompetenz. Da geht es darum, wie man die Kompetenz erwirbt, in einer bestimmten Situation beherrscht eine neue Struktur selber zu finden. Also nicht eine vorgedachte Form zu „implementieren“, sondern die Form aus dem Leben, aus der Situation heraus zu entwickeln. So etwas ist deutlich nicht eine lehrbare Fähigkeit bzw. Fertigkeit, sondern eine Kompetenz. Wie arbeitet man daran, wo man doch gerade nicht weiß, wie die Situationen sein werden, mit denen die Studierenden es im Beruf zu tun haben werden? Unser erstes Thema ist also Kompetenzerwerb.

1. Kompetenzerwerb

Wille im Denken und Denken im Willen

Versuchen, mein Denken willentlich zu durchdringen, Wille ins Denken bringen: Das üben wir immerzu in der Waldorfschule, in altersspezifischer Weise. Es beginnt mit dem Freiwerden von Lebenskräften als Vorstellungskräften mit dem Beginn des 2. Jahrsiebs, zieht sich durch die „Klassenlehrerzeit“ und mündet in dem Thema „Bildung von Urteilsfähigkeit“ in der Oberstufe. Das Denken wollen heißt: Nicht Gedanken haben, sondern die Gedanken aktiv schaffen, in einer geführten Denkbewegung der Sache entsprechenden Denkinhalt hervorbringen. Umgekehrt geht es darum, Denken in den Willen zu bringen, Verantwortung zu übernehmen für das eigene Tun, aus individueller Einsicht bewusst handeln zu lernen, sich nicht hin- und mitreißen zu lassen im Tun.

Diese Selbstwirksamkeit im Studium zu entwickeln heißt: Die Studierenden müssen selber die Studieninhalte durcharbeiten, sie selber fassen und bewegen. Das gibt eine starke innere Erkräftung. Und das geführte Handeln wird durch das bei uns deshalb so wichtig genommene Element des künstlerischen Übens gestärkt - und natürlich auch in den Schulpraktika.

Wenzel M. Götte, Peter Loebell,
Klaus-Michael Maurer

Entwicklungsaufgaben und Kompetenzen

Zum Bildungsplan der Waldorfschule

Diese Darstellung ergänzt den Lehrplan der Waldorfschulen um die Frage der Kompetenzen, die sich die Schüler in den verschiedenen Klassenstufen und den einzelnen Fächern aneignen - inhaltlich, methodisch und in sozialer Hinsicht.

Sie ist für alle Waldorflehrer gedacht und zugleich ein Beitrag in der gegenwärtigen Bildungsdiskussion, in der der Begriff Kompetenzen in den letzten Jahren eine wichtige Rolle spielt. Die alten Lehrpläne sollten entrümpelt werden und an die Stelle der inhaltlichen Vorgaben Bildungsstandards und Kompetenzen treten. Auf dieser Grundlage erfolgten die Reformen in den Lehrplänen der Bundesländer.

Vor drei Jahren wurden in der Waldorfschulbewegung bundesweit Kommissionen zur Ausarbeitung einer neuen Sicht des gesamten Waldorfbildungsplans eingerichtet. Der Lehrplan wurde nicht mehr unter dem Gesichtspunkt durchgearbeitet, welche Inhalte in welchem Alter unterrichtet werden sollen, sondern unter der Fragestellung: Welche Entwicklungsaufgaben stellen sich in welchem Alter für die Kinder und Jugendlichen? Und welche Kompetenzen müssen entwickelt werden, um diesen Aufgaben gerecht zu werden? Damit können WaldorflehrerInnen ihre Arbeit noch gezielter auf die altersgemäßen Unterrichts- und Entwicklungsaufgaben ausrichten und im erziehungswissenschaftlichen Diskurs sowie im Gespräch mit Kollegen und Behörden des staatlichen Schulwesens auf eine Sammlung von Gesichtspunkten zurückgreifen.

Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 2009, 437 Seiten,
Gebunden, 28,90 EUR, ISBN-10: 3772516963, ISBN-13:
9783772516962

2. Anlässe für Kompetenz - Verantwortungsfähigkeit

Wie kommt nun erworbene soziale Kompetenz überhaupt zum Vorschein? Auch hierfür muss es Anlässe geben. In unserem Beispiel mit den Fremdsprachen kommt die Kompetenz zum Vorschein, weil z.B. keiner Deutsch versteht und ich plötzlich bemerke: ich kann mich verständlich machen.

Die Studierenden kommen in der Regel, weil sie sich für das Lehrersein interessieren, für Kinder und Jugendliche. Nicht wegen der Selbstverwaltung kommen sie in der Regel. Sie kommen aber in eine Schule, die selbstgestaltet ist, wo die Formen für das pädagogisch Gewollte von den Beteiligten geschaffen werden - oder wo das mindestens angestrebt wird - weil nur so der Pädagogik das angemessene Umfeld geschaffen werden und Fremdbestimmung durch außerpädagogische Gesichtspunkte verhindert werden kann. Die Lehrerausbildung muss auf die Verantwortung vorbereiten, die man als Subjekt der Selbstverwaltung zu tragen haben wird, - wenn auch am Anfang noch nicht im ganzen Umfang. Was kann heute getan werden, damit ich morgen, wenn sich die Situation einstellt, geistesgegenwärtig bin und weiß, was zu tun ist? Das bezieht sich auf pädagogische und auf soziale Gestaltungsvorgänge. Kann man das im Lehrerseminar veranlassen, so dass ich später, wenn der Anlass da ist, die Kompetenz in mir finde?

Waldorfpädagogik muss, wie wir sahen, als Prozess verstanden werden, dessen Ziel es ist, sie immer wieder neu hervorzubringen, zu schöpfen. Das ist ein Weg. Man kann es mit der Sprache vergleichen. Die Muttersprache finden wir in unserer Umgebung vor, ihre Regeln sind gegeben, wir lernen sie in der Schule. Sie ist ein System, das schon da ist, traditionsbehaftet... Zugleich ist die Sprache aber auch etwas, was wir ständig verändern und teilweise neu schaffen. Man denke nur, wie sich die Jugendsprache über die letzten 10 Jahre verändert hat, welche neuen Wortprägungen auftreten usw. Waldorfpädagogik zu treiben, heißt, sie immer neu zu tun. Jeder neue Schritt, den wir tun, ist immer ein neuer Schritt im Prozess ihres Werdens. Und das heißt, dass auch die Selbstverwaltung, die die Wirkung der Pädagogik mit trägt, eine ständig Werdende sein muss.

Wir haben hier gehört, dass die Initiativkraft, die zu einer Schulgründung geführt hat, in der Schule fortlebt. Spontan möchte man insoweit widersprechen, dass man auch eine andere Seite anspricht: Man erlebt doch auch so viel Verbürgerlichung. Nach 10 Jahren mögen viele sich nur noch mit der fertigen Schule einrichten. Eltern, die nur eine Dienstleistung in Anspruch nehmen wollen, Lehrer, die sich im direkten oder übertragenen Sinne häuslich einrichten wollen. All das sind ja auch keine unberechtigten Wünsche, wenn auch in ihrer Vereinseitigung problematische. Doch zuzugeben ist, dass ein Gründungsimpuls sich doch irgendwo immer noch in den Unterströmungen fortsetzt und „irgendwie“ atmosphärisch spürbar ist. Je mehr man ihn verleugnet und mit der Biografie der Schule nicht bewusst umgeht, kommt er als Mangel, Problem oder innerer Widerspruch zum Vorschein.

Als neuer Lehrer wundert man sich oft über dieses Erleben eines „Genius loci“. Wenn man sich dann selbst da hineinlebt, ist es gut, das nicht unbewusst zu tun. Die Probleme einer Schulentwicklung bieten Anlässe, an denen ich als Mitgestalter in einer Waldorfschule tätig werden kann, ja muss. Und die Frage ist, wie das wirklich geschehen kann. Diese Frage zieht die andere notwendig nach sich: Wo rufen die Schulen die Kompetenz der neu eingetretenen Kollegen ab? Wenn wir auf die Lehrerausbildung schauen, müssen wir fragen: Was kann dort geschehen, das die Bildung von Kompetenz - wenn sie denn schon nicht unmittelbar lehrbar ist - doch fördert?

3. Lehrerbildung

Mindestens fünf Bereiche gibt es, in denen das Thema Sozialgestaltung in der Waldorflehrerausbildung generell, und speziell an der Freien Hochschule Stuttgart, seine Rolle spielt.

a) Sozialgestaltung als Thema

Hier geht es um inhaltliche Arbeit an einer „integrativen Sozialwissenschaft“. Der Denkwille wird auf die Entwicklung von Bildbegriffen gerichtet, die sich auf das soziale Leben und die in ihm zur Veränderung drängenden Tendenzen beziehen. Behandelt werden Grundfragen der Dreigliederung des sozialen Organismus. Keine abstrakten Schemata sollen vermittelt werden, sondern ein Verständnis, aus welchen Kräften heraus wir im Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben jeweils arbeiten. Es geht um ein Verständnis der Gesellschaft, das sozial-moralische Intuition und Phantasie fördert, aber zugleich auch Wissen über das Zeitgeschehen und über die Funktionsweise gesellschaftlicher Institutionen beinhaltet. D.h. das Ideal wäre, dass diese Arbeit so von statten geht, dass sie dazu führt, nicht nur einen Vortrag über diese Themen halten zu können, sondern dass auch Sozialkompetenz mit veranlagt wird.

b) Gesprächsführung

Das muss heute ein eigener Studiengegenstand sein. Früher setzte man in der Lehrerausbildung schlicht voraus, dass, wer sie durchlaufen habe und mit Kindern arbeiten könne, auch gesprächsfähig sei. Inzwischen hat man es häufig damit zu tun, dass für den Lehrer die Kinder kein Problem sind, die Kollegen aber sehr wohl und die Eltern manchmal noch mehr. Man sollte nicht mit dem Gefühl an die Schule kommen, man sei auf all das unvorbereitet. Selbstverwaltung der Waldorfschule ist kommunikatives Handeln - und so sind die Fähigkeiten zur Kommunikation essentiell.

c) Selbstorganisation

Hier ist ein Unterschied zu den anderen Pädagogischen Hochschulen. In meinem Studium gab es keine überschaubare Gemeinschaft von Studierenden. Der Studienbetrieb war wesentlich anonym. Man saß im Seminar neben Unbekannten, denen man eher nur im Ausnahmefall in einem anderen Seminar wiederbegegnete. Eine Gemeinschaft der Studierenden gab es nicht, nur kleine Gruppen von Freunden und Bekannten. Man musste sich nicht intensiver mit sozialen Gestaltungsfragen auseinandersetzen. Das ist an der Stuttgarter Freien Hochschule anders.

Die Selbstorganisation der Kurse ist ein Markenzeichen der Freien Hochschule Stuttgart. Manch einer findet die Organisation der Studierenden in Kursgemeinschaften aber auch anachronistisch und schulklassenhaft. Unsere Erfahrung ist, dass diese über 1-2 Jahre einigermaßen stabilen Kursgemeinschaften ein ungeheuer wichtiges Feld für soziale Erfahrungen bis in den Alltag hinein sind. Für die Dozenten ist es fantastisch, das unterschiedliche soziale Gepräge der verschiedenen Kurse zu erleben.

Das beginnt mit dem wöchentlichen Kolloquium. Wer leitet - und wie? Wo gibt es Abstimmungen und wie werden sie gestaltet, gibt es Themen, wo der Konsens aller nötig ist - oder überhaupt keine Ja-Nein-Entscheidung erforderlich ist? Entscheidungen braucht es bei gemeinsamen Unternehmungen: Machen wir eine Studienfahrt? Die Grundentscheidung ist oft schnell getroffen, alle sind einig. Aber wohin, wie lange und wie teuer darf es werden? Das sind schon kompliziertere Fragen. Da kommt es zu hochinteressanten Prozessen, von denen man bei der Bildgestaltung in der Rückschau viel lernen kann. Ein Beispiel: Ein Kurs entschied gegen eine Kunststudienfahrt, wie sie sonst oft stattfindet, und für eine Naturerlebnisfahrt. Man wollte im September zelten, dann 1 Woche paddeln, - eine Kanuwandertour ohne festen Standort machen, aus dem Rucksack leben. Bei einem Kurs mit Erwachsenen zwischen 29 und 50 Jahren, sind natürlich nicht alle begeistert. Einige, von denen der eine oder die andere vielleicht noch nie im Kanu gesessen sind, zucken zurück. 12 zu 11 ging die Abstimmung für die Wandertour denn auch aus. Doch dann sagte einer aus der Mehrheit: Das können wir nicht machen. Die Mehrheit kann auch damit leben, wenn wir an einem Ort sind und von dort aus Ausflüge machen, während für einige ältere Teilnehmer, die mit dem Zelten und dem Ortswechsel wirklich massive Probleme hätten, die Mehrheitsentscheidung einen Zwang bedeuten würde. Man entschied sich

dann einmütig, dem Minderheitsvotum zu folgen, - ein Akt sozialer Reife.

d) Mitverantwortung in der Hochschule

Es ist ein Wesenszug unserer Hochschule, dass die Studierenden soziale Mitverantwortung tragen. Die delegierten Kursvertreter bilden einen Studierendenrat. Kursübergreifend selbstverwaltet durch die Studierenden ist etwa der Studienfonds, aus dem Beihilfen für bedürftige Studierende bezahlt werden. Studierende nehmen an den Konferenzen teil, auch an den Klausurtagen, die von Zeit zu Zeit stattfinden und bei denen es um Grundfragen der Sozialgestaltung der Hochschule geht. Dort gab es gemeinsame Arbeitsgemeinschaften von Studierenden und Dozierenden. Der Studierendenrat ist aber natürlich auch die Interessenvertretung.

e) Praktika

Wesentliche soziale Lernprozesse vollziehen sich in den Praktika in den Schulen. Da spürt und erlebt man etwas von den Anlässen, mit denen man es später zu tun haben wird. Man erhält einen Eindruck davon, was Selbstverwaltung in der Praxis sein kann. Man muss allerdings zugeben, dass die Studierenden in den Praktika primär am Unterrichtsgeschehen interessiert sind: oft beansprucht das die ganze Aufmerksamkeit. Umso wichtiger wäre es, Interessierten die Gelegenheit zu bieten, nicht nur die Konferenz, sondern auch den Bereich der Geschäftsführung kennenlernen zu können, der ja auch Finanzierungsfragen umfasst.

Werden die Kollegen in der Lehrerbildung zu wenig auf die Selbstverwaltungsprozesse vorbereitet? Darüber gibt es manchmal unterschiedliche Meinungen. Auf der einen Seite gilt, dass man Selbstverwaltung nicht abstrakt lernen kann. Es kommt also auf die Anlässe in den Schulen selbst an, an denen man lernt. Zugleich gibt es aber auch Kompetenzen, die die neuen Kollegen schon mitbringen sollten, wenn sie in die Schulen kommen.

Selbstverwaltung und die Bildung von sozialem Empfinden...

„Das Erziehungs- und Unterrichtswesen, aus dem ja doch alles geistige Leben herauswächst, muss in die Verwaltung derer gestellt werden, die erziehen und unterrichten. [...] Jeder Unterrichtende hat für das Unterrichten nur so viel Zeit aufzuwenden, dass er auch noch ein Verwaltender auf seinem Gebiete sein kann. Er wird dadurch die Verwaltung so besorgen, wie er die Erziehung und den Unterricht selbst besorgt. [...] Wie weit ein Kind nach der einen oder der andern Richtung zu bringen ist, darüber wird ein Urteil nur in einer freien Geistgemeinschaft entstehen können. Und was zu tun ist, um einem solchen Urteil zu seinem Recht zu verhelfen, das kann nur aus einer solchen Gemeinschaft heraus bestimmt werden.“

Man werde den „antisozialen Geist“ der Vorurteile gegen eine solche Selbstverwaltung „erkennen, wenn man durchschaut, dass sie im Grunde aus dem unbewussten Glauben hervorgehen, die Erziehenden müssen lebensfremde, unpraktische Menschen sein. Man könne ihnen gar nicht zumuten, dass sie Einrichtungen von sich aus treffen, welche den praktischen Gebieten des Lebens richtig dienen. Solche Einrichtungen müssen von denjenigen gestaltet werden, die im praktischen Leben drinnen stehen, und die Erziehenden müssen gemäß den Richtlinien wirken, die ihnen gegeben werden.

Wer so denkt, der sieht nicht, dass Erziehende, die sich nicht bis ins Kleinste hinein und bis zum Größten hinauf die Richtlinien selber geben können, erst dadurch lebensfremd und unpraktisch werden. Ihnen können dann Grundsätze gegeben werden, die von scheinbar noch so praktischen Menschen herrühren; sie werden keine rechten Praktiker in das Leben hineinerziehen. Die antisozialen Zustände sind dadurch herbeigeführt, dass in das soziale Leben nicht Menschen hineingestellt werden, die von ihrer Erziehung her sozial empfinden. Sozial empfindende Menschen können nur aus einer Erziehungsart hervorgehen, die von sozial Empfindenden geleitet und verwaltet wird. [...] Und es ist antisozial, wenn man die Jugend von Menschen erziehen und unterrichten lässt, die man dadurch lebensfremd werden lässt, dass man ihnen von außen her Richtung und Inhalt ihres Tuns vorschreibt.“

(Rudolf Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage, Vorwort und Einleitung von 1920, GA 23/1976, S. 10 ff.)

Betrachtungen und Berichte

Unnötige Arbeit: Volkswirtschaftliche und soziale Auswirkungen

Christian Kreiss

Rudolf Steiner spricht an mehreren Stellen von „unnötiger Arbeit“.¹ Dieser Begriff soll hier aufgegriffen und an Hand von mehreren Beispielen auf unsere Zeit angewendet werden.

Eines der Grundaxiome in der gängigen Ökonomielehre besagt, dass es unnötige Produkte bzw. unnötige Arbeit auf Dauer in einer Marktwirtschaft nicht geben kann, da die Marktkräfte diese mittel- bzw. langfristig eliminieren.² Dies ist jedoch falsch. Es gibt dauerhaft eine Fülle derartiger Produkte bzw. unnötiger Arbeit in unserem Lande. Die Konsequenzen daraus für unser Alltagsleben und die wirtschaftspolitischen Implikationen sind erheblich.

Was ist unnötige Arbeit bzw. unnötige Produktion? Rudolf Steiner führt als Beispiele an Bücher, die hergestellt aber nicht gelesen werden³; Cri-Cris⁴ oder das Schreiben einer Ansichtskarte, die der arme Briefträger fünf Stockwerke zum Empfänger hochtragen muss.⁵ Die

in die Herstellung unnötiger Produkte gesteckte menschliche Intelligenz und der Arbeitsfleiß könnten erspart und für sinnvollere Zwecke eingesetzt werden.

Was bedeutet unnötige Arbeit für die Gesamtwirtschaft?

I. Erste Auswirkung: Verteuerung der Lebenshaltung bzw. der lebensnotwendigen Güter

Wenn menschliche Arbeit, Fleiß und Intelligenz statt in nicht gelesene Bücher z.B. in die Produktion von Lebensmitteln, Kleidung oder Häusern gesteckt würde, gäbe es davon mehr und damit würden sich Lebensmittel, Kleidung und Wohnen für alle verbilligen.

1. Beispiel: Erster Weltkrieg

Was geschieht, wenn Millionen von jungen Männern vom Staat ausgeschiedt werden, um Löcher zu graben und diese anschließend wieder zuzuschütten? Es müsste zunächst ein enormer Konjunkturboom einsetzen, der aber letztlich für das betroffene Land keine Wohlstandsmehrung bringt.

Genau dies war während des Ersten Weltkrieges z.B. in Deutschland der Fall. 1914 setzte ein enormer konjunktureller Aufschwung ein. Während des Krieges herrschte Übervollbeschäftigung, Mangel an Arbeitskräften und die Rüstungsindustrie kam mit der Produktion kaum hinterher.⁶

Was war das Ergebnis für das Land? Not, Leid und Elend für große Teile der betroffenen Bevölkerung, weil menschliche, tierische, maschinelle und natürliche Ressourcen aus der zivilen Produktion abgezogen und in die Kriegswirtschaft bzw. an die Front gesteckt wurden.⁷

2. Beispiel: Werbung

Es gibt in Deutschland wenige Branchen, in denen weitgehendes Werbeverbot herrscht, z.B. bei Heilberufen wie Ärzten, Tierärzten, Therapeuten, bei Rechtsanwälten, Steuerberatern oder Architekten. Was würde geschehen, wenn dieses überregionale Werbeverbot aufgehoben oder gelockert würde? Für einzelne, zum Beispiel neu in den Markt eintretende Tierärzte, Rechtsanwälte oder Architekten wäre es individuell rational, zu werben. Sie würden mit Werbung beginnen, einige der etablierten Konkurrenten müssten aus Sorge vor Marktanteilsverlusten nachziehen und so dürften die Werbeausgaben in diesen Branchen, gemessen am heutigen Werbebudget, deutlich ansteigen.

A) Was wären die Folgen für die Allgemeinheit?

a) Durch die gestiegenen Werbeausgaben werden die Heilerfolge, die Rechts- oder Steuerberatung und die Architekturleistungen nicht besser.

GA 337a, S. 284, Vortrag 15. 9. 1920; oder Nat.ök.Kurs, Vortrag 31. 7. 1922, GA 340

⁶ Vgl. Hardach, S. 17 - 26

⁷ Vgl. Henning, S. 32 - 58

¹ Z.B. am 15. 9. 1920 in Stuttgart, dem siebenten Studienabend des Bundes für Dreigliederung Stuttgart, GA 337a, 1999, wo Rudolf Steiner zur Brisanz der Fragestellung bemerkt: „Unnötige Menschenarbeit hat ungeheure Folgen im sozialen Leben“ (S. 279); oder Nat.Ök. Kurs, Vortrag 31.7.1922, GA 340

² Vgl. Bofinger, S. 101: „In einer Marktwirtschaft wird die Produktion vorrangig über die Nachfrage gesteuert.“ Dies impliziert, dass nicht nachgefragte Güter in einer Marktwirtschaft auch nicht produziert werden, d.h. nicht existieren können. Ähnlich Samuelson/Nordhaus, S. 79: „Es handelt sich hierbei um die Theorie von Angebot und Nachfrage. Diese Theorie zeigt uns, dass die Präferenzen der Konsumenten für die Güternachfrage verantwortlich sind [...]“. Die Begriffe „unnötige Güter“, „unnötige Produktion“ oder „unnötige Arbeit“ kommen in diesen beiden, zu den führenden deutschen VWL-Lehrbüchern gehörenden Darstellungen nicht vor.

³ Vgl. GA 337a, S. 279, Vortrag 15. 9. 1920, S.279

⁴ „Diese Cri-Cris waren ganz besonders kleine Instrumente; in einem Metallkörperchen war eine Stahlplatte eingespannt, und wenn man mit diesem Instrument in der Tasche auf die Straße ging und diese Metallplatte berührte, machte sie dann einen scheußlichen Ton, so dass die Leute auf der Straße furchtbar geärgert wurden durch diesen Ton. Es war so in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts; da waren die Straßen geradezu durch diese Cri-Cris unendlich geworden. Aber das Erträgnis des Cri-Cri-Erfinders war ein sehr großes, er ist vielfacher Millionär geworden“. GA 337a, S.279, Vortrag 15. 9. 1920

⁵ „Denn, wenn man einen Briefträger mehr für Ansichtskarten einstellt, so wird damit nichts erzeugt von dem, was zum Leben nötig ist. [...] Wer dann unnötige Arbeit verrichtet, wird trotzdem Konsument von lebensnotwendigen Dingen bleiben.“

b) Wer zahlt die zusätzlichen Werbeausgaben? Die erhöhten Werbeausgaben müssten auf die einzelnen erbrachten Leistungen umgelegt werden: Arztrechnungen, Architekturbonorare, Anwaltsgebühren würden teurer, da der einzelne Arzt, Architekt oder Anwalt die gestiegenen Werbeausgaben auf den von ihm verlangten Preis umlegen muss.

Im Ergebnis würde das Leben für fast alle Bürger teurer, aber nicht besser. Es entstünde ein realer Schaden für die Menschen, da sie nun weniger von ihrem Einkommen für andere Zwecke zur Verfügung haben. Eine Aufhebung oder Einschränkung des Werbeverbotes für diese Branchen wäre kollektiv irrational, auch wenn es individuell für einzelne Ärzte, Anwälte und Architekten sowie für die Werbebranche rational wäre.

B) Argumente: Kurzfristige versus langfristige Betrachtungsweise

a) Kurzfristige Betrachtungsweise: Die Werbebranche könnte für die Abschaffung der Werbeeinschränkungen in obigen Branchen wie folgt argumentieren: Durch die Abschaffung der Werbeeinschränkungen würden die Werbeausgaben im Land steigen, das führt zu vermehrter Nachfrage und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum.

Diese Argumentation ist nicht falsch, greift aber zu kurz, weil sie die Gedankenkette nicht zu Ende denkt:

b) Langfristige Betrachtungsweise: Was bedeuten zusätzliche Marketing-Arbeitsplätze für die Menschen? Mehr Fernseh- und Radiowerbespots, mehr Zeitungsinserate, mehr Plakate usw. Erhöht dies tatsächlich den Lebensstandard der Menschen? Eher im Gegenteil, viele Menschen fühlen sich durch Werbung eher belästigt. Gerade wegen der Schaffung neuer Arbeitsplätze in einem Lebensbereich, der den Menschen real keine Verbesserung ihres Lebens bringt, sinkt langfristig der Lebensstandard im Land.

C) Konsequenzen für die Politik:

Unter diesem Blickwinkel stellt sich die Frage, ob es nicht kollektiv rational und wirtschaftlich für ein Land sinnvoll wäre, Werbeeinschränkungen für diverse Branchen anzudenken, insbesondere für nicht oder wenig informative oder stark emotional geprägte überregionale Werbung.

D) Auswirkungen von Werbung und Kapitalinteressen auf das freie Geistesleben

Fast unsere gesamte Medienlandschaft befindet sich im Eigentum von Privatkapital, ein kleiner Teil in öffentlich-rechtlicher Hand. Was bedeutet es, wenn z.B. die Fernsehsender Pro 7, RTL, Sat 1 usw. sich in gewinnorientierter Privathand befinden? Die Eigentümer, z.B. die Aktionäre, erwarten auf ihr eingesetztes Kapital eine möglichst hohe Rendite. Deshalb werden die Fernsehprogramme unter Renditegesichtspunkten erstellt. Haupteinnahmequelle der privaten Sender sind Werbeeinnahmen. Die Fernsehhalte müssen unter Ertragsgesichtspunkten, also in einer solchen Weise zusammengestellt werden, dass die Einschaltquoten so hoch wie möglich werden.

Die Fragestellung bei der Programmerstellung lautet also nicht: was ist gut, hilfreich, lebensfördernd, positiv für die

Fernsehzuschauer, sondern: was zieht möglichst viele Menschen möglichst lange vor den Bildschirm. Denn dann können die Werbeminuten, für die die Industrie zahlt, am teuersten verkauft werden.

Welche Interessen, welcher Geist, bestimmt also, was z.B. unsere zweijährigen Kinder im Fernsehen ansehen? Renditeinteressen. Es geht nicht um das Wohl der Kinder, für deren Entwicklung z.B. kreatives oder gemeinsames Spielen besser wäre als vor dem Bildschirm zu sitzen, sondern es geht darum, die Kinder so lange wie möglich an den Bildschirm zu binden, um möglichst hohe Einschaltquoten zu erringen und damit möglichst hohe Werbeeinnahmen und folglich Gewinne zu erzielen. Es geht also primär nicht um das Wohl der Menschen bei der Auswahl der Programme, sondern um Geldinteressen.

Nicht nur die privatrechtliche Fernseh- und Rundfunklandschaft, sondern auch praktisch die gesamte Presse ist in hohem Maße von Werbeeinnahmen abhängig. Im Durchschnitt der deutschen Zeitungen werden etwa „zwei Drittel der Umsätze im Zeitungsgeschäft mit Anzeigen und Werbung und ein Drittel mit dem Verkauf erzielt“.⁸ Welche Folgen hat dies für die berichteten Inhalte?

In den 1980er Jahren gab es in den Münchner „Togal“-Werken, ein seinerzeit kleinerer Pharmaproduzent, einen umweltschädlichen Vorfall, der Greenpeace München bekannt wurde. Als Greenpeace München sich daraufhin an die „Süddeutsche Zeitung“ wandte mit der Bitte um Berichterstattung erhielt es die Antwort, Togonal sei ein wichtiger Anzeigenkunde, man wolle von einem Bericht über den Vorfall Abstand nehmen.⁹

Wegen der starken Abhängigkeit praktisch der gesamten Presse von Werbe- und Anzeigeneinnahmen ist eine kritische Berichterstattung über die Industrie nicht zu erwarten, da sich die Presse sonst von ihren wichtigsten Geldgebern abschneiden würde. Man kann davon ausgehen, dass beinahe die gesamte deutsche (und internationale) Presse tendenziöse Berichterstattung durchführt: Halb-, Dreiviertel- oder neun Zehntel-Wahrheiten zu Gunsten der Industrie bzw. der Werbe- und Anzeigengeldgeber. Negative Aspekte und ernsthafte Kritik werden stillschweigend übergangen.

Die deutsche (und internationale) Presse- und Medienlandschaft ist weitestgehend industriefreundlich „gestreamlined“. Tiefergehende kritische Berichterstattung ist hier nicht zu erwarten. Dieser äußerst wichtige Teil unseres Geisteslebens ist in Wirklichkeit nicht frei, sondern von Kommerzinteressen getrieben.

3. Weitere Beispiele

Angenommen, durch sinkende Ethik-Standards steigt die Kriminalität in einem Land. Angenommen, deshalb werden mehr Polizeipersonal, zusätzliche Security-Kräfte eingestellt und viele neue Überwachungskameras installiert. Was geschieht ökonomisch auf den ersten

⁸ Bundesverband deutscher Zeitungsverleger, 27. 8. 2009: Bei Gesamteinnahmen der deutschen Tageszeitungen von 9,09 Mrd. Euro 2009 betrug allein der Werbeumsatz 4,37 Mrd. Euro.

⁹ Der Autor war seinerzeit aktives Mitglied bei Greenpeace München und hat diesen Vorfall selbst miterlebt

Blick? Die Security- Branche floriert, die Unternehmen, die Überwachungskameras produzieren, florieren und stellen neue Arbeitskräfte ein: neue Arbeitsplätze werden geschaffen, die Wirtschaft scheint zu wachsen.

Was geschieht jedoch real? Durch das zusätzliche Polizei- und Security-Personal wird gegenüber der ursprünglichen Situation mit der niedrigen Kriminalitätsrate kein Vorteil für die Menschen geschaffen, ebenso wenig durch die neu installierten Überwachungskameras.

Wer bezahlt die zusätzlichen Arbeitsplätze und Überwachungskameras tatsächlich? Z.B. alle Arbeitnehmer in Form real sinkender Löhne:

a) Entweder die Steuern steigen, um zusätzliche Polizisten einzustellen -

b) Und/oder: diejenigen Produkte, für die das Security-Personal und die Überwachungskameras eingesetzt werden, verteuern sich. Dadurch sinkt die reale Kaufkraft der Löhne. Werden z.B. in U-Bahnen oder Supermärkten mehr Überwachungskameras installiert, verteuern sich die U-Bahn-Fahrkarten oder die in den Supermärkten angebotenen Waren, weil die Kosten für die Überwachung auf die Produktpreise aufgeschlagen werden müssen.

Wenn Arbeitskräfte aus Wohlstand schaffenden Branchen in solche abgezogen werden, die keinen Wohlstand schaffen, bzw. die „unnötig“ sind, vermindert sich - bei gleich bleibender Stundenproduktivität - die real zur Verfügung stehende Gütermenge für alle. Das heißt alle Menschen werden auf Grund der im Zuge der gesunkenen Ethik-Standards bzw. der gestiegenen Kriminalitätsrate entstandenen zusätzlichen Arbeitsplätze langfristig gesehen ein wenig ärmer als ohne die zusätzlichen Arbeitsplätze.

II. Zweite Auswirkung: Sinnlosigkeit, Arbeitsunlust, Demotivierung

Fast jeder Mensch, der in einer Branche oder einer Firma arbeitet, die unnötige Güter herstellt, fühlt, wenn auch möglicherweise nicht bewusst, so doch tief im Inneren, dass er sinnlose Produkte herstellt. Ein drastisches Beispiel hierfür wäre die Arbeit in der Produktion von Landminen. Wenn jemand, der in dieser Branche arbeitet, Bilder von verstümmelten Kindern in Afrika mit nur einem Bein sieht, so weiß er, wenn er ehrlich ist, dass er „Unnötiges“, in diesem Falle sogar massiv Menschenschädigendes hergestellt hat.

Es kann sich jeder Mensch abends vor dem Einschlafen die Frage vorlegen: habe ich heute Sinnvolles für meine Mitmenschen geleistet? Habe ich zum Wohle meiner Mitmenschen beigetragen? Auch wenn man sich diese Fragen abends nicht stellt: Tief im Inneren spüren es wohl viele Menschen, wenn sie Unnötiges oder gar Schädliches herstellen. Dies dürfte im Normalfall zu Arbeitsunlust¹⁰, Demotivierung, steigenden Krankenstän-

den, Zunahmen von Streiks etc. führen. Laut Umfragen ist weit mehr als die Hälfte der deutschen Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitsplatz unzufrieden.¹¹

III. Ein Lösungsansatz

Kein Angebot ohne Nachfrage. Jeder einzelne Mensch kann in seiner Funktion als Verbraucher sich die Frage vorlegen: Wo kann ich auf Unnötiges verzichten? Dabei braucht man nicht nur an Güter denken, sondern kann alle Arten von Ressourcenverbrauch, also auch z.B. unnötige Autofahrten etc. einbeziehen. Je mehr Menschen auf Unnötiges verzichten, desto höher wird der reale Lebensstandard im Lande langfristig: unnötige Produktionen würden allmählich abnehmen und damit würde das Leben aller auf Dauer billiger.

IV. Fazit

Unnötige Arbeit bzw. die Produktion unnötiger Güter und Dienstleistungen verteuert unser aller Leben und unterminiert langfristig die Arbeitsmoral. Dies könnte erklären, warum in Deutschland, obwohl es eines der reichsten Länder der Erde ist, immer mehr Menschen den Eindruck haben, mit ihrem Geld nicht auszukommen. Kein Wunder: wenn immer mehr unnötige Produkte hergestellt werden, wird das Leben für viele unerschwinglich teuer, da wertvolle Arbeitskraft, Fleiß, Energie und Intelligenz in unnötige Produkte verschwendet wird und daher an anderer, sinnvoller Stelle fehlt.

Eine Abhilfe gegen unnötige Produktion ist der Verzicht von Verbrauchern auf Unnötiges. Wenn mehr und mehr Menschen auf Unnötiges verzichten, würde langfristig die Lebensqualität im Lande steigen. Da jeder Mensch individuell unterschiedliche Bedürfnisse hat, mag jeder Leser selbst darüber nachdenken, welche Güter, Branchen, Lebensbereiche in seinen Augen unnötig sein könnten. Stichworte hierfür könnten sein: Luxusgüterindustrien, „Sin Industries“ (Alkohol, Tabak, Glücksspiel, Sexindustrie etc.), diverse Medienprodukte und Computerspiele, Teile der Verkehrsindustrie, diverse umweltschädliche Güter, Rüstungsindustrie, Produkte mit sogenannten „Soll- Bruchstellen“, Wegwerfprodukte etc. Auch ein Blick auf unsere (Sperr-) Müllberge bzw. unsere vielen weggeworfenen Lebensmittel könnte Anregungen zum Nachdenken geben. Nach Einschätzung von Rudolf Steiner hätten um 1920 etwa 2 ½ bis 3 Stunden körperlicher Arbeit täglich in der zivilisierten Welt ausgereicht, um die notwendige Arbeitskraft aufzubringen.¹² Auf die gesamte, also nicht nur die körperliche Arbeitszeit bezogen, rechnete Rudolf Steiner 1922 damit, dass es ausreichen würde, statt acht bis neun Stunden pro Tag drei bis vier Stunden zu arbeiten.¹³ Aufgrund des mittlerweile stattgefundenen technischen Fortschritts und

¹¹ „Die Welt“ 8. 5. 2008, Frust am Arbeitsplatz. Die meisten Deutschen sind vom Job genervt. Demnach ging nur noch jeder achte Deutsche, 12%, motiviert und engagiert an seine Arbeit; die Mehrheit, 64%, der Beschäftigten „spule am Arbeitsplatz ein Pflichtprogramm ab, so das Arbeitsklima- Barometer 2008 des Ifak- Instituts in Taunusstein.“

¹² GA 337b, Zweiter Diskussionsabend, Dornach 19. 7. 1929, S. 29

¹³ GA 341, Nationalökonomisches Seminar, Zweite Seminarbesprechung, Dornach, 1. 8. 1922, S. 37

¹⁰ Vgl. GA 337a, Vortrag vom 15. 9. 1920, S. 278: „Wie aber die Menschen leben, das heißt welche Möglichkeiten des Konsums sie in Anspruch nehmen, ob sie dies oder jenes konsumieren, das wirkt ursächlich auf die Seelenverfassung, auf die Moral ein.“

der Vielzahl an unnötigen Produkten, die uns umgeben, dürfte der Anteil unnötiger Arbeit heute noch deutlich höher liegen als in den 1920er Jahren.

Was würde ökonomisch betrachtet geschehen, wenn wir auf einen Teil unserer unnötigen Produkte bzw. unnötige Arbeit verzichten würden? In einer Übergangsphase würde die rein rechnerisch in Form der offiziellen BIP-Berechnung ausgewiesene Wirtschaftsleistung sinken und Arbeitsplätze in den betroffenen Branchen zurückgehen. Mittel- und langfristig könnte die unnötige, nun wegfallende Arbeit dafür verwendet werden, entweder sinnvollere Erwerbsarbeit zu tätigen. In diesem Fall würde unser aller realer, materieller Lebensstandard steigen. Oder die ersparte unnötige Arbeit könnte verwendet werden z.B. zu mehr ehrenamtlicher Tätigkeit, Zeit für die Familie oder mehr Freizeit, so dass auch hierdurch der reale Lebensstandard mittelfristig zunehmen würde.

Gerade in Zeiten gesellschaftlicher und sozialer Krisen, wie sie uns bevorstehen, kann über einen Bewusstseinsprozess eine Rückbesinnung darauf stattfinden zu fragen: Wie wollen wir wirklich leben? Ein Verzicht auch nur auf einen Teil von unnötiger Produktion und unnötiger Arbeit könnte gerade in Krisenzeiten mit schrumpfenden Realeinkommen unseren wahren Wohlstand mehren und uns die Krise besser überwinden helfen. Ein Bewusstseinswandel in Richtung von mehr Rücksichtnahme und sozialem Verhalten kann mit der Frage beginnen: Wo kann ich auf Unnötiges verzichten?

Ausblick auf weitere Fragen

Dies wird dann weitere Fragen nach sich ziehen, die einer eigenen Darstellung bedürften. Da ist zum einen die Frage nach der umfassenden Entwicklung eines freien Geisteslebens im sozialen Gefüge und der sich daraus ergebenden Veredelung der Bedürfnisse und damit des Konsumverhaltens. Eine zweite Frage lautet, welche Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen der Ökonomie - über die hier bereits angedachten Werbebeschränkungen hinaus - unnötiger Arbeit entgegenwirken würden. Und schließlich ergibt sich die Frage nach einer Transformation der Ökonomie in Richtung auf eine assoziative Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner. Wie müsste sie aussehen und wie weit würde sie die heutige Werbung überflüssig machen, die ja damit zusammenhängt, das im Konkurrenzmodell der Ökonomie die Akteure ihre Produkte über Werbung in den Markt „drücken“, statt sich wirklich am „Saugstrom“ der Bedürfnisse zu orientieren? Wie müssten Organe „objektiven Gemeinsinns“ (R. Steiner) aussehen, in denen diese Fragen durch die wirtschaftlichen Akteure selbst bearbeitet werden könnten?

Literatur (Auswahl)

Bofinger, Peter, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten, München 2007

Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (Hg.), Anja Pasquay, Zur Lage der Zeitungen in Deutschland 2009, vom 27. 8. 2009, www.bzdv.de

Die Welt, 8. 5. 2008, Frust am Arbeitsplatz. Die meisten Deutschen sind vom Job genervt, Welt online, www.welt.de

Hardach, Karl, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1979

Henning, Friedrich-Wilhelm, Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1978, Paderborn 1979

Samuelson, Paul A. und Nordhaus, William D., Volkswirtschaftslehre, Landsberg 2005 (Original New York, 2005)

Steiner, Rudolf, Nationalökonomischer Kurs - Nationalökonomisches Seminar, Dornach 1996 (GA 340 und 341)

Steiner, Rudolf, Soziale Ideen - Soziale Wirklichkeit - Soziale Praxis, Band I, Bund für Dreigliederung Stuttgart, Dornach 1999, GA 337a

Steiner, Rudolf, Soziale Ideen - Soziale Wirklichkeit - Soziale Praxis, Band II, Schweizer Bund für Dreigliederung, Dornach 1999, GA 337b

Über den Autor:

Christian Kreiss studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in Wirtschaftsgeschichte in München. Nach neun Jahren Berufstätigkeit als Bankier in verschiedenen Geschäftsbanken, davon sieben Jahre als investment banker, unterrichtet er seit 2002 als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. 2004 und 2006 hielt er an der University of Maine, USA, MBA- Vorlesungen im Bereich investment banking. Zahlreiche Veröffentlichungen und öffentliche Vorträge zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Adresse: Hochschule für Wirtschaft und Technik Aalen, Beethovenstr. 1, 73430 Aalen. E-Mail: christian.kreiss@htw-aalen.de

Geldausgabe über den Staat - Bundesbank als vierte Gewalt

Zu einem Reformvorschlag von Bernd Senf, Joseph Huber, Thomas Betz und Klaus Karwat

Helmut Creutz

„Die Wurzel der jüngsten Finanzkrisen liegt im heutigen Geldsystem. Es erzeugt überschüssigen Kredit und fördert damit Spekulationsblasen ebenso wie Inflation und die maßlose Überschuldung vieler Beteiligter. Finanz- und Realwirtschaft können nur funktionieren auf der Grundlage einer stabilen und gerechten Geldordnung.“ (Aus der Initiativklärung der Autoren, s. www.monetative.de - dort auch Literatur und weitere Informationen zu dem hier erörterten Vorschlag)

Angesichts der Krise unseres Finanz-, Banken- und Geldsystems sind Befassungen mit diesem Komplex ebenso erfreulich wie alle Reformüberlegungen. Das gilt auch für die kürzlich vorgestellte Initiative, die sich für eine Verlagerung der Geldschöpfung in die öffentliche Hand einsetzt sowie die Inumlaufsetzung des Geldes über den Staat. Darüber hinaus plädieren die Autoren dafür, die Deutsche Bundesbank, unter dem Namen „Monetative“, als „Vierte Gewalt“ den bereits bestehenden staatlichen Organen Legislative, Exekutive und Judikative gleichzustellen. - Nachfolgend die wichtigsten Forderungen:

1. Die Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts der Geldschöpfung

Diese Forderung überrascht, denn bekanntlich wird auch heute schon das Geld alleine durch den Staat geschöpft: Das Münzgeld, einer alten Tradition folgend, sogar direkt durch den Bund bzw. den Bundesfinanzminister, der aus der Differenz zwischen Prägekosten und Nennwerten der Münzen - der so genannten Seigniorage - jährlich ein

Plus von einigen hundert Millionen Euro als „Gewinne aus dem Münzregal“ verbuchen kann. Und die Deutsche Bundesbank, vom Staat mit der Ausgabe der Banknoten sowie der Überwachung der Kaufkraft unserer Währung per Gesetz beauftragt, ist ebenfalls eine staatliche Institution. Deshalb muss sie auch ihre erwirtschafteten Gewinne an den Staat abführen, in den letzten beiden Jahren z.B. in Höhe von 4,3 bzw. 6,3 Mrd. Euro.

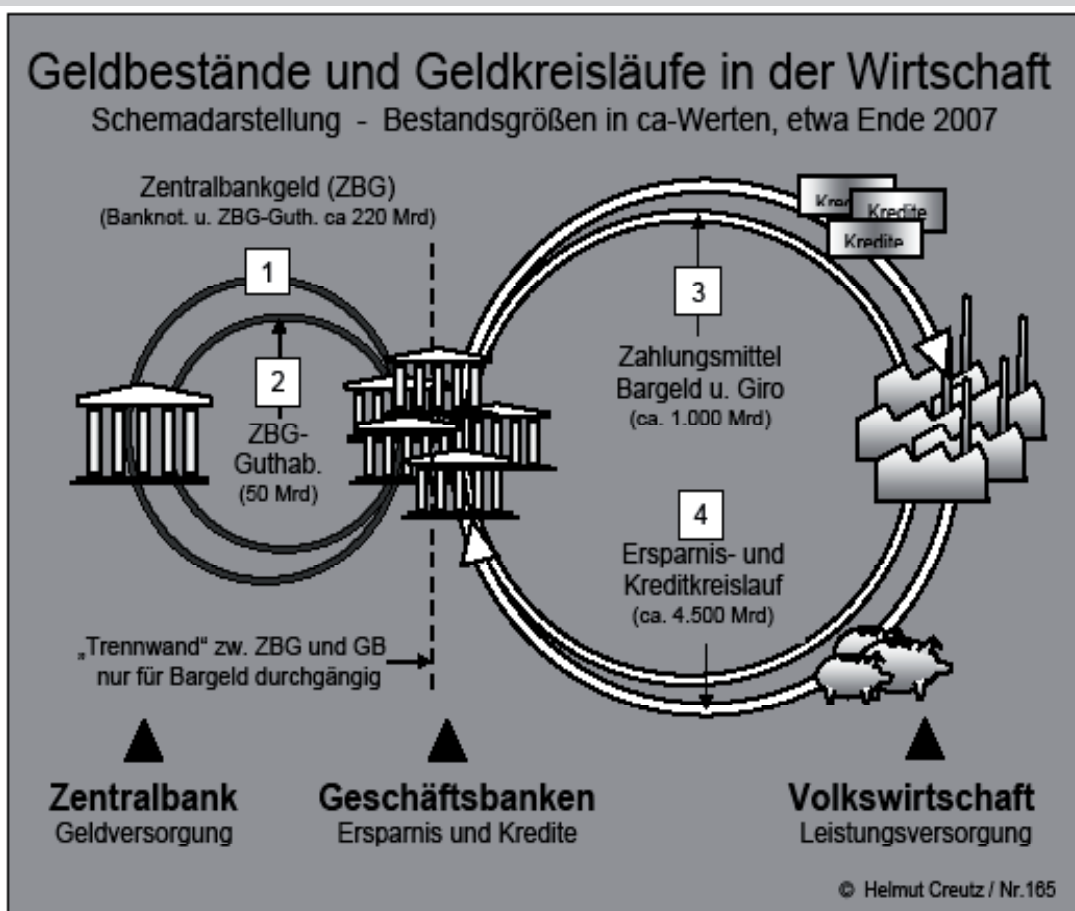
2. Die Beendigung jeglicher Bankengeldschöpfung

Wie aus dieser Forderung zu entnehmen, gehen die Initiatoren davon aus, dass heute nicht nur von der Bundesbank und damit einem staatlichen Organ Geld geschöpft wird, sondern ebenfalls von den Banken. Dabei beziehen sie diese Schöpfung nicht auf die gesamten Bankkredite, wie noch aus manchen Lehrbüchern zu entnehmen ist, ebenfalls nicht auf die „multiple Geldschöpfung der Banken“, mit der man die Köpfe der VWL-Studenten immer noch verwirrt. Vielmehr begrenzen sie die angenommene Schöpfung auf die

Bestände und Ausweitungen der Sichtguthaben, also auf jene Guthaben, die von den Bankkunden auf den Girokonten gehalten werden.

Geht man dieser Spur nach, dann entdeckt man jedoch, dass diese Sichtguthaben, genau so wie die Spar- oder Terminguthaben der Kunden, in allen Bank- und Bundesbankstatistiken immer auf der Passiv- und damit der Gestehungsseite der Bilanzen als „Einlagen“ geführt werden. Und wie jeder Guthabenbesitzer weiß, ist nicht die Bank, sondern er der alleinige Eigentümer dieser Einlagen, über die auch nur er alleine verfügen kann. Das trifft selbst dann zu, wenn die Bank das eingelegte Geld zwischenzeitlich für Kreditvergaben nutzt!

Außerdem weiß jeder Sparer, dass die Beträge auf allen seinen Guthabekonten - sieht man von den Zinsgutschriften ab - die Ergebnisse eigener Arbeits- und Sparleistungen sind! Das heißt, wenn es bei den Sichtguthaben einen „Schöpfer“ gibt, dann sind es deren Einzahler! Die Banken können allenfalls als „Schöpfer“ jener Möglichkeit gesehen werden, diese Bestände auf den Sichtguthaben per Umbuchungen an Dritte



In der Schemadarstellung sind links die Kreisläufe zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken wiedergegeben, die der Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld dienen, rechts die Kreisläufe zwischen Banken und Nichtbanken, die der Versorgung der Wirtschaft mit Bargeld und Krediten dienen, ebenso den Abwicklungen des unbaren Zahlungsverkehrs.

Kreislauf 1 gibt die Verbindung zwischen Zentralbanken und Geschäftsbanken wieder, über die das Zentralbankgeld (ZBG) den Banken leihweise und ständig revolving zur Verfügung gestellt wird. **Kreislauf 2** steht für den ZBG-Anteil, den die Banken bei der ZB als Mindestreserven hinterlegen müssen und der von ihnen für Bargeld-Abhebungen und - ähnlich wie die Girokonten der Bankkunden - für bankinterne Verrechnungen und Liquiditätsausgleiche auf dem „Geldmarkt“ benutzt werden kann. **Kreislauf 3** steht für die Zahlungsabläufe in der Wirtschaft, die heute weitgehend über Girokonten abgewickelt werden. Aber auch bei den die Endnachfrage dominierenden Bargeldzahlungen läuft das Geld zwischenzeitlich immer wieder durch die Banken. **Kreislauf 4** gibt die laufenden Ersparnisbildungen bei den Banken wieder, deren Kaufkraft über die Kreditausgaben in die Wirtschaft zurückfließt und damit den Geldkreislauf geschlossen hält.

Zu beachten ist: Aus den ZBG-Beständen fließt nur Bargeld in den normalen Wirtschaftskreislauf! Dieses Bargeld kann dort nicht nur für Zahlungsvorgänge genutzt werden, sondern auch für Ersparnisbildungen. In dem Umfang wie diese Ersparnisbildungen die Abhebungen übersteigen, nehmen im Kreislauf 4 die Guthaben und damit auch die Kreditvergaben zu, durch die Zinsgutschriften sogar überproportional. Die Kreisläufe 1 bis 3 entwickeln sich dagegen weitgehend nur im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung.

übertragen und damit Zahlungen abwickeln zu können, ohne jedes Mal Geld abheben und vom Empfänger wieder einzahlen lassen zu müssen!

Dass mit der Möglichkeit dieser Übertragungsvorgänge von Konto zu Konto der Zahlungsverkehr in der Wirtschaft enorm vereinfacht und beschleunigt wurde, ist unstrittig. Ebenso, dass damit die Bargeldnutzung abgenommen hat. Dies kann man jedoch nicht als „Geldschöpfung“ oder „Banken-Extragewinn“ auslegen, für die man die Banken, durch Wegnahme dieser Sichtguthaben, gewissermaßen bestrafen müsste!

Um die von den Monetative-Initiatoren angenommene Schöpfung dieser Guthaben durch die Banken zukünftig zu verhindern, sollen sie - nach deren Vorschlag - in die Bundesbank verlagert, dem Bargeld gleich gestellt und damit - wie sie es nennen - zu Vollgeld werden. Damit würden die Sichtguthaben also jene „Deckung“ durch die Zentralbank erhalten, die Irving Fisher schon in den 1930er Jahren mit seinem „100%-Geld“ auf eine weniger elegante Art und Weise erreichen wollte.

So sympathisch dieser Gedanke der Aufwertung der Sichtguthaben auch erscheint, ist seine Umsetzung jedoch mit erheblichen Problemen verbunden. Denn mit dieser Verlagerung entfällt vor allem die Möglichkeit der Banken, die auf den Konten geparkte Kaufkraft, zwischen ihren Ein- und Wiederauszahlungen, für Kredite einsetzen zu können! Dadurch würde es jedoch zu einem erheblichen Kaufkraft-Stau bzw. zu einer Hortung von Kaufkraft in Höhe der bisherigen Sichtguthaben kommen! Dies wird auch von Prof. Huber, in seinem zusammen mit James Robertson verfassten Buch „Geldschöpfung in öffentliche Hand“, als Problem erkannt:

„Die einzige Konsequenz wäre, dass mehr unbares Geld unbenutzt auf laufenden Konten verbleiben würde, genau wie heute Bargeld manchmal mehrere Tage oder sogar Wochen unbenutzt in den Brieftaschen verbleibt.“ (S. 53)

Allerdings war man sich bei dieser Formulierung offensichtlich der Größenordnungen dieses „unbenutzten unbaren Geldes“ nicht bewusst! Denn während sich diese unbenutzten Anteile beim Bargeld, also die Bargeldhortungen, auf eine Bestandsgröße von rund 200 Mrd. beziehen, geht es bei den Sichtguthaben um eine Bestandsgröße von rund 800 Mrd. und damit um rund das Vierfache! Das heißt, mit dieser Verlagerung der Sichtguthaben in die Bundesbank würden den Banken und damit der Wirtschaft in fast gleicher Höhe Kreditmittel entzogen!

Auch bei der Bundesbank selbst würden sich mit der Verlagerung enorme Umstellungen und Umstellungskosten ergeben, sowohl im Personal- als auch im Raumbereich. Denn wie aus den Klammerzahlen in der Darstellung hervorgeht, würden die heutigen Bestände an Zentralbankgeld, von derzeit rund 200 Mrd, auf mehr als 1.000 Mrd und damit das Fünffache zunehmen! Und die arbeitsbezogenen Belastungen für die Bundesbank wären noch größer, wenn sie auch noch die milliardenfachen Umbuchungen zwischen den Vollgeldkonten, also den unbaren Zahlungsverkehr, von den Banken übernehmen müssten! Überlässt man diese Überweisungsvorgänge jedoch weiterhin den Banken,

dann würden diese zur Erhöhung ihrer Dienstleistungskosten gezwungen sein, da die bisherigen Einnahmen aus den kurzfristigen Ausleihungen entfallen.

3. Die schuldenfreie Inumlaufbringung des Geldes durch öffentliche Ausgaben

Dieser Reformvorschlag wird in der Politik sicher auf viel Zustimmung stoßen. Denn selbst wenn der Staat - ähnlich wie bei der Judikative - zukünftig den Kostenaufwand für die Monetative aus Steuermitteln tragen muss, könnte sich unter dem Strich ein Gewinn ergeben.

Was jedoch bei dieser Verlagerung der Geld-Inumlaufsetzung über den Staat für die Bundesbank negativ zu Buche schlägt, ist der Wegfall der Anhaltspunkte für ihre Geldmengensteuerung! Denn während sie mit den bisherigen Geldausgaben über die Banken in einem ständigen Kontakt zum Marktgeschehen stand, entfällt diese Orientierungsmöglichkeit bei der Ausgabe über den Staat. Ebenfalls entfällt die Möglichkeit, die ausgegebene Menge an Zentralbankgeld wöchentlich sowohl in ihren Größen als auch den Zinskonditionen den Wirtschaftsentwicklungen anzupassen! Das heißt, der Bundesbank, bzw. der zukünftigen Monetative, würde der Maßstab fehlen, an dem sie ihre Geld- und Geldmengenpolitik ausrichten könnte! Denn die von den Initiatoren vorgeschlagene Orientierung an den jährlichen Zunahmen des BIP, von etwa ein bis zwei Prozent, kann allenfalls ein grober Anhaltspunkt für die Steuerung der Geldmenge und damit der anzustrebenden Stabilität der Kaufkraft sein. Und dass die evtl. Wünsche der Politik bzw. des Finanzministers als Orientierungsgröße völlig ungeeignet sind, haben auch die Initiatoren erkannt und deshalb ausgeschlossen. Allerdings ohne einen Lösungsweg in dieser Frage der Geldmengensteuerung aufzuzeigen, der im Hinblick auf die Kaufkraftstabilität unverzichtbar ist.

Diese hier geforderte Inumlaufsetzung des Geldes über den Staat wurde bekanntlich schon vor rund hundert Jahren von Silvio Gesell vorgeschlagen. Ebenso wie die Einrichtung eines „Reichs-Währungsamtes“ als Geld-Ausgabestelle anstatt der damaligen Reichsbank! Allerdings ging Gesell dabei von einer gleichzeitigen Einführung einer Umlaufsicherung für das Geld aus, die zu einer Reduzierung der umlaufenden Geldmenge auf den tatsächlich kaufaktiven Anteil hätte führen sollen und damit gewissermaßen automatisch zu einer Übereinstimmung zwischen der ausgegebenen und der nachfragenden Geldmenge!

Unter dieser Voraussetzung der Stabilisierung der Geldmenge und des Geldumlaufs wäre tatsächlich eine Geldausgabe direkt über den Staat möglich. Denn die erforderlichen Mengenkorekturen könnte man laufend an dem Pegelstand des Preisniveaus ablesen und damit entsprechend gegensteuern: Im Falle sinkender Preise mit einem Geldzuschuss an den Staat, der verpflichtet wäre, diesen Zuschuss umgehend für bisher nicht finanzierbare Investitionen auszugeben. Und im Falle steigender Preise mit einem Geldentzug, in dessen Höhe der Staat geplante Ausgaben jeweils reduzieren müsste.

Höchst fragwürdig ist jedoch die Annahme der Initiatoren, dass sich bei der Verlagerung der Sichtguthaben

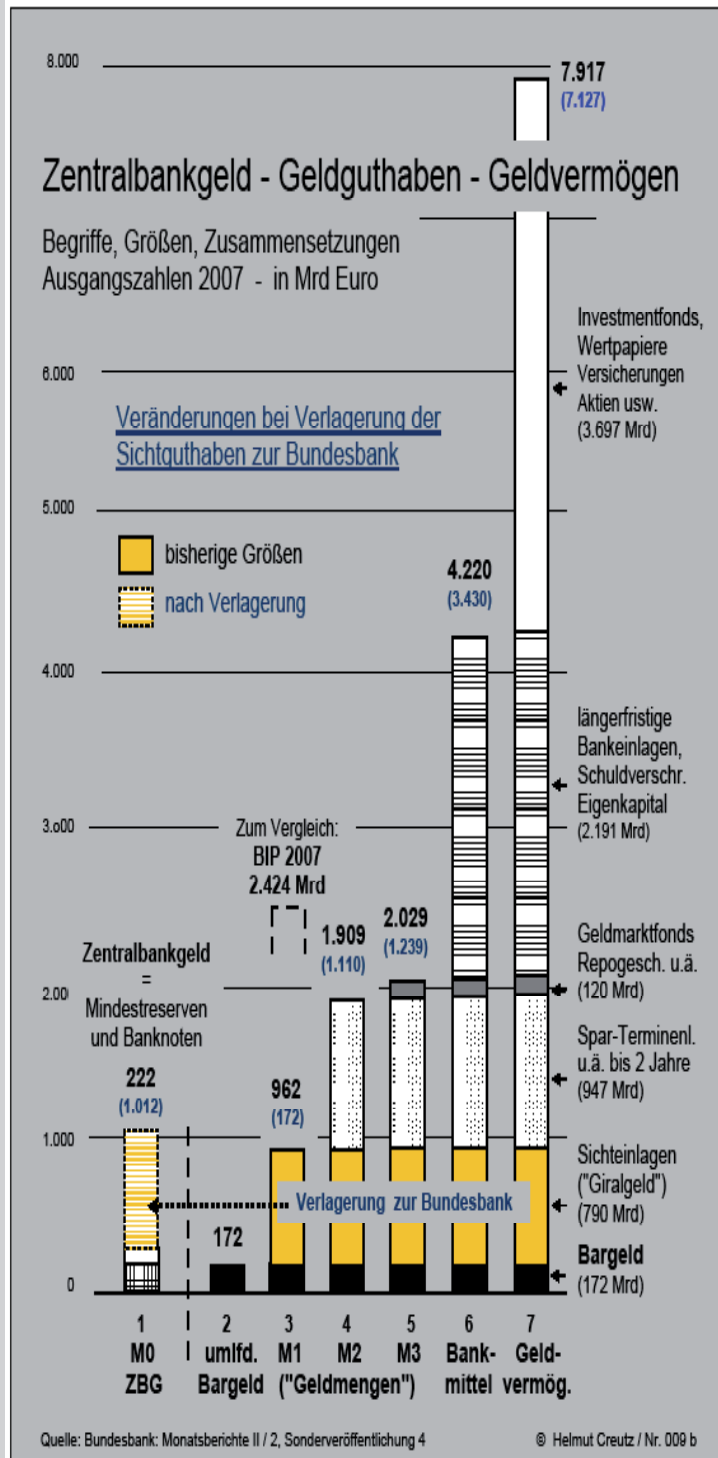
in die Bundesbank, die bei etwa 800 Mrd Euro liegt, eine „buchstäblich einmalige Chance“ ergibt, „die horrende Staatsverschuldung in wenigen Jahren auf die Hälfte abzubauen. Denn die Mittel dafür können als einmalige Übergangs-Seigniorage durch Zuweisung der Zentralbank an den Staatshaushalt in Umlauf kommen.“

Hier war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens, denn in Höhe der 800 Mrd. Euro, die der Staat als „Seigniorage“ erhalten soll, hat die Zentralbank ja schon den Sparern ihre bisherige Sichtguthaben-Kaufkraft mit Vollgeld ersetzt! Wie es aber möglich sein soll, diesen Betrag in voller Höhe noch ein zweites Mal dem Staat für Schuldentilgungen zur Verfügung zu stellen, ist auch dann nur schwer nachvollziehbar, wenn man diese Verlagerungen über mehrere Jahre verteilt. Denn eine solche zweimalige Zurverfügungstellung dieses Betrages, die fast eine Verdopplung der gesamten Kaufkraft nach sich zieht (!), müsste einen katastrophalen Inflationsschub zur Folge haben!

Resümee

Der Reformvorschlag, die Bundesbank als „Monetative“ zu einer 4. Gewalt im Staate aufzuwerten, ist unterstützungswert. Die derzeit von der Politik geplante Zusammenlegung von Bundesbank und Bankenaufsicht kommt diesem Vorschlag bereits entgegen. Darüber hinaus wäre anzustreben, dass diese neu geschaffene „Monetative“ auch für die Einführung aller Regelungen auf den Finanzmärkten und deren Kontrolle ermächtigt werden sollte, um zwielichtigen Anlage-Geschäfte und Spekulationsblasen erst gar nicht entstehen zu lassen, mit denen heute die Volkswirtschaften in immer schnellerer Folge belastet werden.

Abgesehen davon, das alle solche Reformen nur auf europäischer Ebene durchführbar sind, wären sie auch nur umsetzbar, wenn man die „Selbstalimentation der Geldvermögen“ (Bundesbank), bzw. „das achte Weltwunder“ (Prof. Rürup) und damit die problematischen Auswirkungen der Zins- und Zinseszins-effekte auf Geldvermögen, Verschuldungen und Preise überwinden würde. Das gilt bereits für das eingangs wiedergegebene Zitat der Initiatoren. So sehr man dieser Aussage zustimmen kann: bei der Klage über die „maßlosen Überschuldungen“ vermisst man den Hinweis, dass diese die zwangsläufige Folge der zinsbedingten Überentwicklungen der Geldvermögen sind! Denn bekanntlich müssen in jeder



Die Darstellung vermittelt einen Vergleich zwischen den verschiedenen Geld- und Geldvermögens-Bestandsgrößen, bezogen auf das Jahresende 2007.

Die links isoliert wiedergegebene Zentralbankgeldmenge, auch Basisgeld genannt (Säule 1) setzt sich aus den ausgegebenen Banknoten sowie den Mindestreserven zusammen, die von den Banken bei der Bundesbank zu halten sind. Dieses gesamte Zentralbankgeld wird den Banken heute über laufend zu erneuernde Kredite zugeteilt. Von diesem Zentralbankgeld gelangen wiederum nur die Banknoten in die Wirtschaft, die - unter Einbezug des Münzgeldes und nach Abzug der Kassenhaltungen bei den Banken - als „umlaufendes Bargeld“ bezeichnet werden (Säule 2), obwohl nur ein Bruchteil dieser Größe tatsächlich umläuft!

Mit Hilfe dieser Bargeldmenge, die als Basis allen weiteren Größen jeweils mit einbezogen ist, wurden in den vergangenen 60 Jahren alle heutigen Geldguthaben und -vermögen nach und nach aufgebaut. Die in der Regel zuerst gebildeten Sichtguthaben, mit der Möglichkeit von Guthabenübertragungen für Zahlungszwecke, erleichterten und beschleunigten diese Entwicklungen erheblich. - Die Größen aller eingetragenen Säulen lassen sich am BIP ermesen, das über Säule 3 zusätzlich angedeutet ist.

Die in der Darstellung markierte Verlagerung der Sichtguthaben in die Zentralbank und die in Klammern angegebenen neuen Bestandsgrößen machen deutlich, mit welchen Veränderungen ein solcher Vorgang verbunden wäre!

Volkswirtschaft die für die Geldvermögensbildung benutzten Zahlungsmittel wieder über Kredite in den Kreislauf zurückgeführt werden, wenn die Wirtschaft nicht durch Geldmangel in Schwierigkeiten geraten soll. Leider werden jedoch diese Zusammenhänge in der gesamten Vorstellung des Monetative-Modells nicht angesprochen. Selbst der Begriff „Zinsen“, der ja ursächlich mit den hier beklagten Überentwicklungen der Geldvermögen und Schulden zusammen hängt, taucht in dem Papier der Initiative überraschender Weise nicht ein einziges Mal auf!

Dabei müsste zur Lösung dieser problematischen Überentwicklungen dafür gesorgt werden, dass sich gerade diese Zinssätze genau so an die Knappheitsverhältnisse im Geldbereich anpassen, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten die Regel ist. Das aber heißt, den von den Initiatoren vorgeschlagenen Reformen müsste eine Umlaufsicherung des Geldes vorausgehen!

Autorennotiz

Helmut Creutz, geb. 1923, Wirtschaftsanalytiker und Publizist, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu den Zusammenhängen von Geld und Gesellschaft. Informationen zu seiner Arbeit unter www.helmut-creutz.de

Nationales Selbstbestimmungsrecht - Irrweg einer europäischen Jahrhundertkatastrophe

Christoph Klipstein

Im Voraus

In der Zusammenfassung Christoph Strawes, „Jenseits des Nationalstaates“ (März-Heft dieser Zeitschrift), werden die wesentlichen Probleme im Werden einer zukünftigen Sozialgestalt Europas grundlegend aufgeführt. Auf diesem Hintergrund, der uns als Zivilgesellschaft alle angeht, erscheint es mir wichtig, den Blick vertiefend auf die historische Vergangenheit und die Sprachenfrage in Europa zu werfen.

„Das Künftige ruhe auf Vergangenem [...] Vergangenes ertrage Künftiges!“, so lauten die erste und die letzte Zeile in der Strophe des Steinbocks in Rudolf Steiners „Zwölf Stimmungen“ (in GA 40): Die Entwicklung der europäischen Zukunft ruht auf der Vergangenheit einer Jahrhunderte langen abendländischen Entwicklung, die ihre existentielle, marginale Zäsur in den Weltkriegen und den sie begleitenden Völkermorden des 20. Jahrhunderts gefunden hatte. - Und die noch existierenden Gespenster dieser Vergangenheit müssen ihre Korrektur und Verwandlung durch die Zukunft erfahren und ertragen.

Wenn die nationalen Konflikte in Europas Vergangenheit viel tiefer gehend als bisher aufgearbeitet würden, dürfte das seinen Segen für die Einigung Europas bringen. - In seinem „Volksseelenzyklus“ spricht Rudolf

Steiner von der Bedeutung des „erkenne dich selbst“ der Volksseelen für den künftigen Frieden Europas.

„Selbsterkenntnis der Volksseelen“, kann sich in der Gegenwart aber nicht kollektiv vollziehen, sondern nur durch individuelle Menschen. Unsere Beziehung zu einer oder mehreren Volksseelen und zu nationalen Eigenschaften erleben wir zunächst als ererbte Gegebenheit unserer nationalen oder ethnischen Identitäten. Unabhängig davon, wie sie als angeborenes Geschenk einmal für uns vorhanden waren, können wir sie, frei, bewusst und selbst bestimmt neu ergreifen und gestalten als ein Instrument, dass sinnvoll eingesetzt werden kann, zur Bewältigung der Lebensaufgaben in der diesmaligen Inkarnation.

Nationale Isolation oder europäisches Zusammenleben?

Während des 17. Jahrhunderts, im Zeitalter der Vernunft und Aufklärung, traten in Europa neue Lebenshaltungen in Erscheinung, die das „finstere Mittelalter“ hinter sich lassen wollten. Im Zuge dieses Zeitgeistes entwickelte sich auch, zunächst bei den Angehörigen des französischen Volkes, dass die Menschen national empfanden, dachten und sich ihrer eigenen nationalen Identität bewusst wurden. Im Zeitalter der Aufklärung verbreitete sich dann dieser Impuls, vom revolutionären Frankreich ausgehend, nach und nach auf dem ganzen Kontinent. Er beflügelte die Emanzipation der einzelnen Menschen, der sozialen Gruppen, Schichten, Klassen und Völker und förderte in diesem Zuge die bürgerlichen Revolutionen, die das Ende der feudalen Fürstentum und den Beginn der Demokratie einläuteten.

Aber bereits im Revolutionsjahr 1848, als in Deutschland die Staatsform der Zukunft auf der Tagesordnung stand, war dieser Impuls aufgrund seiner „Nebenwirkungen“ nationaler Überheblichkeit und Intoleranz für Mitteleuropa äußerst fragwürdig geworden. Aus österreichischer Sicht galt es damals, eine „nationale kleindeutsche Lösung“ zu verhindern, die sich auf ethnisch rein deutsche Gebiete beschränkte. Denn nichts war ungeeigneter für territoriale, geografische Grenzziehungen als deutsche Sprachgrenzen in der Donau-Monarchie, falls ihr Verlauf in Übergangsbereichen überhaupt lokalisierbar war.

Der tschechische Historiker Frantisek Palacky hielt 1848 als Leiter des 1. Slawenkongresses in Prag engen Kontakt zum Parlament in der Frankfurter Paulskirche. Seine Zukunftsvision war eine demokratische Donau-Monarchie, unter deren Dach die verschiedenen Nationen und nationalen Minderheiten gleichberechtigt zusammenleben sollten. Darin sah er eine Überlebensgarantie für das tschechische Volk und andere Völker, sich neben den Deutschen, frei und in kultureller Identität entfalten zu können, geschützt vor den Machtinteressen Preußens, sowie des russischen Zarenreiches. In diesem Sinne war sein berühmter Ausspruch zu verstehen, dass Österreich erfunden werden müsse, wenn es nicht bereits existieren würde.

Dass diese Vision einer in ihren Konturen bereits verlangten „Superschweiz“ der Zukunft im Sinne eines organischen Vielvölkerstaates mit einander respektierenden Bevölkerungsgruppen und demokratischer Teilhabe der Bürger sich in Österreich vor dem Ersten Weltkrieg nicht

herausbilden konnte, lag an der nationalen Engstirnigkeit der deutschösterreichischen politischen Führungskasten. Dadurch scheiterten im Wiener Parlament, oft in Tumulten und chaotischen Situationen, sämtliche Versuche, durch neue Sprachverordnungen nationale Konflikte abzubauen. In den sich dann verschärfenden Auseinandersetzungen wurde weiter „fortgewurstelt“, bis schließlich 1914 alle staatliche Loyalität der slawischen Völker und anderen Volksgruppen Österreichs gegenüber den Deutschösterreichern weitgehend untergraben und verspielt war.

Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand hatte damals unmissverständlich und glaubwürdig seine politische Zielsetzung klargestellt, die volle Autonomie und Gleichberechtigung der slawischen und anderen Völkerschaften mit den Deutschen und Ungarn herzustellen. Damit eröffnete er, gleichsam „fünf Minuten vor zwölf“ eine neue letzte Chance. - Mit den Schüssen von Sarajevo, am 28. Juni 1914, starb diese Hoffnung auf eine europäisch-österreichische „Superschweiz“ der Zukunft.

Aber das Versagen und die nationale Arroganz der deutschösterreichischen Führungskaste waren nur die eine Seite der Ursachen, welche den Boden für die Ermordung des österreichischen Thronfolgers vorbereitet hatten. Zur anderen Seite gehört, dass im Königreich Serbien, laut einer Statistik die vor dem ersten Weltkrieg in Serbien kursierte, in den Jahren 1883 bis 1887, 364 politische Morde einen Prozess begleiteten und forcierten, an dessen Ende panslawistisch großserbischer Nationalismus alle Macht in Händen hielt: Die russisch orientierte Herrscherfamilie Karageorgewitsch hatte die Österreich-freundliche Dynastie Obrenowitsch abgelöst. In diesem politischen Klima hatte die nationalistische und terroristische Geheimorganisation „Narodna Obrana“ freie Hand.

Und so wie sich seinerzeit Bin Laden und Saddam Hussein der finanziellen und militärischen Unterstützung der amerikanischen Regierung sicher sein durften, solange sie noch als die „good guys“ der USA gehandelt wurden, so durften sich auch 1914 die Brüder der „Narodna Obrana“ einschließlich Gavrilo Princip („Gabrielprinzip“, nicht „Michaelprinzip“!), des Attentäters von Sarajewo, der Unterstützung führender Kreise der Entente-Mächte (USA, Großbritannien, Frankreich) sowie des russischen Zaren sicher sein, weil sie sich für deren Machtinteressen instrumentalisieren ließen.

Wilson's 14 Punkte, Versailles und die Folgen

Auf diesem Hintergrund erscheint die sich als Völker befreiendes Friedensprogramm gebende Proklamation der 14 Punkte am 8. Januar 1918 durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson in einem ganz anderen Licht, als es die „political correctness“ bis heute suggerieren möchte. Die trotz aller demokratischen Phrasen in Wirklichkeit verhängnisvolle und zu Zerschlagung der Donau-Monarchie führende Wilsonsche Doktrin sah nicht die freie, grenzüberschreitende Entfaltung der Nationen in einem einigen Europa vor, sondern die nationale Zersplitterung des Kontinents! Sie proklamierte im Sinne einer Roadmap alter und neuer Staaten, dass jedes Volk das Recht auf nationale Selbstbestimmung im abgeschlossenen Territorium eines Nationalstaats habe.

Im Jahre 1917 hatte es den außerhalb der anthroposophischen Bewegung weitgehend unbekannt gebliebenen und in Vergessenheit geratenen Versuch gegeben, die Führungen der Mittelmächte für eine Friedensinitiative zu gewinnen, die zu den 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten Wilson zur kollektiven Selbstbestimmung der Völker eine heilsame Alternative gebildet hätte. Im Rahmen dieses vor allem durch Otto Graf von Lerchenfeld und Ludwig von Polzer-Hoditz, die über entsprechende Protektion verfügten, unterstützten Versuchs, sollte eine Friedenskonzeption ins Spiel gebracht werden, die sich an einem integralen Verständnis der Trias der Ideale von Freiheit Gleichheit und Brüderlichkeit orientierte. In konkretem Verständnis des Freiheitsideals sollte dabei die nationale Frage durch uneingeschränkte kulturelle Autonomie gelöst werden. Lerchenfeld wandte sich in dieser Angelegenheit an Rudolf Steiner, den Begründer der Anthroposophie und später der Waldorfpädagogik. Im Einvernehmen mit Lerchenfeld und mit Polzer-Hoditz verfasste Rudolf Steiner Memoranden für die deutsche und österreichische Regierung, die in ihrer Diktion und Begrifflichkeit den konservativen Adressaten in den beiden Regierungsapparaten Rechnung trugen, aber dabei im Geiste der Idee dieser Konzeption gehalten waren.

Rudolf Steiner entwickelte dann in den folgenden Jahren diese Idee in Anwendung auf die verschiedenen Lebensgebiete der Gesellschaft konkret weiter und prägte dafür den Begriff einer Dreigliederung des sozialen Organismus.

Auf der deutschen Seite hintertrieb u.a. General Ludendorff im Hintergrund, dass Ideen Art behandelt, geschweige denn gar zur Geltung gebracht werden konnten. Er, der Lenin nach Russland eingeschleust hatte, verfolgte ganz andere Ziele. Was dann folgte, war „das Verbrechen von Brest Litowsk“, wie L. v. Polzer-Hoditz es nannte, der Diktatfriede gegenüber der neu entstandenen Sowjetmacht. Er stellte weite Gebiete des untergegangenen Zarenreichs unter deutsche Besatzung und ließ Deutschland als eroberungssüchtigen Aggressor erscheinen.

Hinsichtlich Österreichs traf das Ganze bei führenden Kabinettsmitgliedern auf großes Entgegenkommen und Verständnis, verlief dann aber im Sande, nach dem zuvor immer wieder kleinliche Ausführungsdetails und Durchführungsexposés angefordert wurden (vgl. Ludwig Polzer-Hoditz, Politische Betrachtungen auf der Grundlage der Dreigliederung des sozialen Organismus).

Was dann 1918 folgte, war der „Friedensschluss“ von Versailles im Sinne der Roadmap der Wilsonschen Doktrin der 14 Punkte, der nichts zu einer vorbeugenden Verhinderung des zweiten Weltkrieges beitragen konnte: In diesem Rahmen waren in Nordschleswig, Masuren, Oberschlesien, Südkärnten und Westungarn (dem heutigen Burgenland) Volksabstimmungen über Grenzkorrekturen geplant. Die reale Folge war, dass in den Abstimmungszonen im Extremfall 51 % der Stimmbürger den unterlegenen 49 % eine neue Nationalität verordnen konnten; das betraf auch Gebiete, die seit Jahrhunderten durch zwei oder mehrere Kulturen geprägt waren. Im Elsass, in Südtirol und im Sudetenland widersprachen solche Abstimmungen den Siegerinteressen

und unterblieben deshalb, ebenso in der Südslowakei und in Siebenbürgen mit seinen großen ungarischen Sprachgebieten. Im Reichsland Elsaß-Lothringen lagen seit 1914 die Sympathien der öffentlichen Meinung eindeutig auf französischer Seite. Was eine liberale Innenpolitik mit weitgehender Autonomie vorher in Jahrzehnten an Aussöhnung mit Deutschland erreicht hatte, wurde in vier Kriegsjahren mit dem Zwang, gegen Frankreich - das hieß für nicht wenige Elsässer gegen das eigene Volk - Krieg führen zu müssen und in der Öffentlichkeit plötzlich nicht mehr französisch sprechen zu dürfen, in vier Jahren verspielt.

Gegen die entsprechende von den Siegermächten für 1921 angesetzte Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland oder zu Polen, versuchte die oberschlesische Aktion des Bundes für Dreigliederung ein Zeichen zu setzen und kämpfte gegen den nationalen Hass und für Versöhnung im Sinne eines fruchtbaren deutsch-polnischen Miteinanders, wie es im alten Schlesien immer wieder gegeben war. Konkret sollte dies durch wirtschaftliche Autonomie, sowie die volle kulturelle Autonomie eines freien Geisteslebens in die Wege geleitet werden. Letztere hätte eine unbehinderte Zweisprachigkeit ermöglicht, denn die Einrichtung von Bildungsanstalten und entsprechenden Verwaltungskörperschaften für jede Volksgruppe wäre jenseits staatlicher Hoheit eine Art Bürgerrecht geworden.

Dazu fanden Veranstaltungen, Vorträge und Diskussionen in brechend vollen Sälen statt. Die Atmosphäre nationaler Emotionen war bis zum Siedepunkt erhitzt. Oft drohten Schießereien oder gar die Gefangennahme der Redner. Ein polnisch gesonnener Teilnehmer warf einmal auf einer solchen Veranstaltung sinngemäß ein: „Ach hättet ihr Deutschen doch früher solche Ideen vertreten, wir wären alle auf eurer Seite gewesen, nun ist es leider zu spät.“ So berichtete mir Helmut Woitinas, der damals Zeitzeuge war, einmal 1974 in Achberg am Rande einer Tagung. Die nationalen Gegensätze ließen eine Aussöhnung nicht mehr zu. Die Aktion scheiterte, mag aber dennoch mit dazu beigetragen haben, dass Oberschlesien nicht in einem Bürgerkrieg versank (vergl.: Hans Kühn, Dreigliederungszeit, Dornach 1978).

Die erste Welle dieses „Friedensimpulses“, die Menschen in nationalen Monokulturen einzupferchen, verlief verhältnismäßig glimpflich: Abgesehen von gewissen Behinderungen und Einschränkungen im Gebrauch der jeweiligen Muttersprache behielten die Bewohner dieser Grenzgebiete ihre Heimat und im wesentlichen ihre bisherigen Bürgerrechte, ob sie nun mit oder ohne Volksabstimmung ihre bisherige Staatsangehörigkeit wechselten oder beibehielten. Die dann einsetzende sprachliche Französisierung des Elsass geschah jedoch sehr rigide und aggressiv durch die „methode directe“, d.h. weitgehend lückenloses Verbot der deutschen Sprache in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Ämtern. Eine „ethnische Säuberung“ in den Seelen, bei der eine Generation „Sprachloser“ damals bewusst in Kauf genommen wurde. Es begann das Projekt, den künftigen Gebrauch des Französischen nicht nur als Amtssprache, sondern als alleinige Umgangssprache flächendeckend zu etablieren. Dass die Mehrheit der Elsässer nach dem zweiten Weltkrieg diese Politik akzeptierte und ihr weitgehend zum Durchbruch verhalf,

muss als Reaktion auf die brutalen Regermanisierungsversuche durch die Nazis verstanden werden.

Am Bosphorus und in Kleinasien verliefen solche „nationalen Flurbereinigungen“ nach dem ersten Weltkrieg zum Teil sehr viel brutaler und äußerst unmenschlich: Hunderttausende von Griechen, Tausende von Türken verloren ihre Heimat und Millionen von Armeniern ihr Leben.

Die nächste Welle und Variante dieses Impulses, ausgelöst durch die Nazis, führte zunächst zu Umsiedlungen, dann zum Völkermord an Juden und „Fremdvölkischen“ im Osten. Und die anschließende antideutsche Revanche nach 1945, die sich verheerend auch gegen die baltischen Völker richtete, setzte dann eine Völkerwanderung in Bewegung, wie sie Europa seit Attilas Zeiten nicht mehr gesehen hatte.

Konflikte der Gegenwart und ihre Überwindung

In der Gegenwart haben wir in Bosnien und im Kosovo die hoffentlich letzten europäischen Nachbeben dieses Impulses kollektiver nationaler Selbstbestimmung in ethnisch gesäuberten Monokulturen nationaler Staaten erlebt. Die Gespenster der „Narodna Obrana“, der Machtinteressen der alten Entente und der „nationalen Weltmachtspielsucht“ der damaligen neurotischen deutschen Führungskaste zeitigen tragische Spätfolgen. Schauplatz ist ein Europa, das zwar seine Einigung sucht, sich aber mit der Überwindung nationaler Egoismen und nationalstaatlicher Ordnungsvorstellungen noch schwer tut - und in der Gefahr schwebt, die wirkliche Aufarbeitung der Hintergründe des ersten Weltkrieges, die zunächst nicht gewollt war und Jahrzehnte lang verdrängt und von der Katastrophe des „Dritten Reiches“ überschattet wurde, einfach historisch zu vergessen!

Im Leben führen nicht aufgearbeitete Krisen später zu erheblichen Verhaltensstörungen. Diese psychologische Erfahrung dürfte auch in der Völkerpsychologie seine Gültigkeit haben. Im heutigen Europa wächst die Intention, nationales Denken zu überwinden, und regionale Autonomien und Minderheitenrechte entschärfen viel. Aber Licht am Ende des Tunnels dürfte erst dann gegeben sein, wenn die „nationale Selbstbestimmung“ nicht mehr kollektiv definiert, sondern als persönliches individuelles Bürgerrecht verstanden wird - wie die freie Religionsausübung auch, die seit dem 30jährigen Krieg auch nicht mehr an Territorien festgemacht wird.

Aus der persönlichen Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger sollte sich ergeben, wann, an welchem Ort in Europa, mit wem und in welcher Sprache kommuniziert werden soll, einschließlich entsprechender Kultur- und Bildungseinrichtungen von Musikvereinen bis zu Schulen und Hochschulen. Das bedeutet für die Grundrechte der Liberalität einer europäischen Zivilgesellschaft unter den Lebensbedingungen des 21. Jahrhunderts, dass kein Nationalstaat die Umgangssprachen innerhalb seines Territoriums quasi als „Privateigentum“ der „Rechtsperson Staat“ betrachten und handhaben kann. Der Gebrauch der Umgangssprachen durch die Bürger darf weder eingeschränkt, behindert oder verboten noch einseitig bevorzugt oder gar sprachlichen Minderheiten per

Gesetz aufgezwungen werden, je nach Belieben der Herrschenden und wie es der Staaträson gerade entspricht oder passt.

Sämtliche innerhalb der europäischen Zivilgesellschaft gesprochenen Sprachen müssten demzufolge europaweit als gleichberechtigte Amtssprachen anerkannt sein und, soweit praktikabel, auch im europäischen „Ausland“ gehandhabt werden. Das Recht oder die Pflicht eine Sprache zu schützen oder zu fördern, hätte ein Nationalstaat nur in dem Rahmen, in dem seine Bürger dies auf demokratischem Wege einfordern und nur in solchen Formen, die den freien Gebrauch anderer Sprachen nicht behindern.

Aus dem Gesamten ergibt sich aber die praktische Konsequenz einer gelebten Mehrsprachigkeit, die im künftigen Europa gepflegt werden müsste. Dies hätte auch positive Auswirkungen auf die spirituelle Entwicklung der Menschen: Denn im Gebrauch der Muttersprache verschläft man allzu leicht den Genius der Sprachen. Wer ist sich schon der Bewegungsgesten des „Greifens“, „Nehmens“, „Vernehmens“, „Stehens“ oder „Standes“ bewusst, wenn er von „begreifen, Vernunft, verstehen oder Verstand“ spricht? Ähnliches gilt ja für alle Sprachen. Und diese inneren Gesten des Genius der Sprachen bemerkt man, wird dafür wach, wenn man eine Fremdsprache erlernt. Ein tschechischer Freund erzählte mir einmal in diesem Zusammenhange, wie erstaunt und erfreut er war, als er den deutschen Vornamen „Gottlieb“ kennen lernte. Und danach erst „ging ihm das Licht auf“, dass er bis dahin nie bemerkt hatte, dass der tschechische Vorname „Bohumil“ genau dieselbe Bedeutung hat.

In gepflegter Mehrsprachigkeit könnte sich Europa jenseits von gemeinsamem Markt und Währungsunion noch auf einem ganz anderen Gebiet als nützlich erweisen, ganz abgesehen davon, dass dies auch Tausenden von Dolmetschern nachhaltig die Arbeitsplätze sichern könnte... Eine solche Liberalität im Umgang der Sprachen könnte zwischen den Völkern in der Zukunft echten Frieden bringen, auch zwischen den Völkern des Balkans, auch in Korsika oder im Baskenland oder zwischen Türken und Kurden und entsprechend überall auf der Welt.

„Bildung als Ware“ hat keine Zukunft

**Kommerzielle Privatschulkette Phorms AG
steht vor dem Scheitern**

Wilhelm Neurohr

Mit dem mittelfristig geplanten Gang an die Börse wollte die Berliner „Phorms Management Aktiengesellschaft“ beweisen, dass man mit Schulen Geld verdienen und den „Privatschulmarkt“ durch „Konkurrenzdruck auf die anderen Privatschulen“ kommerziell erobern kann (siehe „Sozialimpulse“ Nr. 3/2008). Mit seinen großspurigen angekündigten Plänen, durch 40 Schulneugründungen innerhalb von 10 Jahren der führende Privatschulanbieter in Deutschland zu werden und auch staatliche Schulen mitsamt Lehrerausbildung zu übernehmen, ist

der selbsternannte „Marktführer auf dem Bildungsmarkt“ offensichtlich gescheitert.

Die 4 vorhandenen und 2 konkret geplanten Schulen in 6 Großstädten (mit insgesamt 500 Schülern und 60 Lehrern) kämpfen inzwischen ums Überleben, nachdem die Kölner Filiale der kommerziellen Privatschulkette vor dem Auslaufen steht und am Standort Hannover ein neuer Schulträger gefunden werden musste. Dabei war die Phorms AG siegessicher angetreten, „die Bildungslandschaft aufzumischen“ und die „Staatsschulen das Fürchten zu lehren“, indem sie beweisen wollte, dass mit anspruchsvollem bilinguaem Reformschulunterricht Rendite zu erzielen sei. Ab 120 Schüler trage sich eine Schule finanziell selbst, „denn was funktionieren soll, muss wirtschaftlich sein“, so verkündete zu Beginn der Initiator und Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Alexander Olek, der 2001 als Biotec-Gründer zum „Unternehmer des Jahres“ gewählt worden war. Stattdessen fürchten nun die aufgebrachten Eltern an den Phorms-Schulen um die Zukunft ihrer Kinder, nachdem sich die verheißungsvollen Versprechen des Schulkonzerns als Luftblasen erweisen. Die mit 24 Anteilseignern und 1 Mio. EUR Startkapital von privaten Investitionen gestartete Phorms AG vollzieht gerade eine Bruchlandung.

Das Geflecht an Tochtergesellschaften, die von der Phorms AG mit Schulden überladen wurden, und eine für Expansionen bis nach Afrika eigens gebildete GmbH führten zum Straucheln des Geschäftsmodells. Da entgegen den Kalkulationen der Berliner Phorms-Zentrale sich die Schulen doch nicht nach 4 bis 6 Jahren finanziell selber tragen konnten, mussten sie den anfangs von der Phorms AG erhaltenen Gründungskredit an die Muttergesellschaft zurückzahlen. Diese Rückforderung ist realistischerweise erst in 12 bis 15 Jahren zu erfüllen. Trotz staatlicher Zuschüsse in Millionenhöhe stand zuletzt allein die Kölner Schule mit 1,45 Mio. EUR Schulden bei der Phorms-Muttergesellschaft in der Kreide.

Die zu einem Großteil aus England und Amerika rekrutierten Lehrerinnen und Lehrer hatten zudem nicht die erforderlichen Qualifikationsnachweise. Die auf die gegründeten Grundschulen aufbauenden gymnasialen Einrichtungen waren nicht tragkräftig und erhielten keine Anerkennung von den Aufsichtsbehörden, so dass Investitionen in fünfstelliger Höhe in den Sand gesetzt waren. Mit der Schließung eines Gymnasiums nach 2 Wochen wurde ein verheerendes Signal an die zahlende Elternschaft gegeben und ein Desaster heraufbeschworen. Infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Bankenkrise hatte die Phorms AG Schwierigkeiten, Kredite für weitere Zuschüsse an die defizitären Schulen zu bekommen. Deshalb hatte man neue Aktien ausgegeben, um so an frisches Kapital zu kommen, unter anderem von der Firma Boehringer.

Doch das Misstrauen der aufgeschreckten Eltern führte zu zahlreichen Abmeldungen von Schülern innerhalb der in den Schulverträgen vorgesehenen Frist. Nunmehr sind vor allem die zahlungskräftigen Eltern in Sorge, dass ihr teuer bezahltes Schulgeld in Insolvenzverfahren bei Abwicklung der Schule verschwinden könnte. Die bereits zu anderen Schulen umgemeldeten Kinder müssen wegen der unterschiedlichen Methodik teilweise völlig neu anfangen. Inzwischen verhandelt die Phorms

AG auch in Köln im Verborgenen mit einem (nicht näher genannten) „etablierten und renommierten Schulbetreiber“ angeblich über eine Übernahme.

Es stellt sich vor dem Hintergrund dieser gescheiterten kommerziellen Privatschulidee die Frage, ob der Gewinn eines „profitablen“ Schulmodells überhaupt monetär zu bemessen ist oder ob der Erfolgsmaßstab für Bildung und Erziehung nicht ausschließlich am geistigen und sozialen Gewinn für die individuelle und gemeinschaftliche Entwicklung anzulegen ist. In diesem Sinne kann gesunder Praxis- und Ideenwettbewerb um das bessere Schulmodell förderlich sein. Denn Bildung ist eben keine Ware, sondern ein menschliches Gut - und damit in ganz anderer Weise ein Gewinn für die Menschen, auf den das herkömmliche Gewinndenken der Aktiengesellschaften kaum passen kann. Dies erkennen zu können, sollte auch Ziel von Bildung sein.

Ökonomische und politische Eliten haben Krise verursacht

Urteil im Attac-Bankentribunal: Politik hat öffentliche Interessen an private ausgeliefert

Am Sonntag, dem 11. April, wurde in der ausverkauften Berliner Volksbühne das Urteil im dreitägigen Bankentribunal von Attac Deutschland gesprochen. Das Gerichtsverfahren konnte mit prominenten AnklägerInnen und ZeuginInnen die maßgebliche direkte persönliche Mitverantwortung von ökonomischen und politischen Eliten an der Finanzkrise nachweisen. Obwohl es sich bei der Finanzkrise um eine systemische Krise handelt, hätte sie verhindert werden können.

Podiumsteilnehmer Christian Felber von Attac Österreich: „Das Tribunal hat das Totalversagen von Demokratie und Rechtsstaat bei der Aufarbeitung der politischen und ökonomischen Verantwortlichkeiten offenbart. Mit dieser intensiven öffentlichen Auseinandersetzung über die Ursachen und Konsequenzen der Finanzkrise setzt Attac Deutschland ein wichtiges demokratiepolitisches Zeichen. Das Urteil ist der Start für eine dauerhafte kritische und kompetente Einmischung der Zivilgesellschaft. Nicht nur in Deutschland ist eine Diskussion über einen Bankensektor, der dem Allgemeinwohl dient, dringender denn je.“

Die Richter des Tribunals, der Wirtschaftswissenschaftler Karl Georg Zinn, die Terres-des-Hommes-Geschäftsführerin Danuta Sacher, der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach, die Taz-Wirtschaftskorrespondentin Ulrike Herrmann sowie der bekannte Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert stellten in ihrem Urteilspruch fest: „Die Jury kommt zu der Überzeugung, dass die Finanzkrise nicht wie eine Naturgewalt über die deutsche Wirtschaft hereingebrochen ist. Es gibt klare Verantwortliche. Dazu gehört die Politik, hier vertreten durch Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Durch ihre Arbeitsmarkt-, Sozial- und Finanzpolitik haben sie dazu beigetragen, dass sich die Finanzmärkte von der Realwirtschaft ablösen konnten und hochriskante Spekulationsgeschäfte möglich wurden. Sie haben

wiederholt die öffentlichen Interessen an private ausgeliefert. Sie haben die Demokratie untergraben. Sie haben die Gläubiger geschont und nicht für die Kosten der Bankenrettung herangezogen. Sie haben die Milliardensummen den öffentlichen Haushalten aufgebürdet. Sie setzen sich nicht entschieden für die überfällige Regulierung der Finanzmärkte ein. Sie lassen es ferner geschehen, dass Milliarden von Menschen im globalen Süden noch tiefer in Armut gestützt werden.“ Die Jury widersprach den Banken, hier vertreten durch Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann, sie seien „nur ‚Getriebene der Märkte‘. Vielmehr haben sie durch ihr bedenkenloses Gewinnstreben den Grundsatz grob verletzt, dass ‚Eigentum verpflichtet‘ und auch dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen hat.“

In ihrer Urteilsbegründung monierten die Richter insbesondere, dass die Profiteure der Staatshilfen nicht angemessen an den Rettungsaktionen beteiligt wurden und die Gläubiger der Banken bisher gar keinen Beitrag leisten mussten. Die deutsche Bundesregierung trage eine Mitschuld daran, dass die internationale Finanzmarktregulierung nur schleppend in Gang kommt.

„Die Aufgabe der Bundesregierung wäre es gewesen, kleinere Banken zu schaffen, statt gigantische Zusammenschlüsse zu organisieren“, stellten die Richter fest. Als gänzlich unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen bezeichnete die Jury, dass selbst von Regierungsseite manche Finanzakteure als „too big to fail“ angesehen werden. Dies konstatierte einen unerträglichen Zustand staatlicher Ohnmacht, der mit dem Demokratieprinzip unvereinbar sei. „Daraus folgt der zwingende Beweis für die Notwendigkeit der Zerschlagung solcher Institute“, heißt es in der Urteilsbegründung. Als Ankläger, Verteidiger und Zeugen hatte Attac kompetente und prominente Persönlichkeiten gewonnen, darunter den ehemaligen Vorsitzenden der IG Medien, Detlef Hensche; den ehemaligen Chefredakteur von Spiegel und Managermagazin Wolfgang Kaden; den langjährigen Leiter des Wirtschaftsressorts der Frankfurter Rundschau, Robert von Heusinger; Heidi Klein von Lobbycontrol; die kenianische Menschenrechtsaktivistin Wangui Mbatia; den Leiter des Institutes für Sozialökologische Wirtschaftsforschung Conrad Schuhler; den Tagesspiegel-Journalisten Harald Schumann; die Attac-Mitgründer Peter Wahl und Sven Giegold sowie die Politikwissenschaftler Elmar Altvater und Peter Grottian.

Zu den - nicht erschienenen - Angeklagten des Tribunals gehörten die aktuelle Bundesregierung und ihre zwei Vorgängerinnen, vertreten durch Gerhard Schröder, Angela Merkel und Peer Steinbrück; die Deutsche Bank und der Bundesverband deutscher Banken, beide vertreten durch Josef Ackermann; sowie Hans Tietmeyer, ehemaliger Aufsichtsrat von Depfa und HRE, Chef-Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und früherer Bundesbankpräsident. Ihnen warf die Anklage „Aushöhlung der Demokratie und Vorbereitung der Krise“, „Zerstörung der ökonomischen Lebensgrundlagen in Nord und Süd“ sowie „Verschärfung der Krise“ vor. Quelle: www.attac.at/8747.html. Verantw.: David Walch, presse@attac.at. Weitere Informationen: www.attac.de/aktuell/krisen/bankentribunal/startseite Das Urteil im Wortlaut: <http://www.attac.de/aktuell/krisen/bankentribunal/urteil/>

Gerechte Löhne und Preise im Bio-Handel?

Eine notwendige Debatte

Wilhelm Neurohr

Alnatura, Deutschlands größte und weiter expandierende Bio-Supermarktkette mit 53 Filialen und einer Umsatzsteigerung von 18% auf 361 Mio. EUR, kam Anfang April in die negativen Schlagzeilen: Trotz erheblicher Gewinne werden die 1300 Beschäftigten bei Alnatura um ein Drittel unterhalb der Tariflöhne im konventionellen Einzelhandel bezahlt. Die „taz“ hatte unter der reißerischen Schlagzeile: „Ein Ökokapitalist saht ab“ recherchiert, dass die niedrigsten Stundenlöhne bei Alnatura bei nur 7,50 EUR im Niedriglohnbereich liegen. Eine auch an der Kasse eingesetzte Fachverkäuferin mit Berufserfahrung erhält nicht einmal 9,73 EUR pro Stunde, somit 33% weniger als der Tariflohn mit 12,98 EUR vorsieht. Selbst unter Anrechnung der Extraleistungen wie Gewinnbeteiligung sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld geht die Alnatura-Kassiererin mit fast 20% weniger Geld nach Hause als eine tariflich bezahlte Kollegin. Auszubildende und Schichtleiterinnen erhalten bei Alnatura hingegen etwas mehr, als der Tarifvertrag vorsieht, so die taz-Recherche.

Damit verschaffe sich der Unternehmer Götz Rehn - anthroposophisch orientierter Gründer, Geschäftsführer und alleiniger Eigentümer und Gesellschafter von Alnatura (übrigens Schwager von Götz Werner, Inhaber der marktführenden dm-Drogeriemarktkette und Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens) - erhebliche Marktvorteile in der Biolebensmittelbranche, zu Lasten vor allem kleiner unabhängiger Bio-Läden, die ihr Geschäft aufgeben mussten. Mit dieser Form der Konkurrenzwirtschaft würde Alnatura mit ihrem „an Mensch und Natur ausgerichteten“ Werbespruch „zum fairen Umgang mit unseren Partnern in Produktion und Handel“ unglaubwürdig, so lauteten die Vorwürfe in der Presse und seitens der Gewerkschaft.

Auf die Rückfrage der taz-Journalisten hatte Götz Rehn das von Tarifverträgen unabhängige eigene Gehaltsgefüge bei Alnatura ins Feld geführt, das sehr stark am Leistungsbezug orientiert sei. Die Gehaltsstaffelungen im Einzelnen konnte er nicht benennen, wohl aber das Prinzip, wonach jüngere Mitarbeiter bei Alnatura schneller aufsteigen und höher entlohnt würden als nach den tariflichen Regelungen. Götz Rehn argumentierte, dass höhere Lohnzahlungen bei den aktuellen Biolebensmittel-Marktpreisen nicht möglich seien, wie etwa bei den aus Idealismus arbeitenden kleinen Ökoläden. Die Kunden ließen keine höheren Preise und damit auch keine höheren Löhne zu. Doch die Gewerkschaft ver.di argumentierte, dass sich die Biobranche längst wie konventionelle Unternehmen in großen Ketten organisiere und dass Alnatura weder klein noch unprofitabel sei, sondern das erfolgreichste Biohandelsunternehmen in Deutschland - auch wenn der Marktanteil der Biolebensmittel insgesamt in Deutschland bei nur 3,2% liegt und der Ausweitung bedarf.

Götz Rehn hielt dem entgegen, dass es Alnatura nicht um Profitmaximierung gehe, sondern um sinnvolle idealistische

Ziele, und deshalb die Erlöse im Unternehmen bleiben würden. Er betonte im Einklang mit den Betroffenen zudem das gute Betriebsklima bei Alnatura sowie kostenlose betriebliche Seminarprogramme und Kulturangebote (betrieblicher Chor, Theatergruppe, Yoga-Kurse u. a. m.). Dies sei auch ein Ausgleich für das niedrigere Lohnniveau. Die taz hält das ohne Betriebsrat tätige und nicht tarifgebundene Unternehmen hingegen für patriarchalisch geführt, während Götz Rehn die flachen Hierarchien des Unternehmens unterstreicht. Die Mitarbeiter bedürften wegen der guten Arbeitsbedingungen in diesem Unternehmen mit 1300 Beschäftigten nicht des Schutzes durch Gewerkschaften, Betriebsräte oder Tarifverträge. Die stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende hielt dem entgegen, dass auch bei guten sozialen Bedingungen die Beschäftigten von ihrem Einkommen die laufenden Kosten zum Lebensunterhalt decken können müssen.

Wenige Tage nach den kritischen Presseveröffentlichungen über „Lohndumping“ hatte Alnatura dann mit der Ankündigung reagiert, demnächst allen Beschäftigten mindestens Tarifgehalt zu zahlen, alle Arbeitsverträge daraufhin zu überprüfen und Korrekturen vorzunehmen. Die Gewerkschaft ver.di erwartete darüber hinaus, dass es für ein derart marktführendes Unternehmen mit seiner Supermarktkette, das selber recht hohe Maßstäbe an einen fairen Umgang miteinander anlegt, eine Selbstverständlichkeit sein sollte, nun auch noch wegen der Tariftreue dem Arbeitgeberverband beizutreten. Demgegenüber erklärten die Öko-Konkurrenten von Alnatura, so z. B. Bio Company und Basic, weiterhin ihre Beschäftigten unter Tarif zu bezahlen, da sie im Gegensatz zu Alnatura immer noch nicht in den schwarzen Zahlen seien, sondern Verluste verzeichnen, zumal sie an den Fleisch- und Käsetheken personintensiver seien als konventionelle Läden. Mittelfristig fühlten aber auch sie sich unternehmerisch verpflichtet, zu Tariflöhnen zu gelangen; das sei ihr Ziel.

Diese öffentliche Debatte über die Fragen fairer Löhne und Preise hat den untrennbaren wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Naturgrundlagen, Produktionskosten, Löhnen und Preisen einmal mehr verdeutlicht und ist es wert, vertieft zu werden. Es stellt sich u.a. die Frage, wie man bei der Einkommensverteilung in einem Unternehmen zu einem gerechten Teilungsverhältnis gelangt, inwieweit das Leistungsprinzip dabei zum Zuge kommt, und wie in Abkehr von dem Gedanken der bezahlten Erwerbsarbeit hier die Frage nach dem Grundeinkommen hereinragt, von dem der Lebensunterhalt bestritten werden kann. In Bezug auf die wachstumsorientierte Biobranche mit ihrer notwendigen, verbraucher- und nachfrageorientierten Ausweitung und ihrem Qualitätswettbewerb erweist sich die schwierige Gratwanderung bei dem Anliegen, einerseits fair zu handeln, in assoziativer Weise, unter Vermeidung aggressiver Konkurrenzwirtschaft (d.h. ohne Anwendung von Preis- und Lohndumping gegenüber den Konkurrenten), andererseits der höheren Lebensmittelqualität zum Durchbruch zu verhelfen und auch den darum bemühten Landwirten ihre Existenz angemessen zu sichern. Vieles gilt in ähnlicher Weise auch für den Warenhandel. Auch dm gehört zu den großen marktbeherrschenden Drogeriemarktketten, denen die vielen kleinen Drogerien mit ihren eigenen Qualitätsansprüchen reihenweise zum Opfer gefallen sind. Ohne wirklich assoziatives Wirtschaften ist und

bleibt die Ausbreitung großer Handelsketten offensichtlich problematisch.

Und vor dem Hintergrund eigenständiger Unternehmenskulturen im sozialen Einvernehmen der Betriebsgemeinschaft mit individuellen Vereinbarungen stellt sich die Frage, welche Rolle dabei kollektive Regelungen und Absicherungen oder Interessenvertretungen betriebs- und branchenübergreifend (oder mit staatlichen Vorgaben für eine soziale Gehalts- und Einkommensordnung) spielen sollen und können, ohne in das überkommene Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Verhältnis abzurutschen. Viele aus dem Blickwinkel der sozialen Dreigliederung interessante Fragen lassen sich an diesem aktuellen Konfliktfall auch öffentlich thematisieren, wobei nicht jede Marktstrategie gut zu heißen ist, die zwar ihren Ausgangspunkt im Ansatz eines hohen Ideals hatte, aber auf dem weiteren Weg in Problembereiche gelangt, die zu einer Abkehr von den eigenen Idealen und Ansprüchen führen. Dabei sind die Wege und Abwege immer wieder kritisch zu hinterfragen in Bezug auf ihren Korrekturbedarf, - und die Folgen und Wirkungen sollten selbstkritisch beobachtet und die Erfolge oder Fehlentwicklungen anhand klarer Maßstäbe und Erfolgskriterien evaluiert werden. Dies geht nicht ohne Einbeziehung aller Beteiligten und Betroffenen, aber auch nicht ohne das Bedenken von Außenwirkungen und Folgen für Dritte sowie für das wirtschaftliche Ganze. Das Marktverhalten und die Mitarbeiterbehandlung in einem auf Fairness und Vorbild angelegten Unternehmen sind ganz entscheidende und sensibel zu behandelnde Kernpunkte. Es ist Verdienst der Journalisten, mit ihrem kritischen Pressebericht ein intensiveres Nachdenken darüber angestoßen zu haben - und im Endeffekt auch ein auskömmliches Einkommen für die bei Alhatura Tätigen erwirkt zu haben.

Der Wandel lässt noch auf sich warten

**Philippinen nach der Wahl:
Nicanor Perlas an achter Stelle**

Ein Bericht von NNA-Korrespondent
Walter Siegfried Hahn

Am 10. Mai, einem Montag, wurde auf den Philippinen gewählt. Über 50 Millionen Wahlberechtigte stimmten über insgesamt 18.000 verschiedene Ämter und Posten ab, vom Präsidenten über Senats- und Kongressabgeordnete bis zu Gouverneuren und Bürgermeister. Aus zivilgesellschaftlicher und anthroposophischer Sicht war dabei von Interesse, dass sich Nicanor Perlas um das Amt des Präsidenten bewarb. Er hatte im Falle seiner Wahl eine „Neue Politik“ versprochen sowie eine Stärkung des Dritten Sektors etwa durch die Einrichtung eines Ministeriums für Nichtregierungsorganisationen.

Nicanor Perlas ist durch sein Eintreten für die Dreigliederung des Sozialen Organismus weltbekannt und mit zahlreichen Preisen bedacht worden. „Wir haben keine echte Demokratie, wenn wir die Bürger nicht

ermächtigen, an der Gestaltung unseres Landes mitzuwirken“, sagt er. „Das traditionelle Denken in Exekutive, Legislative und Judikative reicht nicht mehr. Das neue Gleichgewicht der Macht muss bestehen aus der Zivilgesellschaft als kultureller Macht, dem Staat als politischer Macht und der Wirtschaft als ökonomischer Macht.“ Solche von Rudolf Steiner angeregten Ideen zu einer wesensgemäßen Gestaltung des Zusammenlebens hatte er unter Präsident Ramos auch in die Philippinische Agenda 21 eingebaut. 1996 wurde diese von den Vereinten Nationen als Strategie für die Erreichung der Millenniums-Ziele angenommen.

Während bei bisherigen Wahlen auf den Philippinen manuell gezählt wurde und man deshalb gewohnt war, wochenlang auf Ergebnisse zu warten, wurden jetzt zum ersten Mal Wahlautomaten eingesetzt. Noch Tage vor der Wahl gab es viele Probleme mit der Technik. Perlas versuchte deshalb, eine Verschiebung der Wahlen durch höchstrichterlichen Beschluss zu erreichen - den negativen Bescheid kommentierte er mit den Worten: „Dann steuern wir auf eine Katastrophe zu.“ Umso verwunderter waren alle, als noch am Wahlabend erste Auszählungen der Wahlautomaten vorlagen, die einen stabilen Vorsprung des Favoriten in der Präsidentenwahl, Noynoy Aquino, zeigten.

Perlas selbst lag mit ca. 0,13% der Stimmen abgeschlagen an achter Stelle der Bewerber und das änderte sich auch später nicht - ganze 50.000 Stimmen wurden schließlich offiziell für ihn gezählt. Gewählt wurde mit 40% der Stimmen - einfache Mehrheit genügt nach philippinischem Wahlrecht - der Favorit Noynoy Aquino, Sohn des Märtyrers Benigno Aquino, der bei der Rückkehr in sein Heimatland 1986 von Handlangern der Marcos-Diktatur erschossen wurde. Diese Tat löste damals die Revolution aus, welche binnen wenigen Tagen Corazón Aquino, die Ehefrau Benignos und Mutter Noynoys, auf den Präsidentenstuhl hievte und Marcos und Familie ins amerikanische Exil trieb. Noynoy hatte seine Kandidatur im September verkündet, kurz nachdem seine legendäre Mutter verstorben war.

Zu den Besonderheiten der jetzigen Wahl gehört auch die Tatsache, dass mehrere Mitglieder der Marcos-Familie mit riesiger Zustimmung der Bevölkerung in ihrer Heimatregion Ilocos Norte wieder in politische Ämter kommen. So wurde Imelda Marcos, Witwe des Diktators, für deren Tausende Paare Schuhe es in Manila ein eigenes Museum gibt, genauso wie eine ihrer Töchter in den Kongress gewählt, ihr einziger Sohn wird Gouverneur.

Doch die Familien Aquino und Marcos sind nicht die einzigen Clans und politischen Dynastien, die auch bei dieser Wahl ihre Vormachtstellung in der philippinischen Politik behielten. War das bei früheren Wahlen leicht auf die wochenlang dauernden Auszählungen von Stimmen zurückgeführt worden, bei denen Manipulationen möglich waren, scheint dieses Argument bei der automatisierten Wahl nicht zu zählen. Nicht so für Nicanor Perlas, der selbst aus einer reichen Familie stammt. Er gibt verschiedene Gründe an, warum er die Wahl Aquinos bis jetzt nicht anerkennt, was ansonsten außer Joseph Estrada alle weiteren Kandidaten getan haben, und zwar unter dem Hinweis, man wolle jetzt

zusammen mit dem neuen Präsidenten am Wohl des Landes arbeiten.

Auch Kritiker wie der Politologe Bobby Tuazon vom Zentrum für Volksdemokratie CENPEG glaubt nicht, dass Automaten einen Wahlbetrug verhindern können. „Zuerst muss man die Macht der politischen Dynastien begrenzen“, sagt er. Unterstützer von Perlas hatten in Wahlbüros eigene Beobachtungen angestellt, die zusammen mit anderen Nachrichten ein fragwürdiges Bild ergeben. So rechnet Perlas akribisch vor, warum Aquino für ihn noch nicht gewählt ist. Er weist darauf hin, dass fünf Millionen Wahlberechtigte gar nicht wählen konnten, weil die Schlangen vor den Wahlbüros so lang waren und die Wahlautomaten zu langsam. Er fragt sich, warum nun von 75% Wahlbeteiligung die Rede ist, wo zunächst 85% genannt wurden - 5 Millionen hier, 10% da, das könnte Estrada durchaus zur Präsidentschaft verhelfen - was eine pikante Sache wäre, denn Perlas trug 2001 im Leitungsteam von Kompil II, einem Bund zivilgesellschaftlicher Organisationen, maßgeblich dazu bei, dass der ehemalige Schauspieler Estrada wegen Betrug am Volk des Amtes enthoben wurde. Er wurde damals von der noch amtierenden Präsidentin Arroyo ersetzt, die sich in vielen Augen als schlimmer als Marcos und Estrada zusammen erwies und für deren Absetzung sich Perlas wie viele andere seit 2005 einsetzte - Arroyo wurde übrigens in ihrem Wahlkreis Pampanga bei der jetzigen Wahl mit einem Stimmenanteil von über 80% in den Senat gewählt.

Dynastien hin, Wahlbetrug her, den neuen Präsidenten erwartet eine Herkules-Aufgabe. Etwa ein Drittel der Bewohner der Philippinen lebt unter der Armutsgrenze, die entsprechenden Familien leben von umgerechnet weniger als 100 Euro. Ein großes Problem ist der Konflikt mit der islamischen Befreiungsfront auf der zweitgrößten Insel Mindanao, der in den vergangenen 40 Jahren über 100.000 Menschenleben forderte. Und Korruption in fast allen Lebensbereichen macht das Leben schwer und verlangsamt viele Prozesse. Diese Fragen hatte Perlas in seinem Wahlkampf besonders angesprochen und versucht, mit einer integren Haltung etwas Neues in die philippinische Politik zu bringen, und sei es zunächst nur mit einer kleinen Zahl von Menschen. Sein Lieblingszitat ist nämlich der bekannte Ausspruch von Margaret Mead: „Zweifle nie daran, dass eine kleine Zahl entschlossener Menschen die Welt verändern können.“

Pam Fernandez, Professorin für Landwirtschaft an der Universität Los Banos und im Wahlkampf für Perlas engagiert, resümiert im Internet mit folgenden Aussagen zur Wahl: „Stimmen haben wir nicht viele bekommen. Aber wir haben unseren Willen bekundet und aus unseren höchsten Idealen und tiefsten Quellen gehandelt. Ein starkes ‚Feld‘ ist entstanden. Die Wahl war nur ein Mittel. Erinnern wir uns, dass der kulturelle Bereich viel stärker werden wird als der politische. Die Zukunft liegt in unseren Händen und Neue Politik bedeutet etwas jenseits von Kampagnen und Wahlen. Ich bin auch gespannt auf Nicks nächste Vorhaben - und unsere. Maharlika, das heißt ‚wertvolle Schöpfung‘: Du bist dabei, geboren zu werden und wir, die sichtbaren und unsichtbaren Bewohner der Erde, sind hier um diese Geburt zu bezeugen.“ (Quelle: News Network Anthroposophy Limited (NNA), <http://www.nna-news.org/news/de/>).

Begegnungsreise Philippinen

Mikrokredit-Initiative des Alternativen
Nobelpreisträgers Nicanor Perlas

Irmgard Wutte

Ein Ziel unserer Begegnungsreise auf die Philippinen Ostern 2010 war der Besuch verschiedener Projekte des Umweltaktivisten, alternativen Nobelpreisträgers und Präsidentschaftskandidaten auf den Philippinen 2010, Nicanor Perlas. Wir besuchten die Lifebank Foundation, eine Mikrokredit Initiative nach dem Vorbild der Grameen Bank des Friedensnobelpreisträgers Muhammad Yunus, und die Gamot Cogon Waldorfschule und Ausbildungszentrum. Die Begegnungsreise unserer neunköpfigen Gruppe führte uns nach Iloilo auf der Insel Panay in Zentral-Philippinen, nachdem wir vorher auf der Insel Luzon die Hauptstadt Manila, den Vulkan Mount Pinatubo und das Sozialprojekt PREDA in Olongapo in der Subic Bay erkundet hatten und drei Tage Urlaub auf der bezaubernden Insel Palawan gemacht hatten.

Nicanor Perlas kommt aus einer Familie mit 11 Kindern und hat in den USA Landwirtschaft studiert, bevor er seit den 80er Jahren in seinem Heimatland aktiv wurde. Er war beteiligt am Sturz der Herrscherfamilie Marcos, kämpfte erfolgreich gegen den umstrittenen Atomreaktor Baataan, engagierte sich in der Kampagne gegen den Missbrauch von Pestiziden und gründete das Zentrum für alternative Entwicklungsinitiativen (CADI) und die Vereinigung für nachhaltige Landwirtschaft. Nicanor Perlas wurde Mitglied des Beratungskomitees der Regierung unter Corazon Aquino, gewann den Global 500 Award für die Schulung von 100.000 Bauern in natürlichen Methoden zur Schädlingsbekämpfung und wurde zur Leitfigur der philippinischen Umweltbewegung. Teil seiner Agenda 21 auf den Philippinen als Gegengewicht zur Handelsliberalisierung ist die Mikrokredit Initiative Lifebank Foundation. Perlas konzentriert sich auf die Stärkung der Zivilgesellschaft durch Bildung und Vernetzung von Nichtregierungsorganisationen. Die wichtigste Aufgabe für die Zukunft der Philippinen sieht er darin, der Globalisierung mit einem eigenen Wertesystem zu begegnen. Zentral ist der Gedanke, bewusst die eigene Verantwortung in der Gesellschaft zu ergreifen, denn, so Nicanor Perlas, „das Herz der Revolution ist die Revolution des Herzens“.

Wegen seines Wahlkampfes wenige Wochen vor der Wahl konnte uns Nicanor Perlas nicht persönlich begrüßen. Es war uns aber eine große Ehre von seinen beiden Brüdern Vincent und Manuel Perlas - einer ist Präsident der Lifebank, der andere Präsident der Lifebank Foundation - empfangen und in die Idee und Geschichte der Initiative eingeführt zu werden. Bei den Mikrokrediten, die anfangs über die Lifebank, seit 2003 über die Lifebank Stiftung vergeben werden, geht es um effektive Armutsbekämpfung als Stärkung und Gesundung der Gesellschaft, denn laut Statistik gehören seit den 20 Jahren Diktatur unter Marcos 40% der Bevölkerung zu den Ärmsten der Welt, - und das obwohl die Philippinen früher, seit der Unabhängigkeit 1946, die nach Japan zweitstärkste Wirtschaftsmacht Asiens waren.

Nicanor Perlas und seine Brüder erfreuen sich großer Erfolge: die Zahl der Kreditnehmerinnen ist auf 260.000 angewachsen und 99,6% zahlen ihre Kredite in Höhe von 50 bis 200 Euro in wöchentlichen Raten innerhalb eines halben Jahres zurück, um sich sogleich den nächsten Mikrokredit zu nehmen. Die Kredite werden nur an Frauen ausbezahlt, die sich in Gruppen von 20 bis 30 Mitgliedern zusammenschließen und von Bankangestellten in 260 Filialen, über die ganzen Philippinen verteilt, betreut werden. Die Gruppen treffen sich wöchentlich, sammeln die Raten ein und übergeben das Geld den Lifebank-Mitarbeitern, die die Gelder noch am selben Tag wieder als neue Mikrokredite vergeben. Ein unbürokratisches und sehr effektives System.

Am nächsten Morgen unserer Reise werden wir von den beiden Projektleitern der Bank Bon und Ane abgeholt und zu der nächstliegenden Filiale gefahren. Von dort aus geht es jeweils zu dritt mit einheimischer Begleitung in sogenannten Tricycles, lokale Moped-Taxis mit seitlich angebaute Kabine, die bequem 3 Personen, aber üblicherweise bis zu 10 Personen und mehr transportieren, zu den Versammlungsorten der Frauengruppen. Dieses Gefährt ist eine neue Erfahrung auf unserer Begegnungsreise auf die Philippinen. Etwa 20 Minuten geht es knatternd und ratternd durch die Straßen an kleinen Lädchen vorbei zu dem Häuschen der Gruppenvorsitzenden. Etwa 15 der Mitglieder sind versammelt und haben bereits ihre Mikrokredit-Ratenzahlung abgegeben. Die Schatzmeisterin ist nun damit beschäftigt, die genaue Buchführung für die Bankfiliale, für die Gruppe und für jede einzelne Frau in ihr persönliches Sparbuch einzutragen. Stolz wird uns so ein Sparbuch mit persönlichem Foto und Daten gezeigt. Dabei erfahre ich, dass sich die Gruppe „Sexbomb“ nennt - schallendes Gelächter! Die Damen haben Humor. Und nicht nur das, sie haben auch ein gesundes Selbstvertrauen und ein beachtliches Stehvermögen.

Mit Schirmen gegen die Sonne bewaffnet, lassen uns 300 Meter weiter den SariSari-Laden, auf Deutsch ein Tante Emma Laden, eines langjährigen Mitglieds zeigen. Sie hat bereits mehrmals einen Mikrokredit erhalten und zurückbezahlt und auch mehrere erfolgreiche Mini-Unternehmen gegründet. Im Hinterhof sehen wir eine kleine Schweinezucht und auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein kleines Straßenlokal: ein Tisch mit mehreren vollen Töpfen, Tellern und Besteck darauf und ein paar kleine Tischchen mit Stühlen unter einer Art Zeltplane. Der Koch zeigt stolz seine Gerichte.

Wir bedanken uns und fahren im Tricycle zu einer weiteren Gruppe. Wieder ist es eine fröhliche Zusammenkunft von starken Frauen, die ihre Erfolge sichtlich genießen. Diesmal gehört der Gruppenvorsteherin und Schatzmeisterin ein Familienbetrieb, der seit Generationen die alleinige Genehmigung hat, Zündschnüre für Feuerwerksraketen herzustellen. Ihr Sortiment umfasst 20 verschiedene Raketen und zu den großen jährlichen Anlässen kauft man aus den ganzen Zentral-Philippinen hier ein. Kaum zu glauben, denn alles spielt sich im Freien auf einem kleinen überdachten Innenhof und im Gärtchen ab. Man sieht einen Mitarbeiter in einem großen Mörser das Pulver mischen und stampfen. Auch diese Frau investiert ihren Mikrokredit in weitere

Unternehmen wie z.B. eine Orchideenzucht für Blumenarrangements und Bouquets. Vor der Rückfahrt werden wir noch aufgefordert, im Nachbarhaus den Webstuhl eines anderen Gruppenmitglieds zu bewundern. Unser unerwartetes Kommen scheucht einen - ihren? - schlummernden Mann aus der Hängematte neben dem Webstuhl. 8 Stunden, sagt sie, sitzt sie täglich hier und lässt das Schiffchen sausen.

Es ist tief beeindruckend, die freudigen und stolzen Persönlichkeiten in dieser so einfachen Umgebung zu erleben. Zu erleben, wie sie ihr erfolgreiches Unternehmertum stärkt. Wir durften kurz hineinschauen in diese revolutionäre Bewegung der Mikrokredite, die in Bangladesh vor etwa 40 Jahren begann und inzwischen Millionen der ärmsten Menschen aus dem Status der Ohnmacht zu einer selbst erarbeiteten Existenz verholfen hat. Die von Nicanor Perlas mit aufgebaute Mikrokredit-Initiative Lifebank ist ein leuchtendes Beispiel für die Initiativkraft, die in jedem Menschen veranlagt ist und ein absoluter Höhepunkt unserer Philippinen-Reise. Ein köstliches Mahl rundet diesen Vormittag ab.

Irmgard Wutte, Nyendo Reisen, Neugartenstrasse 62, 83209 Prien, Tel. 08051 9615737, Irmgard.Wutte@web.de, www.nyendo-reisen.de, www.irmgard-wutte.de.

Dokumentation: Solidaritätserklärung europäischer Attac-Gruppen mit der griechischen Bevölkerung

Mehrere europäische Attac-Gruppen begrüßen und unterstützen den gerechtfertigten Widerstand der Bevölkerung Griechenlands und anderer südeuropäischer Länder dagegen, für eine vom Kapitalismus verursachte Krise zu bezahlen. Wir weisen die falschen Beschlüsse der EU-Regierungen in der Euro-Krise zurück.

In Griechenland und anderen europäischen Ländern versuchen die Regierungen, die Mehrheit der Menschen für die gegenwärtige Krise zahlen zu lassen. Die EU-Kommission, die EU-Mitgliedsländer und der Internationale Währungsfond (IWF) nutzen die Krise, um strenge Sparmaßnahmen durchzusetzen, darunter tiefe Einschnitte in die Gehälter der öffentlich Beschäftigten, die Kürzung oder das Einfrieren von Renten, das Aussetzen öffentlicher Tarifverhandlungen, drastische Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben und so weiter.

Die Strategie der Regierungen ist es, auf diesem Wege zu zerstören, was vom europäischen Sozialmodell noch übrig geblieben ist. Die soziale Ungleichheit hat innerhalb Europas zugenommen, auch schon vor den Sparplänen. Griechenland und Portugal haben das größte Maß an sozialer Ungleichheit in der Eurozone. Das von den Mitgliedsstaaten am 11. Mai angenommene „Euro-Rettungspaket“ behandelt in keiner Weise die Wurzeln der Euro-Krise. Es schiebt Probleme nur, statt sie zu lösen.

Ein ungerechtes und unwirksames Sparprogramm für Griechenland

Finanzakteure, die zuvor mit dem Geld der Steuerzahler gerettet wurden und ein bisher nicht gesehenes öffentliches Defizit verursacht haben, attackieren Staaten, indem sie gegen den Euro spekulieren. Jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen, erwarten sie, dass der Preis für ihre Rücksichtslosigkeit von den Bürgern durch tiefe Einschnitte in die Sozialausgaben aufgebracht wird. Die Situation in Griechenland beweist einmal mehr die Dringlichkeit, die Finanzmärkte radikal zu regulieren.

Bereits vor der Finanzkrise hatten Steuersenkungen und andere Maßnahmen zu Gunsten von Unternehmen und privilegierten Wirtschaftssektoren das öffentliche Defizit verschlimmert. Zudem hat der offensichtliche Fehler der Euro-Zone, eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuführen, zu großen Ungleichgewichten in den Handelsbilanzen der europäischen Länder geführt. Die Exportstrategien Deutschlands und anderer Länder mit Handelsbilanzüberschüssen basieren auf Lohn- und Steuerdumping.

Die jetzt von der EU eingeforderten radikalen Sparmaßnahmen dienen allein den Interessen der Reichen und der Finanzakteure. Die überwältigende Mehrheit der Griechen ist nicht privilegiert; ihre Löhne und sozialen Rechte liegen weit unter dem europäischen Durchschnitt. Griechenland braucht nicht niedrigere, sondern höhere Löhne; nicht weniger, sondern ein höheres Maß an öffentlicher Sozialpolitik.

EU-Regierungen wollen überall eine strengen Sparskurs durchsetzen. In Portugal und Spanien haben sie bereits damit begonnen. Diese Politik kann nur zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten und der gegenwärtigen Krise beitragen, während sie die ökonomische Lage in Griechenland und dem Rest der EU verschlimmert.

Der „Euro-Stabilisierungspakt“ wird die Situation verschlimmern

Die Europäische Kommission wird auf den Finanzmärkten Kredite aufnehmen müssen, um Griechenland und anderen betroffenen Ländern Geld leihen zu können. Ein 60 Milliarden Euro schwerer „Stabilisierungsfonds“ wird daher zunächst von Banken und Hedgefonds erhoben. Zusätzliche 440 Milliarden Euro könnten von den Regierungen der Euro-Zone garantiert werden.

Dieses Programm löst keines der grundlegenden und dem Euro seit 15 Jahren innewohnenden Probleme, die nun durch die Finanzkrise verschärft werden. Es sorgt nicht für einen koordinierten Abbau von Handelsungleichgewichten, insbesondere des deutschen Überschusses. Es bietet weder eine Grundlage für ein harmonisiertes europäisches Steuersystem, noch für einen gemeinsamen Haushalt, der das einzige zuverlässige Werkzeug für Solidarität wäre. Es soll eine Schuldenkrise durch die Aufnahme neuer Schulden lösen und bewahrt so die Abhängigkeit der Regierungen von den Finanzakteuren, den einzig echten Gewinnern

der neuen europäischen Darlehen. Das Programm wird Europa voraussichtlich in eine bisher nicht gekannte Deflation und Stagnation stürzen.

Europäische Regierungen stellen die Spekulationskrise weiterhin als „Naturkatastrophe“ dar, aus der nur ein Opfer von hunderten Milliarden Euro herausführen kann - eingetrieben durch Kürzungen der Sozialausgaben und öffentlichen Dienstleistungen. Aber Spekulanten sind Menschen, keine überraschend ausbrechenden Vulkane. Die von ihnen verursachten Desaster geschehen, weil wir es ihnen gestatten. Dennoch sträuben sich die europäischen Regierungen, auf EU-Ebene Entscheidungen zu treffen, die solche Desaster ein für alle Mal verhindern.

Wir fordern:

1. Die Einführung eines echten Solidarplans für Griechenland, der einen Ausweg aus der Krise ermöglicht, ohne soziale Errungenschaften zu zerstören und soziale Ungleichheiten zu verschärfen. Der Plan soll finanziert werden durch eine Besteuerung von Kapitaleinkommen und derjenigen, die von der Krise profitieren.

2. Die Möglichkeit für Länder der Euro-Zone, sich bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu denselben Bedingungen wie Privatbanken Geld zu leihen, sowie eine demokratische und politische Kontrolle der EZB, um eine progressivere Währungspolitik der Eurozone zu ermöglichen.

3. Eine umfassende Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer, ein Verbot von Credit Default Swaps (CDS), die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung in Griechenland und überall, die Schließung aller Steueroasen in Europa sowie die Vergesellschaftung von Banken, die als zu groß zum Scheitern („too big to fail“) eingestuft werden.

4. Die koordinierte Reduktion von externen Handelsungleichgewichten und eine abgestimmte Lohnpolitik inklusive Mechanismen zur Einführung von Mindestlöhnen, um Sozialdumping zu vermeiden.

5. Die Einführung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Euro-Zone und der EU, einschließlich der Einführung eines gemeinsamen europäischen Haushalts, sowie eine Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik, um so die Euro-Zone zu einem Raum der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität umzuwandeln.

6. Keine Intervention des IWF in europäische Angelegenheiten und Ablehnung der Sparmaßnahmen, die er seinen Schuldnerstaaten auferlegt.

Wir appellieren an die Zivilgesellschaft Europas, Druck auf die Regierungen auszuüben, um diese Vorschläge voranzutreiben. Gemeinsam müssen wir alle nationalen oder rassistischen Ansätze ebenso wie nationalen Egoismus zurückweisen. Wir müssen gemeinsam Lösungen voranbringen, die das Problem an der Wurzel packen und die Gewinner des Systems, die diese Krise verursacht haben, zahlen lassen.

Europäisch aufbegehren!

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) - Feigenblatt oder echte Mitbestimmung?

„Die Europäische Bürgerinitiative: Feigenblatt oder echte Mitbestimmung?“ Dies war das Thema einer Konferenz, die am 10. Mai 2010 im Europäischen Haus Unter den Linden stattfand. Organisiert vom Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen an der DGAP und Mehr Demokratie e.V., diskutierten über 100 Vertreter aus Politik, NGOs und Think Tanks über die Chancen und Grenzen der Europäischen Bürgerinitiative, die als wichtige Neuerung im Vertrag von Lissabon vorgesehen ist. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags im vergangenen Jahr hat die Kommission im März 2010 einen Verordnungsentwurf zur Umsetzung der EBI vorgelegt. Ziel der Tagung war es, den Vorschlag der Kommission kritisch zu beleuchten und konkrete Verbesserungsvorschläge zu machen.

Jean-Jacques Nuss von der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin und Dr. Michael Efler, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie, bereiteten mit der Vorstellung des Entwurfs und zwei unterschiedlichen Bewertungen den Auftakt für eine lebhafte Diskussion. „Die Europäische Bürgerinitiative ist das erste weltweite Instrument für transnationale, partizipative Demokratie mit dem Ziel, die EU-Agenda zu beeinflussen. Das begrüßt die Kommission ausdrücklich“, so Nuss bei der Vorstellung des Verordnungsentwurfs. Gleichzeitig stelle der Entwurf einen ausgewogenen Kompromiss aus den bisherigen Diskussionen dar. „Die EBI kann ein Schrittmacher sein für mehr Bürgerbeteiligung in der EU und in ihren Mitgliedstaaten, aber die Chancen, die sie bietet, werden durch den Entwurf der EU-Kommission nicht ausgeschöpft“, so hingegen die Einschätzung Michael Eflers. Zwar begrüße er etwa die Möglichkeit der Onlineeintragung von Stimmen zur vereinfachten Unterschriftensammlung. Gleichzeitig garantiere der Entwurf jedoch keine Rechtsfolgen für die Kommission, so dass die Gefahr der willkürlichen Verweigerung einer EBI durch die Kommission nicht auszuschließen sei. Laut Efler sei die EBI außerdem nach jetzigem Stand zwar eine Anregung, könne jedoch nicht als Lösung für das Demokratiedefizit in Europa gesehen werden.

Im anschließenden Expertenhearing waren sich auch weitere Vertreter von NGOs wie Greenpeace, weed und Attac einig, dass die EBI noch deutlich verbessert werden müsse. Eine erfolgreiche Bürgerinitiative sei mit hohem Aufwand verbunden, müsse laut Verordnungsentwurf derzeit jedoch nicht bindend von der Kommission in Betracht gezogen werden. Eine Nichtumsetzung berge Potenzial für Frustration unter den Bürgern. Kritisiert wurde auch die geforderte Angabe der Personalausweis- oder Sozialversicherungsnummer sowie die späte Zulässigkeitsprüfung einer EBI durch die Kommission, die erst bei 300 000 gesammelten Unterschriften erfolgen soll.

Die Tagung wurde mit einer lebhaften Paneldiskussion abgerundet. Moderiert von Cornelius Adebahr von der DGAP diskutierte Almut Möller (DGAP) zusammen mit Europa- und Bundestagsabgeordneten sowie den ehemaligen Mitgliedern des Verfassungskonventes

Professor Jürgen Meyer und Sylvia-Yvonne Kaufmann über den Verordnungsentwurf und die Perspektiven der EBI. „Eigentlich wollten wir ein Referendum in der europäischen Verfassung haben“, sagte Jürgen Meyer als einer der Väter der Initiative. „Da wir das nicht erreicht haben, ist die EBI nun der Versuch, den Fuß in die Tür der Mitbestimmung zu bekommen, damit sie nicht endgültig zugeschlagen wird.“ Gerald Häfner, Mitglied des Europäischen Parlaments, betonte, dass die EBI im Parlament intensiv diskutiert werde, dass die größte Hürde jedoch bei den Mitgliedsstaaten liege. Viele Staaten hätten bisher keine Erfahrung mit Bürgerinitiativen und die Angst vor der Bürgerbeteiligung sei europaweit deutlich zu spüren. Gleichzeitig herrschte allgemeine Zustimmung, dass die EBI bis zum endgültigen Inkrafttreten Ende des Jahres noch deutliches Potenzial für Verbesserung biete und es noch Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Gestalt der EBI gebe.

Quelle: <http://www.europaeische-bewegung.de/aktuelles/unsere-nachrichten/einzelsicht/news/dgap-europaeisch-aufbegehren-die-europaeische-buergerinitiative-ebi-feigenblatt-oder-echte-mitbest/>

Volksbegehrensbericht 2009 vorgestellt

Während Spenden- und Sponsoring-Skandale die Parteipolitik erschüttern, entwickelt sich die Direkte Demokratie auf Landesebene langsam, aber stetig. Das ergab der Volksbegehrensbericht 2009 von Mehr Demokratie. 35 direktdemokratische Verfahren liefen demnach im vergangenen Jahr in den deutschen Bundesländern. Beliebte Themen waren Bildung und Kultur (27 Prozent), Demokratie und Innenpolitik (27 Prozent) sowie Soziales (18 Prozent). Der Bericht enthält viele Auswertungen und Beispiele. Insgesamt bewertet Mehr Demokratie die Entwicklung auf Landesebene vorsichtig positiv. „Die Richtung stimmt, aber an den Fahrzeugen muss in manchen Bundesländern noch gründlich geschraubt und modernisiert werden“, fasst Daniel Schily von Mehr Demokratie zusammen. www.mehr-demokratie.de/volksbegehrensbericht.html

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Erwachsenenbildung als Ware?

Wilhelm Neurohr

Über 100 Tage, seit Ende Dezember 2009, ist die umstrittene EU-Dienstleistungsrichtlinie in Kraft, die als „Bolkestein-Hammer“ (nach dem damaligen EU-Binnenmarkt-Kommissar Frits Bolkestein) erhebliche Widerstände in der Bevölkerung und daraufhin einige Änderungen erfuhr. Doch bis Ende 2009 mussten bereits europaweit und in Deutschland alle Kommunen mit erheblichem bürokratischen und EDV-technischen Aufwand einen einheitlichen Ansprechpartner für auswärtige Anbieter

kommerzieller Dienstleistungsangebote einrichten - darunter auch solche Dienstleistungen, die bislang der öffentlichen Hand vorbehalten waren - da der EU-Binnenmarkt vor allem ein begehrter Dienstleistungsmarkt ist (auch für die Kapital- und Finanzgeschäfte mit profitablen kommerzialisierten Dienstleistungen). Außerdem hat die EU-Richtlinie im Bereich der Erwachsenenbildung erhebliche Auswirkungen, auch wenn diese nicht immer sofort erkennbar werden. Denn Universitäten und alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Weiterbildung mit ihren vielfältigen und überwiegend gemeinnützigen Trägern, wie etwa die Volkshochschulen, sind ausnahmslos der EU-Richtlinie unterworfen, soweit und solange nicht der Staat zuständig ist.

Die frühkindliche Bildung und die Schulbildung bis zum Abitur sind einstweilen noch ausgenommen, zum Verdruss kommerzieller Schulanbieter, solange auch hier überwiegend der Staat zuständig ist und es nicht zu weiteren Privatisierungen kommt, die das Gewicht zu Gunsten der Privaten verschieben. Die bisherigen Spielregeln der Gemeinnützigkeit sind jedoch durch die Wettbewerbsordnung des EU-Binnenmarktes bereits abgelöst worden, wonach es nicht zu „Wettbewerbsverzerrungen“ zwischen verschiedenen „Marktteilnehmern“ am „Bildungsmarkt“ kommen darf. Im Klartext: Privatwirtschaftliche Anbieter in der Erwachsenenbildung dürfen gegenüber gemeinnützigen Bildungsträgern nicht benachteiligt werden. Somit gelten in der Konsequenz die Spielregeln der privaten (kommerziellen) Anbieter, beginnend bei Mehrwertsteuerbescheinigungen mit der Folge höherer (womöglich unberechenbarer) Gebühren und Preise für die Nutzer oder steigender Kosten für die Träger.

Die Gebühren und Preise müssen künftig die realen Personal- und Sachkosten widerspiegeln, d. h. offene oder versteckte Subventionierungen oder Zuschüsse durch die Träger oder anderweitig durch die öffentliche Hand zugunsten einer sozialen Gebühren- und Preisgestaltung sind zukünftig untersagt. Betroffen sind zumeist Städte und Gemeinden als Träger der örtlichen Volkshochschulen oder die Kirchen als Träger regionaler Familienbildungsstätten, aber auch Gewerkschaften und Sozialverbände mit ihren Fortbildungseinrichtungen und viele andere gemeinnützige Träger. Zudem müssen die staatlichen Zuschüsse für Weiterbildungseinrichtungen auch allen privaten und damit auch den kommerziellen Bildungsanbietern gleichrangig offen stehen oder allen gleichermaßen verweigert werden. Die Finanzmittel dürfen also nicht länger nur unter den öffentlichen Anbietern aufgeteilt werden.

Stattdessen sind künftig wettbewerbsorientierte Vergabeverfahren mit jährlichen Ausschreibungen vorgesehen, wie in einigen Bildungssektoren bereits der Fall. Mit dieser Wettbewerbsideologie sind die öffentlichen und gemeinnützigen Träger zur Senkung ihrer Kosten und damit zur Einschränkung oder Verteuerung ihrer Bildungsangebote angehalten, zu Lasten der Nutzer. Der Erwerb z. B. von Fremdsprachenkompetenzen oder das Nachholen von Schulabschlüssen sowie politische Bildung als ein Schwerpunkt der städtischen Volkshochschulen wird für viele Nutzer unerschwinglich, so dass sich nur einkommensstarke Bevölkerungsschichten noch Weiterbildung finanziell leisten können, aber

nicht diejenigen Benachteiligten, die den Zugang am nötigsten haben. Zudem werden infolgedessen wohl die bisherigen Gehaltszahlungen und Honorare für Dozenten zwangsläufig abgesenkt, zudem Rationalisierungen vorgenommen und Entwicklungskosten eingespart, weil der Rückgriff auf standardisierte Veranstaltungsmuster billiger ist. Eine Abwärtsspirale in der Erwachsenenbildung kommt in Gang, obwohl doch derzeit allenthalben der Ruf nach Bildungsinvestitionen statt Mittelkürzungen ertönt. Der Einfluss auf die Bildungsinhalte und Ausrichtungen der kommerziellen Anbieter bleibt zugleich gering.

Europa-Abgeordnete wie etwa der Sozialpfarrer Jürgen Klute aus dem Ruhrgebiet befürchten, dass künftig nicht mehr das Bildungsinteresse der Menschen vor Ort im Vordergrund steht, sondern die Entwicklung möglichst kostengünstiger Bildungsangebote „von der Stange“, die möglichst viele „Kunden“ anlocken, um „Quote zu machen“. Kostspielige Bildungsangebote für kleine und einkommensschwache Zielgruppen gehören bald der Vergangenheit an. Gerade die sozial Benachteiligten hatten bisher die Angebote des „zweiten Bildungsweges“ rege genutzt. Die Bildungsträger sind künftig gezwungen, sich einem falsch verstandenen „Qualitätsmanagement“ zu unterziehen, das den bloßen Marktstrategien entspricht und zu ihrer Durchsetzung beiträgt.

Die Unterwerfung der Erwachsenenbildung (und demnächst des gesamten Bildungssektors?) unter die EU-Wettbewerbsordnung führt absehbar zu einem Kostendruck und zu einer Zentralisierung der Entwicklung von Bildungsangeboten, ferner zu einer Orientierung an „kaufkräftiger Nachfrage in der Kundschaft auf dem Bildungsmarkt“ – kurzum: Erwachsenenbildung verkommt bei der „Eroberung neuer Märkte“ entweder zur gewinnbringenden Handelsware oder zu einem unverkäuflichen Produkt, das vom Markt verschwindet, anstatt sich zu einem nachhaltigen gesellschaftspolitischen Projekt weiterzuentwickeln, in einer Gesellschaft mit erheblichen Bildungsdefiziten und -disparitäten. In dieser Zeitschrift ist eine solche Fehlentwicklung gerade auch für das Bildungswesen schon vor dem Hintergrund des GATS-Abkommens früher vielfach vorausgesagt worden; die EU-Dienstleistungsrichtlinie hat den unsehligen Geist des weltweiten GATS-Abkommens in ein verbindliches Regelwerk für Europa gefasst und sogar noch binnenmarktwirksam perfektioniert.

Die umfangreiche und juristisch schwer abschätzbare EU-Dienstleistungsrichtlinie wird noch eine Vielzahl anderer böser Überraschungen zutage fördern – sie ist aber neben der Lissabon-Strategie und dem daraus abgeleiteten Lissabonner EU-Reformvertrag das wichtigste Binnenmarktprojekt der Marktideologen und Lobbyisten in Brüssel, ohne Rücksicht auf soziale und kulturelle Verluste. Der Widerstand dagegen ist erlahmt und müsste wieder aufleben; Alternativen ist notfalls mit „zivilem Ungehorsam“ zum Durchbruch zu verhelfen, solange das europäische „Volksbegehren“ mit 1 Mio. Unterschriften inakzeptablen Hürden und Verfahren unterliegt (siehe Beitrag S. 46).

Initiativen, Termine und Ankündigungen

Volksinitiative Schule in Freiheit gestartet

Aktionshelfer gesucht

Die Vorbereitungen für die Berliner Volksinitiative „Schule in Freiheit“ schreiten voran. Wir möchten mit dieser Volksinitiative zeigen, wie wichtig die Schulen für die Gestaltung einer demokratischen und arbeitsteiligen Gesellschaft sind und dass sie für ihre Arbeit Freiheit brauchen. Die individuelle Entwicklung von Kreativität und Verantwortungsfähigkeit gelingt am besten in einem Schulwesen, das sich selbst bestimmen kann.

Sechs Monate, ab Mai, sind Zeit, um 20.000 gültige Unterschriften zu sammeln. Wenn dies gelingt, dann können wir unsere Ideen auch im Berliner Abgeordnetenhaus vorstellen. Wir laden Sie/Dich herzlich ein, für einige Tage nach Berlin zu kommen und beim Sammeln der Unterschriften zu helfen. In der Zeit vom 20. Mai bis 11. Juni gibt es ein Aktionscamp im Hostel Pfefferbett im schönen Bezirk Prenzlauer Berg. Bei Interesse bitte anrufen: 030 - 42 80 43 90 oder eine Mail schicken an kurt.wilhelmi@omnibus.org, www.schule-in-freiheit.de, www.pfefferbett.de

6. Europäisches Sozialforum vom 1. bis 4. Juli in Istanbul

„Sie sollen selber für ihre Krise zahlen. Ein anderes Europa ist möglich.“ So heißt es in einem Text, der vom letzten Vorbereitungstreffen zum ESF 2010 ausging. Dies sei die schlimmste Zeit für Arbeitseinkommen und soziale Rechte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Krisenverursacher versuchten, die Kosten der Krise zu sozialisieren. Es sei Zeit, diesen Versuch zu stoppen, die EU, den IWF, Spekulanten und neoliberale Regierungen in die Schranken zu verweisen und globale Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus durchzusetzen. Das Programm besteht aus knapp 300 Workshops, Seminaren und Großveranstaltungen. Am Samstag, dem 3. Juli, findet die traditionelle Demonstration statt, zu der man 30.000 TeilnehmerInnen erwartet. Informationen: www.esf2010.org

USA müssen Konvention zum Verbot von Landminen unterzeichnen

Landminen töten zahllose Menschen, auch Kinder, in aller Welt oder machen sie zu Krüppeln. Seit 1999 haben 156 Staaten den weltweiten Bann der Verwendung und Produktion von Landminen ratifiziert und damit bereits eine beeindruckende Reduzierung der Opferzahlen erreicht. Doch gerade die USA, China und Russland verweigern sich dem Abkommen bisher, und ohne Amerika besteht kaum Hoffnung auf eine weltumspannende Beseitigung dieser willkürlichen Killer.

Doch jetzt haben 68 Senatoren in einem Brief an Präsident Obama einen Kurswechsel in der Landminen-Politik gefordert - dies würde ihm die zur Ratifizierung nötige Zweidrittelmehrheit sichern. Die Konvention zum Verbot von Landminen wurde durch eine weltweite Bürgerbewegung ermöglicht; nur wenn jetzt der Vorstoß der US-Senatoren genügend Unterstützung findet, kann die Obama-Administration zum Beitritt bewegt werden. Eine entsprechende Petition kann unter folgendem Internet-Link online unterzeichnet werden: http://cdn.avaaz.org/de/obama_ban_mines. Die Unterschriften-Aktion wird organisiert vom weltweiten Kampagnen Netzwerk Avaaz, www.avaaz.org

150 Jahre Rudolf Steiner (1861- 1925)

Gemeinsame Plattform 2011 jetzt online!

Unter www.rudolf-steiner-2011.com sind ab sofort Veranstaltungen, die einen konkreten Bezug zum Jubiläumsjahr haben, abrufbar. Diese Plattform ist ein gemeinsames Anliegen vieler anthroposophischer Initiativen und wird vom Rudolf Steiner Archiv zur Verfügung gestellt. Anliegen ist das Sichtbarmachen der Impulse Rudolf Steiners für das 21. Jahrhundert, die den vielfältigen und unterschiedlichen Initiativen als gemeinsame Kraftquelle zugrunde liegen. Als verbindende Aktion ist zudem ein Rudolf Steiner Zug durch Europa in Vorbereitung.

Rudolf Steiner in Museen für zeitgenössische Kunst

Mit der Ausstellung „Rudolf Steiner - Die Alchemie des Alltags“ hat das Vitra Design Museum die erste große Retrospektive über den universellen Denker, Künstler und einflussreichen, wie zugleich umstrittenen Reformers des 20. Jahrhunderts realisiert. Die parallel dazu vom Kunstmuseum Wolfsburg in Zusammenarbeit mit dem Kunstmuseum Stuttgart erarbeitete Schau „Rudolf Steiner und die Kunst der Gegenwart“ versucht, die universalistische Ideenwelt Steiners anhand der Werke von 15 Künstlern von heute neu aufzuschließen. „Kosmos Rudolf Steiner“ ist in Wolfsburg vom 13. Mai bis 3. Oktober 2010, in Stuttgart vom 5. Februar bis 22. Mai 2011 zu sehen.

In einer Pressemitteilung des Kunstmuseums Wolfsburg heißt es: „Das zweiteilige Großprojekt greift ein Phänomen auf, das bisher noch wenig Beachtung fand, aber zu einem der spannendsten Kapitel der modernen Kunst und Geistesgeschichte gehört: Bedeutende Künstler, angefangen von Wassily Kandinsky über Piet Mondrian bis zu Joseph Beuys, haben sich immer wieder mit der universellen Ideenwelt von Rudolf Steiner beschäftigt und daraus wertvolle Impulse für ihre Arbeit bezogen. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts erhält diese Verbindung durch das steigende Interesse von Gegenwartskünstlern an Steiner eine neue Brisanz. Gleichzeitig erlebt das ganzheitliche Weltbild wie das von Steiner vor dem Hintergrund lebhafter Debatten über ökologische Verantwortung, religiöse Sinnsuche und über ein aus den Fugen geratenes Wirtschaftssystem wieder stärkere Beachtung.“

Infos unter: www.kunstmuseum-wolfsburg.de, www.kunstmuseum-stuttgart.de und www.design-museum.de

WOW-Day - Waldorf One World

Der WOW-Day ist in Deutschland eine bundesweite Aktion, die von den Freunden der Erziehungskunst zusammen mit dem Bund der Freien Waldorfschulen organisiert wird: An einem bestimmten Tag im Jahr bündeln Waldorfschulen aus ganz Deutschland ihre Kräfte und engagieren sich gemeinsam in ihrem jeweiligen Umfeld, um für Kinder in aller Welt Spenden für eine bessere Zukunft zu sammeln. Für 2011 ist ein europaweiter WOW-Day in Vorbereitung. Waldorfschulen in anderen Ländern, die auch mitmachen möchten, wenden sich bitte an: Olivia Girard, www.wowday.eu

2020 - The Future Of Teacher Education

Der vom 3. - 5. März 2011 in Wien stattfindende europäische Kongress zur Zukunft und Entwicklung der Lehrerbildung ist eine Initiative der Europäischen Hochschulkonferenz für Waldorfpädagogik. Die Veranstaltung richtet sich vornehmlich an ein erziehungswissenschaftliches Zielpublikum. Organisiert wird der Kongress vom Zentrum für Kultur und Pädagogik, welches für die Durchführung des Waldorfpädagogik-Masterstudiums in Österreich verantwortlich zeichnet und mit der Donau Universität Krems sowie der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Kooperation steht. www.2020teachereducation.org

90 Jahre Anthroposophische Medizin

Die Medizinische Sektion am Goetheanum, die Ita Wegman Klinik in Arlesheim, sowie der Verein anthroposana sind bereits in der Vorbereitung diverser Veranstaltungen zu diesem Thema. Infos bei verena.jaeschke@wegmanklinik.ch

Bitte um Veranstaltungsmeldungen

Veranstaltungen können mit Titel / Untertitel / Datum / Ort / Veranstalter / Bild und Textmaterial gemeldet

werden an: kontakt@rudolf-steiner-2011.com. Verantwortlich: Vera Koppehel: Rudolf Steiner Archiv (Dornach, Schweiz), Stephan Siber: Anthroposophische Gesellschaft in Österreich (Wien).

Engagement und Bewusstsein 2010

Trainingswoche für junge Menschen, 29. Juni - 6. August

Mit Orland Bishop, Shade Tree Multi-Cultural Foundation, Los Angeles, USA. Die Kunst des Wir - Wirklichkeit gestalten: Wie leben und gestalten wir unsere Welt? Was ist Welt und wer sind wir? Wie stellt sich die Frage nach Identität, wenn es um ein „Wir“ geht? Wie suchen wir Antworten auf die Frage: Wer sind wir? WIR: Dieses Zwischenreich der Beziehungen wahrnehmen und gestalten zu können ist eine Kunst - es wie eine Form zu bilden, aus der das Neue entstehen kann. Mit dieser Fähigkeit können wir tief in die Strukturen unserer Wirklichkeit hineinwirken. Doch begegnet uns das Wir auch als Aufgabe, Bedürfnis und Herausforderung. Ein Wir, das sich im Spannungsfeld ganz verschiedener Beziehungen bildet: zwischen Du und Ich, Ich und (Um-)Welt, in einer Gemeinschaft, zu einem Ort, zum eigenen Handeln und zu einer Vision, aber auch in der Beziehung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft...

Die Trainingswoche ist ein Raum für persönliche und gemeinschaftliche Entwicklung - ein Ort, an dem mit den individuellen Lebensfragen, die sich in einem Spiel mit dem eigenen Engagement in der Welt vereinen, die ganz eigene Aufgabe sichtbar werden kann. Im kleinen Rahmen einer begrenzten Teilnehmerzahl wird eine intensive Arbeits-, Übungs- und Erlebnisatmosphäre ermöglicht werden.

Forum3 Stuttgart. Anmeldung und Informationen: www.trainingswoche.de. Im Moment sind alle freien Teilnahmeplätze belegt. Es gibt jedoch eine Warteliste, da man davon ausgeht, dass noch Plätze frei werden.

Auszeichnung für Studiengang Social Banking

Der „M.A. in Social Banking and Social Finance“ ist am 18. 3. 2010 vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) mit dem Sonderpreis des Weiterbildungs-Innovations-Preises 2010 zum Thema „Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung“ ausgezeichnet worden. Die Ministerin für Schule und Weiterbildung von NRW und der Präsident des BIBB überreichten den mit 2.500 Euro dotierten Preis im Rahmen eines Festaktes auf der „didacta - die Bildungsmesse“ in Köln an Julian Kühn und Anja Hauser vom Institute for Social Banking (ISB). Die Preisverleihung steht unter der

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury.

Der prämierte M.A. (Master of Arts) ist ein sechssemestriger, modular aufgebauter und berufsbegleitender Studiengang, der sich für ein sozial und ökologisch orientiertes Bankwesen sowie einen ethischen Umgang mit Geld stark macht. Zugelassen sind Berufstätige aus dem Bank-, Finanz- und Versicherungswesen mit langjähriger Berufserfahrung, gegebenenfalls sogar auch ohne üblicherweise verlangte schulische oder akademische Abschlüsse.

Zugangsvoraussetzung ist die erfolgreiche Absolvierung eines wissenschaftspropädeutischen Vorbereitungskurses. Das Institute for Social Banking in Bochum ist Partner für den von der Universität Plymouth angebotenen Master-Studiengang. 2009 wurde es bereits von der UNESCO als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

Quelle: Pressemitteilung des Institute for Social Banking Bochum, E-Mail: katharina.beck@social-banking.org, www.social-banking.org/masters.

Wirtschaft anders denken

**Tagung aus der Reihe „Mut zum Umdenken“,
18. - 19. Juni 2010**

Beiträge der Kunst zur Gestaltung von Geldordnungen. Treffpunkt für Engagierte und Interessierte. Klärung aktuelle Fragen aus der Praxis.

Freitag 18. Juni: 17.00: Alexander Rist, Seattle, USA: Zur Wirtschaftskrise. 19.00: Ulrich Rösch: Ein anderes Denken in Steiners weltwirtschaftlichen Überlegungen; Johannes Stüttgen: Kunst = Kapital - das Geld anders verstehen lernen.

Samstag, 19. Juni: 9.00: Claudine Nierth: Mit künstlerischer Herangehensweise das Geld anders verstehen lernen - wie wir damit konkret arbeiten können. 16.00: Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger: Geld und Magie - Goethes Hinweise im Faust zur Entwicklung der Geldwirtschaft.

Tagungsprogramme und Anmeldung: Goetheanum, Empfang, CH-4143 Dornach, Fax +41 61 706 44 46, Tel. +41 61 706 44 44. tickets@goetheanum.org

Lehren aus der Finanzkrise

Tagung, 3./4. Juli 2010, Bad Boll

Samstag, 3. Juli 2010: 9.30: Öffnung des Tagungsbüros. 10.00: Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema. 10.15: Sondermaßnahmen der EZB gegen die

Finanzmarktkrise. - Referent der Bundesbank (angefragt) - Diskussion des Vortrags. 15.00: Kasino oder Markt - wie bündigt man die Finanzmärkte? - Friederike Spieker, Schwäbisch Gmünd. 16.45: Die Zinsstrukturkurve und ihre Bedeutung für Finanzmärkte und Konjunktur - Eckhard Behrens, Heidelberg. 20.00: Legt die Taylor-Regel negative Leitzinsen zur Behebung der Finanzkrise nahe? - Prof. Dr. Thomas Huth, Uni Lüneburg. Sonntag, 4. Juli: 9.00: Die Finanzmarktkrise hat das Vertrauen in die Wirtschaftswissenschaften erschüttert - aber es gibt Anzeichen für ein Umdenken! - Eckhard Behrens. 10.30: Ergebnisse der Tagung - Podiumsdiskussion mit den Referenten und allgemeine Aussprache. 12.00 Tagungsende.

Anmeldung: Seminar für freiheitliche Ordnung, D-73087 Bad Boll, Badstraße 35 · Tel. 07164/3573, www.sffo.de

Konsumenten - Auftraggeber der Wirtschaft?

**2. Konsumenten-Kongress, Zürich,
Sa, 11. September, Vortragssaal Kunsthaus,
9.30 - 17.45 Uhr**

Öffentlicher Konsumenten-Kongress mit Prof. Dr. Christoph Strawe (Institut für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart), Dr. Ulrich Thielemann (Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen), Patrick Hohmann (Geschäftsführer Remei AG), Matthias Wiesmann (Verwaltungsrat CoOpera Sammelstiftung PUK). Durch den Konsumenten-Kongress führen Peter-Matthias Born (Moderation) und Andreas Aeschlimann (Liedermacher) mit Chansons von Mani Matter.

Konsumenten sind Auftraggeber der Wirtschaft. Mit dieser Überzeugung will der Konsumentenverband das Bewusstsein der Konsumentinnen und Konsumenten schärfen und einen aktiven Beitrag zur Überwindung der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise leisten. Die Rückbesinnung auf die ursächlichen Aufgaben und die hohe Verantwortung der Konsumenten als einer der drei Partner im Wirtschaftsleben (Produzent, Handel/Dienstleister, Konsument) ist dringender denn je. Die Konsumenten können mit ihren bewussten Taten den nachhaltigen Wirtschaftswandel herbeiführen. Mit jedem Kauf geben wir einen Auftrag, das gleiche Produkt wieder herzustellen oder die gleiche Dienstleistung weiter anzubieten. Verbindliches, aber auch beliebiges Kaufverhalten hat direkte Auswirkungen auf das zukünftige Produkt- und Dienstleistungsangebot der Wirtschaft. Zu viele Menschen missbrauchen noch immer das Wirtschaftsleben als Tummelplatz ihrer Macht und Gewinnsucht. Bewusst oder unbewusst zerstören sie damit das Gleichgewicht der sozialen Ökonomie. Klimawandel mit den sich häufenden Umweltkatastrophen und die immer größer werdende Kluft zwischen arm und reich sind die direkten Folgen. Mit dem Geldschein können wir immer aufs Neue wählen. Mit jedem Kauf, jedem Kredit und jeder Schenkung geben wir einen Auftrag in die Zukunft. Damit bestimmen wir, wie die Zukunft unserer Zivilisation aussehen wird.

Veranstalter/Anmeldung: Schweizerischer Verband der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und der assoziativen Wirtschaftsordnung, Postfach 82, CH-8332 Russikon. Tel. +41 (0) 44 955 07 42, info@konsumentenverband.ch, www.konsumentenverband.ch. Der Konsumenten Kongress wird unterstützt durch: Demeter, Biosuisse, coop, biopartner, Weleda und Alternative Bank Schweiz.

Vorträge zu aktuellen Zeitfragen im Forum 3

Ort: **Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart**

Ulrich Morgenthaler: Die 7 Wege zur Effektivität für Jugendliche. Freitag, 18. Juni, 20.00 Uhr

Dr. Dr. Roland Benedikter: Der Kampf um das Ich. Montag, 21. Juni, 20.00 Uhr

Wolfgang Schneider: Auswirkungen von Stuttgart 21. Freitag, 25. Juni, 20.00 Uhr

Hans-Joachim Aderhold: Die Erde wandelt sich. Samstag, 26. Juni, 19.00 Uhr

Franck Biancheri: Was uns 2010 bis 2020 bevorsteht. Mittwoch, 7. Juli, 20.00 Uhr

Michael Deichmann, Paul von Pokrzywnicki, Anja Salzer: Alternatives Wohnen in der Region Stuttgart. Freitag, 16. Juli, 20.00 Uhr

Orland Bishop: Heilung durch tiefe Kommunikation. Donnerstag, 29. Juli, 20.00 Uhr

Kosten: je EUR 6,-/erm. 4,-/SchülerInnen 2,-, **Ansprechpartner:** Ulrich Morgenthaler, 0711/4 40 07 49 - 66, Aktuelle-Themen@forum3.de, www.forum3.de

Zukunft der Arbeit - Karma des Berufs

Bochum, 24. - 27. Juni

Vom 24. bis 27. Juni veranstaltet die Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland in der Rudolf-Steiner-Schule Bochum (Hauptstraße 238, 44892 Bochum-Langendreer) den öffentlichen Kongress „Zukunft der Arbeit - Karma des Berufs“, in den auch die jährliche Mitgliederversammlung integriert sein wird. Der Kongress möchte Fragestellungen zu einem neuen Verständnis von Arbeit und Einkommen, von Beruf und Berufung anregen: Wie entsteht eine Wirtschafts- und Sozialethik, durch die der Mensch die Erde, auch für zukünftige Generationen, lebenswerter macht? Wie verändern sich schon heute Unternehmen und wie sieht eine Organisation der Zukunft aus? Wie verhalten sich Arbeit und Menschenwürde zueinander - bei uns in Europa und in ärmeren Ländern weltweit?

Was haben einzelne Menschen auf diesen Gebieten bereits geleistet und wie können wir uns gegenseitig anregen, das zu tun, was auch wirklich zu tun ist? Wir erleben heute die Konsequenzen und Folgen unserer vergangenen Taten. Ob es um Ökologie, Wirtschaft oder Gesellschaft geht - die Menschheit ist an eine Grenze gekommen, an der sie sich die Frage stellen muss, wie viel Zukunft ihr noch bleibt und welchen Einfluss sie im Hier und Jetzt auf kommende Entwicklung nehmen kann. Karma bedeutet, die Folgen seiner Handlungen auf sich zu nehmen und sich einer nachhaltigen Verantwortung zu stellen. Ohne eine sinngebende, ethisch und moralisch vertretbare Neuorientierung sind die Gegenwarts Krisen nicht zu meistern. Was könnten neue Perspektiven für eine zukunftsorientierte Berufs- und Arbeitswelt sein? Welche Ansätze dazu sind schon vorhanden? Was macht letztlich das soziale Leben gesund?

Der Kongress „Zukunft der Arbeit - Karma des Berufs“ will Arbeitsrichtungen und Praxisfelder aufzeigen, diskutieren und Mut machen, auch neue und unkonventionelle Wege einzuschlagen. Dabei geht es sowohl um spirituelle Grundlagen, als auch um deren praktische und gesellschaftlich relevante Verwirklichung. Für Vorträge, Foren, Podiumsgespräche und Arbeitsgruppen, die den Teilnehmern in der Programmgestaltung individuellen Spielraum bieten, haben u.a. folgende Referenten zugesagt: Frithjof Bergmann, Herta Däubler-Gmelin, Friedrich Glasl, Wolfgang Gutberlet, Gerald Häfner, Udo Herrmannstorfer, Wolf-Ulrich Klünker, Joachim v. Königslöw, Dirk Kruse, Christof Lindenau, Paul Mackay, Andreas Neider, Enno Schmidt, Peter Selg, Johannes Stüttgen, Linda Thomas, Götz W. Werner.

„Dezentrale Foren“ erweitern das Programm auch räumlich und führen die Kongressbesucher an verschiedene Einrichtungen und Orte der Ruhrmetropole, die 2010 zum ersten Mal den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ tragen wird. Hier sind es die GLS-Bank Bochum, die Demeter-Höfe im Windrather Tal, das Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke, das Bochumer Kulturhaus OSKAR, die Universität Witten-Herdecke, die Arbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen Dortmund, Witten/Annen Institut für Waldorfpädagogik, sowie eine Exkursion zur Zeche Zollverein, die den Teilnehmern eine vielschichtige Arbeits- und Kulturlandschaft in der konkreten Begegnung vor Ort erschließen werden. Anmeldeunterlagen unter www.anthroposophische-gesellschaft.org

Endspurt

Aktion ELIANT braucht noch gut 50.000 Unterschriften

ELIANT -Europäische Allianz von Initiativen Angewandter Anthroposophie - tritt in Europa dafür ein, dass rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Vielfalt der Ansätze zu individueller Lebensweise mit ihren Einrichtungen und Entwicklungen ermöglichen und unterstützen. Den Handlungsbedarf will ELIANT an den Beispielen betroffener anthroposophischer Kulturinitiativen in den Bereichen Pädagogik, Ernährung, Landwirtschaft, Heil-

pädagogik und Sozialtherapie, der anthroposophischen Medizin und Therapien deutlich machen. Sie fordert eine Politik und einen europäischen Rechtsrahmen, der Menschen nicht nur die Wahlfreiheit, sondern auch die Wahlmöglichkeit gibt, bei Entscheidungen, die Lebensqualität und kulturelle Vielfalt betreffen.

ELIANT baut gegenwärtig seine Plattform als Nicht-regierungsorganisation auf und freut sich über jede Synergie mit anderen Organisationen und Institutionen verwandter Zielsetzung.

Die angestrebte Zahl von einer Million Unterstützern in der EU scheint nahegerückt. Am 27. Mai fehlten dafür nur noch 50.874 Unterschriften. ELIANT ruft dazu auf, durch eine weitere Kraftanstrengung die fehlenden Unterschriften zu gewinnen.

Unterschriften online unter <http://www.eliand.eu>. Dort finden Sie viele Informationen, auch über weitere Unterstützungsmöglichkeiten. Über die eigene Unterschrift hinaus kann man z.B. mögliche Unterzeichner gezielt ansprechen und den Aufruf über den eigenen E-Mail-Verteiler verbreiten. (Unterzeichnung und Download von Unterschriftenlisten unter www.eliand.eu). Dort auch weitere Infos. Aktion ELIANT, Postfach, 1180, D-79501 Lörrach, Fax +49 (0)7621-1681863, info@eliand.eu

Literatur

Menschenwürdiges Wirtschaften

Wissenschaftliche Grundlagen für Arbeit und Einkommen. Zum Werk des anthroposophischen Wirtschaftswissenschaftlers Folkert Wilken (1890 - 1981)

Anton Kimpfner

Einen Großteil seines Lebens arbeitete Folkert Wilken an einer verantwortbaren Ökonomie. Dazu gehörte schon sein Buch „Der Kreislauf der Wirtschaft“ vom Jahre 1928 (Verlag von Gustav Fischer, Jena). Es befasst sich vor allem mit einer Überwindung der Arbeitslosigkeit. Der damalige Privatdozent in Freiburg im Breisgau widmete sich also jenem Thema, das dann nach der Weltwirtschaftskrise 1929 gerade in Deutschland besonders herausfordernd wurde.

Schon damals stellte Folkert Wilken die Frage, ob steuer- oder abgabenfinanzierte Einkommensanteile, welche die Arbeitslosen unterstützen, nicht gerade deren Zustand wesentlich aufrechterhalten und es mit verschulden, dass keine neuen Beschäftigungen entstehen.

Sinnvoll eingesetzt können die entsprechenden Gelder zwar neugeschaffene Kaufkraft bedeuten, sollten aber

zugleich die frei gewordenen Beschäftigten in andere Arbeiten hineinleiten. Solche Erzeugnisse müssten hergestellt werden, für die auch Nachfrage vorhanden ist, sonst wird der Wirtschaftsprozess gestört: Es entsteht krisenhafte Überproduktion.

Weitere Untersuchungen folgen in dem Band „Die Metamorphosen der Wirtschaft“, Jena 1931). Inzwischen ist Folkert Wilken als Professor für Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Freiburg tätig. Nun schreibt der Verfasser von einer geistigen Notwendigkeit eines Grundsatzes des Ausgleichs: Jede Leistung muss auch ihre Gegenleistung finden. Andernfalls stimmt etwas nicht im sozialen Gesamtzusammenhang. Darum dürften die Einkommen nicht „wie versehentlich abgeschossene Flintenkugeln im Kreislauf der Wirtschaft herumfliegen“. Vielmehr müsse ihnen eine konstruktive zirkulatorische Bestimmtheit zuerteilt werden. Das Kapital ströme die Einkommen aus, heißt es weiterhin. Daraus schafft sich der Kreislauf der Wirtschaft jene Kräfte, welche die Warenprozesse weiterbewegen.

Der Tätige soll keinen „Arbeitslohn“ erhalten. Das verstößt täglich „abermillionenmal“ gegen die Fundamentalforderung aller Sozialität. Vielmehr sei es tiefste Moralität des Daseins, dass ein sozialorganisches Zurechnungsverhältnis zwischen der Arbeit und dem persönlich-familiären Bedarf des Tätigen und seiner Angehörigen gestiftet wird. Das sei jeweils ein ganz klar feststellbarer Bedarfskomplex. Neben dieser Einkommensbildung im engeren Sinne muss der Wirtschaftsprozess noch Geld abwerfen für den Weitergang des Unternehmens selber (einschließlich der Rückzahlungen von Sparkapital) sowie für ein Entgelt von eingebrachten geistigen Leistungen (Beteiligung der kulturellen Seite).

Hier sieht Folkert Wilken bereits eine Dreigliederungskomponente. Einmal soll Brüderlichkeit zwischen den Tätigen walten. In Bezug auf mögliche Geldgeber muss es einen gerechten Ausgleich geben (nicht übermäßiges Zinswachstum). Und es wäre die Unterstützung des freien Geisteslebens zu berücksichtigen. Generell gilt für alles Kulturelle, dass die Übertragung von Einkommen durch Schenkung die richtige Form der wirtschaftlichen Versorgung ist.

In die Aufbruchssituation nach dem Zweiten Weltkrieg stellt Folkert Wilken, der nun wieder Professor für Nationalökonomie ist, sein bedeutsames Buch „Selbstgestaltung der Wirtschaft“ (Freiburg im Breisgau 1949) hinein. Darin wird ebenfalls betont, dass die wirtschaftlich Tätigen gegenseitig für ihren Bedarf aufkommen sollen. Des weiteren müssten ihre Angehörigen unterstützt werden. Damit auch jene Menschen, die in sozialen und kulturellen Bereichen wirken, ihren Bedarf decken können, sollten diese mit ihren Interessen in den zu bildenden Assoziationen der Wirtschaft vertreten sein. All das ist dann in die Preise der Produkte einzurechnen, um es abzudecken.

In den Betrieben soll die Leitung und die Arbeiterschaft gleichberechtigte Mitsprache hinsichtlich der Erträge haben und eine solidarische Aufteilung ermöglichen, unter Berücksichtigung einer freien Kapitalbildung

zur weiteren sozialen Lebenssicherung und kulturellen Unterstützung.

Eine engagierte Schrift von Folkert Wilken war dann noch „Die Befreiung der Arbeit“ (Freiburg im Breisgau 1965). Dort sind vor allem Darstellungen zu einer assoziativen Betriebsverfassung enthalten. Es wird betont, dass die Wirtschaft zur sozialen Versorgung aller beizutragen hat und dass das nicht dem Staat aufgelastet werden darf. Deshalb müssen die einzelnen Betriebe ihre Isolation überwinden und zu universeller Kooperation hinfinden. Überall, wo produziert wird, wirkt Geist schaffend mit. Deshalb wäre die übrige Gesellschaft stets einzubeziehen bei der Verteilung. Was dem geistigen Schaffen entspringt, gehört der Gesamtmenschheit. Das soll unter sozialen Gesichtspunkten weitergeleitet werden - schon als beweglicher Einkommensanteil bei den im eigenen Betrieb Beschäftigten, neben dem für die eigene Versorgung festgelegten Einkommensniveau. Insgesamt dient es dem sozialen Frieden und der Freiheit, wenn alle etwas mehr empfangen, sofern dies durch Wirtschaftsleistungen abgedeckt werden kann.

Als Alterswerk kamen von Folkert Wilken noch drei Bände über das Kapital heraus (auch als Gegenimpuls zu den drei Kapitalbänden von Karl Marx gedacht). Nach dem Band I (Das Kapital - sein Wesen, seine Geschichte und seine Wirkung im zwanzigsten Jahrhundert, 1976) erschien im Jahre 1981 als Band II „Das Kapital und das Geld - Die Wirtschaft als Geldorganismus“, auf den hier noch kurz eingegangen werden soll. Schließlich folgte als Band III: Das Kapital und die Zukunft - Die assoziative Bedarfsdeckungswirtschaft.

Wiederum wird betont, dass schon von den Betrieben und ihren Verbindungen aus das soziale sowie kulturelle Leben mitzutragen ist. Dadurch wird der Staatsbedarf deutlich geringer sein. Dieser wäre dann in der Hauptsache durch eine allgemeine Ausgabensteuer abzudecken. Weder sollten die Einkommen direkt besteuert noch über die Preise indirekt belastet sein. Die Einkommenssicherung ist zunächst eine Angelegenheit der Selbstverwaltung des Wirtschaftslebens. Nur in Bezug auf das, was davon nicht abgedeckt wird, bedarf es zusätzlicher sozialer Organbildungen, unter Einbindung von staatlichen und kulturellen Interessenvertretungen. Letzteres sollte in treuhänderischem Sinne von statten gehen, etwa über Stiftungen.

Kartoffeln haben wir immer

Neues Buch unseres Autors Kai Ehlers über Russland

Was haben Kartoffeln mit der globalen Krise zu tun? Und was hat diese Frage damit zu tun, ob etwas von Russland zu lernen ist? Sind die Russen dem allgemeinen Wachstumswahn nicht noch mehr verfallen als die übrige Welt? In der Tat: Russlands Politiker versuchen ihr Land mit Macht in einen Supermarkt, den genügsamen Selbstversorger der Sowjetzeit in einen Konsumenten zu

verwandeln: Russland soll zum Eldorado internationaler Investoren werden. Aber was ist mit der Bevölkerung? Ist sie bereit, sich auf eine Masse von Konsumenten ausrichten zu lassen? Teils ja, scheint es, dann aber auch wieder nein. Unter dem Druck der Krise erlebt die traditionelle Kultur der „familiären Zusatzversorgung“, kurz Datscha, als Überlebensmodell landesweit ihre Erneuerung. Nur ein Strohfeuer? Das sich legen wird, wenn die Krise vorbei ist? Das Buch von Kai Ehlers zeigt, dass es hier um längerfristige Perspektiven geht, dass die Zukunft Russlands nicht im Entweder-Oder von Supermarkt oder Datscha, sondern in Supermarkt und Datscha liegen könnte - und dass solche Perspektiven nicht nur für Russland Bedeutung haben. In Russland treten sie im Zusammenprall von einer Jahrhunderte langen Tradition der Selbstversorgung und der militanten Modernisierung der letzten Jahrzehnte nur besonders krass hervor.

Das Buch von Kai Ehlers arbeitet sich nicht an der nochmaligen Vorführung des russischen „Tandems“ Medwedew/Putin ab. Nicht die „Große Politik“, sondern die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise durch die Bevölkerung steht im Zentrum. Das Buch führt den Leser mitten ins soziale Geschehen Russlands und arbeitet die Bedeutung heraus, die aus ihm für eine Bewältigung der globalen Krisen und mögliche generelle Alternativen hervortritt. Es enthält Analysen, zahlreiche Gespräche und Untersuchungen vor Ort zur Entwicklung des Sozialen in Russland und Ausblicke auf eine Ökonomie des Bedarfs. Horlemann Verlag, Bad Honnef, 2010, 14,95 EUR, ISBN 978-3-89502-293-7

Russland und die USA

Gerd Weidenhausen legt tiefgründige Darstellung des „Dramas zweier Weltmächte“ vor

Der russisch-georgische Krieg hat gezeigt, dass die machtpolitische Auseinandersetzung auf dem „weltweit wichtigsten Spielfeld - Eurasien“ (Z. Brzezinski) zwischen den USA und Russland andauert. Doch beide Weltmächte befinden sich inzwischen auf der Suche nach einer neuen Identität. Wird es eine wirkliche Kooperation geben oder werden die alten geopolitischen Ziele konsequent weiter verfolgt? Wie sind die neuen Schritte Barack Obamas in Bezug auf Russland einzuschätzen? Gerd Weidenhausen schaut genau hin, statt zu spekulieren. Es gelingt ihm auf diese Weise, Hintergründe auszuleuchten und Zusammenhänge sichtbar zu machen. Dabei vermeidet er ebenso verschwörungstheoretische Mystifikationen wie die Verharmlosung der Absichten wichtiger die US-Politik steuernder Eliten. So entsteht ein Bild der amerikanisch-russischen Beziehungen vom Beginn des Kalten Krieges bis in die Gegenwart hinein, das dem Leser bei der eigenen Urteilsbildung eine große Hilfe sein kann.

Behandelt werden die folgenden Komplexe und Themen: Die West-Ost-Beziehungen und die Welt-

wirtschaftskrise - Die Weltwirtschaftskrise 2008/2009
 - Auf dem Weg zur Kooperation oder zu einem neuen Kalten Krieg?
 - Die USA am Ende ihres uneinholbaren Weltmachtstatus?
 - Feindbild Russland - Energiepoker
 - Der russisch-georgische Krieg - Die Transformation durch Perestroika und Glasnost
 - Das System Putin
 - Wladimir Solowjews ideelle Überwindung des Ost-West-Gegensatzes
 - Russland auf der Suche nach einer neuen Identität.

Gerd Weidenhausen ist Kunstlehrer an der Waldorfschule Esslingen und durch eine Vielzahl von Publikationen zum Zeitgeschehen hervorgetreten. Gerhard Weidenhausen: *Russland und die USA*, Verlag Urachhaus Stuttgart, 347 S., gebunden, mit zahlreichen Karten und Abbildungen, 19,90 EUR, ISBN-13: 978-3-8251-7655-6

Bedrohte Saat - Saatgutpflege und der Kampf gegen die Macht der Agrokonzerne

„Wie weiter mit der Landwirtschaft?“ Diese Frage haben wir immer wieder unter verschiedenen Gesichtspunkten in dieser Zeitschrift behandelt. So haben wir uns mit dem Agrarabkommen der WTO und den Auswirkungen des WTO-Abkommens über den Handel mit geistigen Eigentumsrechten auf die Landwirtschaft, mit den Gefahren der Gentechnik und der Macht des agro-industriellen Komplexes beschäftigt. Ein wichtiger Abschnitt der Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist der Kampf um das Saatgut. Hierzu ist jetzt ein von Manfred Christ herausgegebenes Buch im Pforte-Verlag erschienen, das nahezu unverzichtbar für jeden ist, der sich mit dem Thema beschäftigt.

Vor etwa 10.000 Jahren begann das älteste Open-Source-Projekt der Menschheit. Samen von Wildpflanzen wurden gesammelt, vermehrt und getauscht, Kulturpflanzen wurden gezüchtet und verbreitet. Das Ergebnis ist ein Reichtum an Sorten, der das bedeutendste kulturelle Erbe der Menschheit darstellt und Grundlage für das Überleben künftiger Generationen bildet. Heute ist das Saatgut die letzte Bastion der Landwirte und der Bevölkerung im Kampf der Agrokonzerne um die weltweite Kommerzialisierung lebensnotwendiger Güter. Ein parasitäres System etabliert sich, das ohne eigene Wirtschaftsleistung Profite von gigantischen Ausmaßen abschöpft und in seiner Gier selbst vor den Ärmsten der Armen nicht Halt macht. Berichtet wird über die fragwürdigen Methoden, durch wirtschaftlichen Druck und politische Einflussnahme, mit Hilfe neuer Technologien und rechtlicher Fehlentwicklungen die Kontrolle über das Saatgut zu erlangen. Die Verfasser verdeutlichen die daraus resultierenden Probleme von globalem Ausmaß aus politisch-ökonomischer, sozialer, kulturhistorischer und ernährungswissenschaftlicher Sicht und berichten von ihren Erfahrungen in der Saatgutzucht und Entwick-

lungshilfe. Die sieben Autoren sind Nikolai Fuchs, Tina Goethe, Bertold Heyden, Manfred Klett, Ursula Prall, Petra Kühne und Oliver Willing.

Manfred Christ (Hrsg.): *Bedrohte Saat. Saatgutpflege und der Kampf gegen die Macht der Agrokonzerne*, 328 S., Broschur, ISBN 978-3-85636-197-6, Pforte Verlag Dornach, EUR 14,-.

Grundeinkommen: Geschichte - Modelle - Debatten

Das Buch enthält u.a. einen umfangreichen Beitrag von Ronald Blaschke zur zweihundertjährigen Geschichte der Grundeinkommensidee - von Thomas Spence bis Erich Fromm - und einen detaillierten Überblick über aktuelle Grundsicherungs- und Grundeinkommensmodelle bzw. Grundeinkommensansätze in Parteien, Verbänden, NGOs, Jugendorganisationen und von Einzelpersonen in Deutschland. Katja Kipping schreibt über das Thema Grundeinkommen und Demokratie. Auch gibt es Texte zu Grundeinkommensansätzen und -debatten in Österreich, Italien, Spanien und Finnland. „Das Buch ist sowohl für ‚Einsteiger‘ in die Thematik als auch für Fortgeschrittene zur Lektüre geeignet. Sympathisanten als auch Kritiker des Grundeinkommens werden interessante Themen für die weitere Diskussion finden.“ (Ronald Blaschke).

Ronald Blaschke, Adeline Otto, Norbert Schepers (Hrsg.): *Grundeinkommen - Geschichte - Modelle - Debatten*. Broschiert: 400 Seiten. Dietz Verlag, Berlin 2010, ISBN-10: 3320022237, ISBN-13: 978-3320022235, EUR 29,90.

Grundeinkommen: Idee und Vorschläge zu seiner Realisierung

Dieser Text ist die Dissertation von André Presse, die in der Schriftenreihe des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship an der Universität Karlsruhe 2010 erschienen ist. Sie ist als Printausgabe (EUR 37,-) und als PDF im Internet erhältlich (<http://digbib.ubka.uni-karlsruhe.de/volltexte/1000015984>). Betreuer der Arbeit war Prof. Götz W. Werner. ISSN: 1614-9076, ISBN 978-3-86644-485-0.

Ein Schwerpunkt der umfangreichen Arbeit liegt bei Steuer- und Finanzierungsfragen (Bedingungsloses Grundeinkommen als negative Mehrwertsteuer, finanzielle Auswirkungen, verschiedene Finanzierungsmodelle, Bestimmungsmethoden der Finanzierungskosten u.ä.). Eine wichtiger Text für alle, die sich mit dem Thema eingehender beschäftigen wollen.



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus. Fortbildungsseminare für Tätige

Seminare 2010

Die Arbeitstagung zur aktuellen Verschuldungs- und Euro-Krise !!

Sa/So, 26./27. Juni 2010

Anthroposophisches Zentrum Kassel, Wilhelmshöher Allee 261, D-34131 Kassel

Öffentliche Verschuldung - Rettungsanker oder Katastrophe?

Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben | Belastung der Zukunft? | Destabilisierung des Euro? | Inflation oder Deflation? | Wer profitiert?

Mit Florian Boettcher, Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Harald Spehl, Prof. Dr. Christoph Strawe

Das Thema „Staatsverschuldung“ hat in den letzten Wochen und Monaten durch die Griechenland-Krise und die mit ihr verbundenen Sorgen und Rettungsversuche eine enorme zusätzliche Brisanz gewonnen. Sitzen wir in der Schuldenfalle? Ist Euroland bald abgebrannt? Solche Fragen werden in den Schlagzeilen der Medien thematisiert. Die Arbeitstagung soll zum Verständnis der Krise beitragen und zur Diskussion nachhaltiger Lösungsansätze beitragen.

Samstag, 26. Juni 2010

09.30: Öffnung des Tagungsbüros

10.00 - 11.15: Ursachen und Erscheinungsformen öffentlicher Verschuldung (Vortrag Harald Spehl)

11.45 - 13.00: Plenum

15.00 - 16.30: Wege und Irrwege aus der Staatsverschuldung - das Beispiel der Kommunen (Referat Florian Boettcher, Universität Kaiserslautern, weitere Beiträge)

17.30 - 18.30: Podiumsdiskussion mit Florian Boettcher, Udo Herrmannstorfer und Harald Spehl. Moderation: Christoph Strawe

20.00 Uhr: Konzepte für die Zukunft: Markt oder Staat oder was? Soziale Dreigliederung und assoziative Wirtschaft (Vortrag Udo Herrmannstorfer)

Sonntag, 27. Juni 2010

09.00 - 10.30: Konzepte für die Zukunft: Neue Wege zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben, Geld- und Steuerreform (Beiträge von Harald Spehl und Christoph Strawe)

11.00 - 12.30: Abschließendes Plenum

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) 120,- EUR, Gemeinschaftsverpflegung 28,- EUR

Fachseminar, Di/Mi, 26./27. Oktober 2010

Ort: Lebensgemeinschaft Bingenheim (Saal), Schlossstraße 9, D-61209 Echzell

Menschen mit besonderen Bedürfnissen als Vertragspartner?

Persönliches Budget: Ausgangspunkt neuer Lebens- und Zusammenarbeitsformen in Heilpädagogik und Sozialtherapie?

Mit Udo Herrmannstorfer, Jochen Pucher, Dr. Michael Ross und vielen anderen. Veranstalter: Verein zur Förderung eines anthroposophischen Erziehungs- und Bildungswesens e.V. Echzell - Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart - Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach.

Beginn Di 10 Uhr, Ende Mi 16.00 Uhr. **Programm**

Dienstag: Assistierte Selbstständigkeit und persönliches Budget. Intentionen, gesetzgeberischer Stand, Realisierungen. Eine Bestandesaufnahme (verschiedene Beiträge und Beispiele) || Kurz- und langfristige Auswirkungen auf die bestehenden Einrichtungen der Heilpädagogik und Sozialtherapie. Für die Menschen mit besonderen Bedürfnissen - für die Einrichtung - für die Mitarbeitenden - für die Eltern/Angehörigen - für den anthroposophischen Impuls (verschiedene Beiträge) || Vertragsverhältnisse als Grundlage moderner Gemeinschaftsformen. Die sozialen Konsequenzen der Selbstständigkeit (Einleitender Vortrag und Plenumsgespräch) ||

Programm Mittwoch: Die Entwicklung neuer bzw. erweiterter Vertragsformen als Entfaltungsraum der heilpädagogischen und sozialtherapeutischen Impulse. Abhängigkeit - Selbstständigkeit - Aufeinander angewiesen sein - Wer ist Vertragspartner? - Der Vertragswille der Menschen mit besonderen Bedürfnissen - Verhaltensanforderungen in Vertragsverhältnissen || Vertragliche Gemeinsamkeit statt bezahlter Leistungsbeauftragung. Einleitende Fragestellungen, Arbeit in Gruppen || Ergebnissicherung der Arbeitsgruppen. Vorstellung der Arbeitsergebnisse im Plenum - Handlungsperspektiven - Schluss ||

Teilnahmegebühr für das Fachseminar (einschließlich Gemeinschaftsverpflegung) 150,- EUR. Unterbringung in eigener Regie in Hotels der Umgebung. Anmeldung und Bezahlung direkt in Bingenheim.

Seminar, Fr, 29. bis So, 31. Okt. 2010
Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67, 60433 Frankfurt/M

Die Menschheit will ein Ganzes werden ...

Interkulturelle Begegnung als Anstoß zu individueller und sozialer Entwicklung

Mit Udo Herrmannstorfer, Ulrich Morgenthaler, Prof. Dr. Harald Spehl, Prof. Dr. Christoph Strawe.
Rezitationen: Ulla Herrmannstorfer.
Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 29. Oktober 2010

19.30: Öffnung des Tagungsbüros
20.00: Der Kampf um die neue Weltordnung (Vortrag Christoph Strawe mit Aussprache, Rezitation)

Samstag, 30. Oktober 2010

9.30 - 11.00: Architekten der neuen Weltordnung (Zbigniew Brzezinski, Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Chico Wiithaker u.a.) (Vortrag Ulrich Morgenthaler, Rezitation)
11.30 - 13.00: Interkulturelle Begegnung in der Praxis (ein/e Vertreter/in der Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand e.V. Bochum)
15.00 - 16.30: Christentum als Weg zum Verständnis des Anderen (Vortrag Udo Herrmannstorfer, Rezitation)
17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit
20.00: Interkulturelle Begegnung in der Praxis (ein/e Vertreter/in des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main/angefragt)

Sonntag, 31. Oktober 2010

9.00 - 10.30: Forum: Interkulturelle Begegnung als Anstoß zu individueller und sozialer Entwicklung (Einleitung Harald Spehl)
11.00 - 12.30: Fortsetzung des Forums, Zusammenfassende Betrachtungen, Abschluss
Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) 140,- EUR, Gemeinschaftsverpflegung zusätzlich 22,- EUR.

Weitere Infos

zu den Seminaren unter www.sozialimpulse.de und unter den unten angegebenen Adressen

Anmeldung und Bezahlung für die Seminare „Öffentliche Verschuldung“ und „Interkulturelle Begegnung“:

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950,
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de,
www.sozialimpulse.de

Konto: Institut für soziale Gegenwartsfragen
Konto-Nr. 123 86 000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67*)
Konto-Nr. 381 18 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 **)

*) IBAN: DE20 4306 0967 0012 3860 00,
BIC GENODEM1GLS
**) IBAN DE11 6001 0070 0038 1187 09,
BIC: PBNKDEFF600

Anmeldung und Bezahlung für das Fachseminar „Persönliches Budget“:

Anmeldeadresse: Lebensgemeinschaft Bingenheim, Schloßstr. 9, D-61209 Echzell,
kontakt@lebensgemeinschaft-bingenheim.de
Fax 06035 - 8 11 26, Tel. 06035 - 81-0
www.lg-bingenheim.de

Konto: Verein zur Förderung eines anthroposophischen Erziehungs- und Bildungswesens e.V. Echzell, Konto-Nr. 86 000 156, Sparkasse Oberhessen, BLZ 518 500 79,
IBAN: DE 98 51850079 0086000156,
SWIFT-BIC: HELADEF1FRI